

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



Eckhard Priller, Mareike Alscher, Patrick J. Droß,
Franziska Paul, Clemens J. Poldrack, Claudia Schmeißer

Zur Situation, zu den Leistungen und sozialen Effekten von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg

Discussion Paper

SP V 2013–303

September 2013

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Forschungsschwerpunkt

Wandel politischer Systeme

Projektgruppe

Zivilengagement

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
www.wzb.eu

Discussion Papers des WZB dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem WZB Discussion Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

Discussion Papers, die vom WZB herausgegeben werden, geben die Ansichten des/der jeweiligen Autors/Autoren wieder und nicht die der gesamten Institution WZB.

Zur Situation, zu den Leistungen und sozialen Effekten von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg

Discussion Paper SP V 2013-303
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Projektgruppe Zivilengagement:

Eckhard Priller
Mareike Alscher
Patrick J. Droß
Franziska Paul
Clemens J. Poldrack
Claudia Schmeißer

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie analysiert umfassend und detailliert den aus einer Vielzahl gemeinnütziger Organisationen bestehenden Dritten Sektor im Land Brandenburg. Im Ergebnis zeigt sich, dass die rund 18.000 eingetragenen Vereine, 350 gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH), 160 Genossenschaften und 180 Stiftungen im Land Brandenburg in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wichtige Aufgaben übernehmen. Der Vergleich der Organisationen nach Rechtsform, Tätigkeitsbereich und Größe ergibt ein vielfältiges und heterogenes Bild.

Die gemeinnützigen Organisationen sind in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft. Als Foren der Selbstorganisation tragen sie zu deren demokratischen Gestaltung und zur Sozialintegration bei. In ihnen engagieren sich rund 740.000 Personen und damit jeder dritte Bewohner in Brandenburg. Darüber hinaus sind die Organisationen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ihr hoher beschäftigungspolitischer Stellenwert zeigt sich in den über 65.000 hauptamtlichen Mitarbeitern, welche zu großen Teilen mit der Erstellung unterschiedlicher, meist personennaher Leistungen betraut sind. Vor allem in den Bereichen der Sozialen Dienste, des Gesundheitswesens und der Bildung helfen die Organisationen, vorhandene Probleme zu mildern oder gar zu lösen und die Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten.

Mit der für Deutschland erstmalig für ein Bundesland vorliegenden umfassenden Bestandsaufnahme wird die aktuelle Zustandsbeschreibung regional differenziert dargestellt sowie die derzeitigen Entwicklungstrends aufgezeigt. Zugleich wird auf anstehende Aufgaben und zukünftige Potenziale ihrer Lösung hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Landkarte des Dritten Sektors im Land Brandenburg	9
2.1 Zielstellung und Vorgehensweise	9
2.2 Der Dritte Sektor in Brandenburg nach Rechtsformen	10
2.2.1 Vereine	10
2.2.2 Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung	14
2.2.3 Genossenschaften	17
2.2.4 Stiftungen	21
2.2.5 Vergleichende Gegenüberstellung der Rechtsformen	27
2.3 Spezielle Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung in Brandenburg	30
2.4 Das Berliner Umland als besondere Region	37
3. Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg	41
3.1 Zur Anlage und Durchführung der Organisationserhebung	41
3.2 Organisationsstruktur	43
3.3 Mitglieder in Vereinen	50
3.4 Engagierte	53
3.5 Junge Menschen	58
3.6 Beschäftigung	63
3.7 Organisationen und ihre Umwelt	74
3.8 Ökonomisierungstendenzen	77
4. Leistungskraft und Wirkungen	86
4.1 Kapazitäten und Leistungen	86
4.2 Schwerpunkte der Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände und ihre künftige Ausrichtung	95
5. Fazit	102
Literaturverzeichnis	106

1. Einleitung

Der Dritte Sektor im Land Brandenburg zeichnet sich durch eine Vielzahl gemeinnütziger Organisationen aus, die sich nach Rechtsform, Tätigkeit und Größe unterscheiden. Er umfasst rund 18.000 eingetragene Vereine, 350 gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH), 160 Genossenschaften und 180 Stiftungen. Diese sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig und agieren in unterschiedlich weiten Wirkungskreisen – von der lokalen über die regionale, landesweite, bundesweite bis hin zur internationalen Ebene. Zu den Dritte-Sektor-Organisationen zählen z.B. die Wohlfahrtsverbände, die im Bereich der Wohlfahrtspflege unverzichtbar sind und über zahlreiche selbständige Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen sowie haupt- und ehrenamtliche Beschäftigte verfügen. Ebenso dazu gehören kleine, lokal tätige Vereine im Sport, der politischen Interessenvertretung oder der Freizeitgestaltung. Sie alle sind ein fester, unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft im Land Brandenburg.

Dritte-Sektor-Organisationen haben in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Bedeutung für das gesellschaftliche Leben in Brandenburg: Mit ihrer Multifunktionalität prägen sie die Gegenwart und schaffen zugleich grundlegende Voraussetzungen für die Zukunft. Sie tragen zur Sozialintegration und demokratischen Gestaltung der Gesellschaft bei. Dabei sind die Organisationen als Vertreter von Mitgliederinteressen und Anliegen Dritter aktiv. Mit dieser „Anwaltsfunktion“ bringen sie sich als organisierte Zivilgesellschaft in das politische Leben auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ein. Gleichzeitig binden und fördern sie den überwiegenden Teil des bürgerschaftlichen Engagements. Darüber hinaus stellen die Organisationen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Ihnen kommt nicht nur eine wachsende beschäftigungspolitische Bedeutung zu, sondern sie bieten ein umfangreiches Spektrum von meist personennahen Leistungen an. Besonders in den Bereichen der Sozialen Dienste, des Gesundheitswesens oder der Bildung helfen sie auch, die aus dem demographischen Wandel resultierenden Probleme zu mildern oder gar zu lösen.

Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung verändern die Lebenssituation der Brandenburger. Angesichts der strukturellen Gegebenheiten des Landes mit seinen vielen Regionen, seiner großen Fläche und seiner vergleichsweise geringen Einwohnerzahl kann von einem einschneidenden Wandel gesprochen werden. Für die sich verändernden Bedarfe sind Ansätze erforderlich, die einen künftig wachsenden Stellenwert der Dritte-Sektor-Organisationen berücksichtigen. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung braucht nicht nur verstärkt professionelle Pflege und gesundheitliche Betreuung. Gerade in Brandenburg sind zur Gewährleistung räumlicher Mobilität, der Aufrechterhaltung einer sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie zur

Förderung des gemeinschaftlichen Handelns verstärkte Anstrengungen notwendig. Die überwiegend ländliche Struktur und die weiter sinkende Bevölkerungszahl erfordern spezielle Lösungen.

Dritte-Sektor-Organisationen können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten – vor allem deshalb, weil sie Elemente der Selbstorganisation in sich tragen, vor Ort agieren und kurzfristig auf Defizite und vorhandene Lücken reagieren. Hierfür sind sie auf ein bürgerschaftliches Engagement ebenso angewiesen wie auf eine solide finanzielle Ausstattung. Begrenzte öffentliche Mittel werfen heute jedoch Fragen nach neuen Wegen der Leistungserbringung von Dritte-Sektor-Organisationen auf. Gemeinhin als Lückenfüller für den Ausfall staatlicher Angebote und Leistungen zu dienen wird dem Dritten Sektor nicht gerecht. Gleichwohl bietet es sich an, die traditionell entstandene enge Zusammenarbeit mit den kommunalen und staatlichen Ebenen weiterzudenken und fortzusetzen.

Die steigenden Ansprüche und die Verantwortungszunahme bleiben nicht ohne Konsequenzen für die Struktur und Arbeitsweise der Organisationen. Zudem haben sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für die Organisationen des Dritten Sektors in Brandenburg und in ganz Deutschland gravierend gewandelt. So genießen sie nur noch einen bedingten Vorrang gegenüber privat-kommerziellen Anbietern. Der Status der Gemeinnützigkeit spielt beispielsweise bei Verhandlungen und Festlegungen von Leistungsentgelten im Gesundheits- und Sozialbereich in Deutschland kaum noch eine Rolle (vgl. Zimmer et al. 2013: 20).

Auf der analytischen und planerischen Ebene wird verstärkt von der Sozialwirtschaft als Branche gesprochen (vgl. Ehrlich/Hänel 2012), womit jedoch die Unterschiedlichkeit der Sektoren Markt, Staat und Dritter Sektor verschwindet. Es besteht daher die Gefahr, die Spezifika der Dritte-Sektor-Organisationen zu verwischen und sie lediglich unter wirtschaftlichen Kriterien zu betrachten. Die Fähigkeiten der Organisationen zur Selbstorganisation unter Einbeziehung des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger in Form von Zeit- und Geldspenden kann im Konzept der Sozialwirtschaft aus dem Blick geraten.

Die Politik in Brandenburg schenkt dem Dritten Sektor besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung; sie misst ihm eine zentrale Bedeutung für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme bei. Dabei geht es nicht nur um ein Mehr an Dienstleistungen und die Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, sondern zugleich um soziale Integration und Zusammenhalt. Dieser Wertschätzung steht allerdings eine fehlende Kenntnis über den genauen Umfang und die Leistungen des Dritten Sektors in Brandenburg gegenüber. Erschwerend ist dabei, dass trotz seiner Größe und Bedeutung sowohl für Deutschland insgesamt wie auch für das Land Brandenburg nur vereinzelte und oft nur wenig statistisch belastbare Daten vorliegen. Fundierte empirische Analysen sind aber aus der wissenschaftlichen Perspektive vor al-

lem für die landesbezogene Politikgestaltung und für die Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg wichtig und unerlässlich.

Einen Überblick über den Dritten Sektor in Brandenburg zu geben ist Anliegen der vorliegenden Studie. Es ist das besondere Verdienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF), dieses Vorhaben unterstützt und gefördert zu haben. Ziel ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme für den Dritten Sektor in Brandenburg vorzunehmen; dies wurde bereits an anderer Stelle (vgl. Technologie-Netzwerk Berlin 2012, S. 6) gefordert. Bislang liegen kaum Angaben zu Umfang, Größe und innerer Verfasstheit der Organisationen, zu ihren Ausrichtungen, Problemen und Entwicklungstendenzen vor. Mit den durchgeführten Analysen beschreitet das Land Brandenburg Neuland, denn bisher gibt es zwar vereinzelte Bestandsaufnahmen für den Dritten Sektor in Deutschland (vgl. Zimmer/Priller 2007; Zimmer et al. 2013), an detaillierten Beschreibungen auf Landesebene fehlte es jedoch.

Grundlagen der Studie sind die folgenden Fragen zum Dritten Sektor im Land Brandenburg:

- Wie ist das Netz der Dritte-Sektor-Organisationen nach Anzahl, Tätigkeitsbereichen und regionaler Verteilung aufgestellt?
- Worin besteht die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft dieser Organisationen?
- Inwiefern binden sie Arbeitsplätze, und wie sind diese qualitativ gekennzeichnet?
- Welchen Beitrag leisten sie zur gesellschaftlichen Integration und zur Gemeinschaftsbildung?
- Sind die Organisationen zukunftsorientiert, indem sie junge Menschen ansprechen und ausreichend in ihre Arbeit integrieren?
- Haben sie die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, oder können sie künftig einen noch höheren Beitrag zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen leisten?

Die vorliegende Studie „Zur Situation, zu den Leistungen und den sozialen Effekten von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg“ gliedert sich in drei Teile:

- Im *ersten Teil* wird der gegenwärtige Stand des Dritten Sektors im Land Brandenburg bilanziert. Dazu wird die Anzahl der Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen anhand verschiedener Indikatoren und aus unterschiedlichen statistischen Quellen ermittelt sowie regional aufbereitet (Kapitel 2).
- Der *zweite Teil* betrachtet die gegenwärtige Situation sowie die bisherigen und die künftigen Entwicklungen aus Sicht der Organisationen. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse einer 2011/2012 vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführten Organisationsbefragung, an der insgesamt 3.111 Organisationen deutschlandweit und 116 Organisationen aus dem Land Branden-

burg teilgenommen haben. Analysiert werden die Antworten von Vereinen, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen auf Fragen zur wirtschaftlichen und ideellen Ausrichtung, zur Beschäftigung, zu Mitgliedern und Engagement, zur finanziellen Situation und zu den Finanzierungsquellen, zu Problemen und Zukunftsperspektiven (vgl. Priller et al. 2012) (Kapitel 3).

- In einem *dritten Teil* wird die wirtschaftliche Leistungskraft der Organisationen und besonders die der Wohlfahrtsverbände im Land Brandenburg näher untersucht. Unter Berücksichtigung der bisher erlangten Ergebnisse und der gegenwärtigen Situation der Organisationen werden deren künftige Potenziale beschrieben und erforderliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten herausgearbeitet. Neben der Auswertung verschiedener Statistiken wurden Experteninterviews mit Führungskräften der Wohlfahrtsverbände durchgeführt (Kapitel 4).

2. Landkarte des Dritten Sektors im Land Brandenburg

2.1 Zielstellung und Vorgehensweise

Um eine „Landkarte“ des Dritten Sektors im Land Brandenburg zu zeichnen, wird in diesem Kapitel der gegenwärtige Stand des Dritten Sektors anhand der hier tätigen Organisationen bilanziert. Dabei geht es um drei Analyseebenen:

- Zunächst wird die Anzahl der Organisationen in den Rechtsformen der eingetragenen Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen ermittelt. Die Analysen beschränken sich dabei nicht auf eine Erfassung ihrer derzeitigen Situation, sondern es werden, soweit möglich, bestimmte Entwicklungslinien für die einzelnen Rechtsformen nachgezeichnet. Eruiert werden zudem die Anzahl und die Formen weiterer Infrastruktureinrichtungen für zivilgesellschaftliches Engagement. Diese agieren zumeist auf der kommunalen Ebene und stehen Dritte-Sektor-Organisationen nahe, da sie ihnen engagementbereite Bürgerinnen und Bürger vermitteln. Häufig sind sie entweder direkt als Dritte-Sektor-Organisationen tätig oder realisieren ihre Aufgaben unter dem Dach einer solchen Organisation.
- Der zweite Analyseschwerpunkt umfasst die Betrachtung der Tätigkeitsfelder der Organisationen. In der Regel ist ein solches Vorhaben mit größeren Problemen verbunden, da die Bereiche, in denen die Organisationen agieren, oft nicht gesondert ausgewiesen werden. Außerdem sind sie häufig in mehreren Tätigkeitsbereichen aktiv, was eine eindeutige Zuordnung erschwert. Gleichwohl lassen sich auf der Grundlage der ermittelten Tätigkeitsstrukturen bestimmte Schwerpunktsetzungen des Dritten Sektors in Brandenburg erkennen.
- In einem dritten Schritt wird die regionale Verteilung der Organisationen untersucht. Bezogen auf die 14 Landkreise und die vier kreisfreien Städte in Brandenburg entsteht dabei ein variierendes Bild: je nachdem, ob die absolute Anzahl von Organisationen gewählt oder ein Bezug zur Bevölkerungszahl hergestellt wird. Insgesamt kann für die regionale Ebene aufgezeigt werden, wie ausgeprägt das Netz der Organisationen nach Anzahl und Tätigkeitsbereichen jeweils ist. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei das Berliner Umland als spezifische Region im Land Brandenburg.

Grundlage für die oben beschriebenen Analysen bilden diverse Register, Datenbanken und Internetrecherchen. Für die Vereine wurden unter anderem die Vereinsregister bei den Amtsgerichten, für die gGmbHs die Handelsregister, für die Genossen-

schaften das Genossenschaftsregister und für die Stiftungen Informationen der Stiftungsaufsichtsbehörde des Landes Brandenburg genutzt. Recherchen der Infrastruktureinrichtungen erfolgten vorwiegend über Verbandsinternetseiten. Gleichzeitig wurden weitere, jeweils einzeln ausgewiesene Statistiken als Quellen herangezogen.

Die vorgenommenen Analysen beschränken sich auf die „organisierte Zivilgesellschaft“, also auf formale Organisationen, die auf einer der angeführten Rechtsformen fußen. Informelle Gruppen und Initiativen sind statistisch schwer erfassbar und werden hier nicht einbezogen.

2.2 Der Dritte Sektor in Brandenburg nach Rechtsformen

2.2.1 Vereine

In Deutschland stellen eingetragene Vereine mit rund 600.000 Organisationen gegenwärtig die am weitesten verbreitete Rechtsform der organisierten Zivilgesellschaft dar. Der Rechtsform „Verein“ kommt aus verschiedenen Perspektiven eine besondere Bedeutung zu: zum einen wegen seiner Funktion als Mitgliederorganisation, die unter Demokratieaspekten zur Interessenartikulation und -bündelung beiträgt. Immerhin jeder dritte Erwachsene ist Mitglied in einem Verein (vgl. Gensicke/Geiss 2011: 24). Hier erfolgt auch ein Großteil des bürgerschaftlichen Engagements auf selbstorganisierter Basis (vgl. Alscher et al. 2013: 2). Zum anderen sind Vereine Träger vieler Einrichtungen, z.B. von Kindertagesstätten, Reha-Zentren, Beratungseinrichtungen oder Krankenhäusern. Selbst die großen Wohlfahrts- und andere Verbände (z.B. im Sport oder der Kultur) haben die Rechtsform des Vereins.

Auch im Land Brandenburg wird der Dritte Sektor zu einem hohen Anteil von Vereinen getragen. Angaben der für die Vereinsregister zuständigen Amtsgerichte (Cottbus, Frankfurt/Oder, Neuruppin und Potsdam) zufolge waren die Ende des Jahres 2012 eingetragenen 18.382 Vereine in Brandenburg die mit Abstand häufigste Rechtsform des Dritten Sektors. Seit 2006¹ hat sich die Gesamtzahl der Vereine nur geringfügig verändert: Mit 18.709 eingetragenen Vereinen war im Jahr 2007 der Höhepunkt der absoluten Anzahl erreicht, seitdem ging der Wert bis Ende 2012 um 1,75 Prozent zurück. Die rückläufige Vereinsentwicklung resultiert aus einer kontinuierlich abnehmenden Zahl an Neueintragungen gegenüber relativ konstanten Werten von Vereinslöschungen aus dem Register. Insgesamt verlaufen diese abnehmenden Vereinszahlen diametral zum Trend in Deutschland insgesamt und in ande-

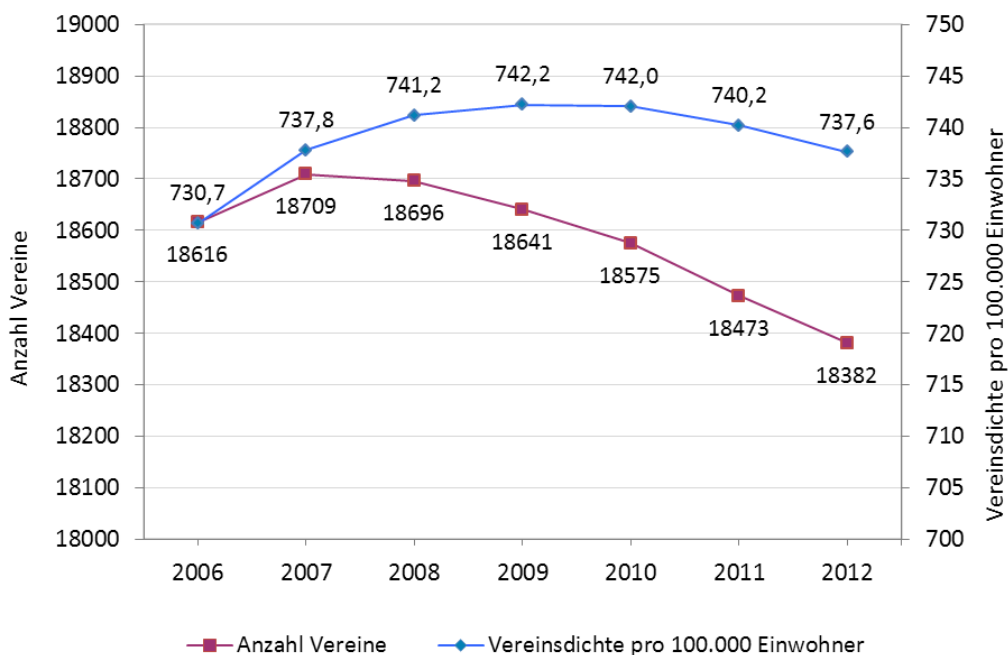
¹ Vergleichende Betrachtungen für den Zeitraum vor 2006 sind anhand der übermittelten Daten aus den Vereinsregistern nicht möglich, da mit der 2006 erfolgten Zentralisierung der Vereinsregister das Amtsgericht Cottbus die aktuellen Aufgaben der ehemaligen Amtsgerichte Senftenberg, Guben, Lübben und Bad Liebenwerda übernommen hat. Einzelne Angaben dieser Amtsgerichte waren rückwirkend nicht erhältlich.

ren Bundesländern, beispielsweise Berlin, Hamburg oder Sachsen-Anhalt (vgl. V & M 2011; Auskünfte Amtsgerichte).

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung zeigt sich allerdings ein differenzierteres Bild: Trotz des Rückgangs der absoluten Anzahl der Vereine steigt deren Dichte in Brandenburg bis 2009 sogar auf 742,2 Vereine/100.000 Einwohner und entwickelt sich seitdem rückläufig. Im Jahr 2012² fällt sie auf 737,6 Vereine/100.000 Einwohner und somit auf den Wert von 2007 (vgl. Abbildung 2.1). Auf Basis aktueller Angaben aus den Vereinsregistern ist für 2013 ein weiterer Rückgang zu erwarten.

Abbildung 2.1

Vereine in Brandenburg: Anzahl und Dichte pro 100.000 Einwohner, 2006 bis 2012



Datenbasis: Auskunft der zuständigen Amtsgerichte in Brandenburg.

Aus den Angaben der bundesweiten Vereinsstatistik von 2011³ lassen sich die Haupttätigkeitsbereiche⁴ der Vereine im Land Brandenburg ablesen: Deren größter Anteil findet sich im Bereich „Freizeit“ (39 %), gefolgt von 16 Prozent „Sportvereinen“, 15 Prozent im Bereich „Wohlfahrt“ sowie 14 Prozent in „Beruf/Wirtschaft/Politik“. Kleinere Bereiche umfassen „spezielle Interessenorganisationen“ (9 %), „Kultur“ (5 %) und „Umwelt/Natur“ (2 %) (vgl. Abbildung 2.2). Im Bereich „Freizeit“ sind in Brandenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (35 %) überdurchschnittlich viele Vereine

² Für das Jahr 2012 kann aufgrund der Datenlage des Statistischen Bundesamts zur Bevölkerungsanzahl aktuell nur ein Wert von Ende November 2012 genutzt werden.

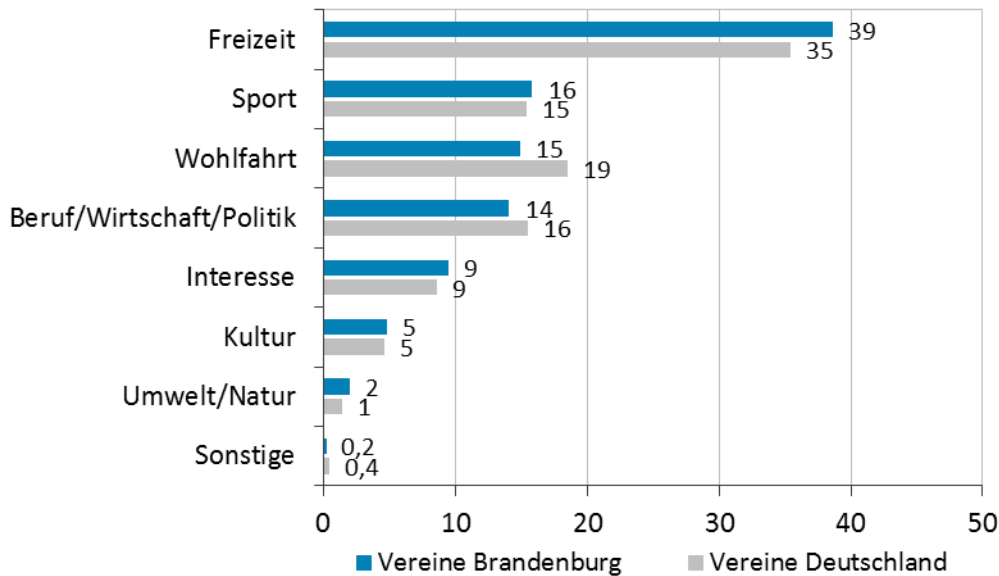
³ Berücksichtigt wird dabei die Datenlage vom Sommer 2011.

⁴ Die Klassifikation der Tätigkeitsbereiche in der Vereinsstatistik (vgl. V & M 2011) weicht von jener in der Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ ab.

vertreten. Demgegenüber liegen sie in den Bereichen „Wohlfahrt“ 4 Prozentpunkte und „Beruf/Wirtschaft/Politik“ 2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Abbildung 2.2

Tätigkeitsbereiche der Vereine in Brandenburg und in Deutschland insgesamt (in %)



Datenbasis: V & M (2011: 25).

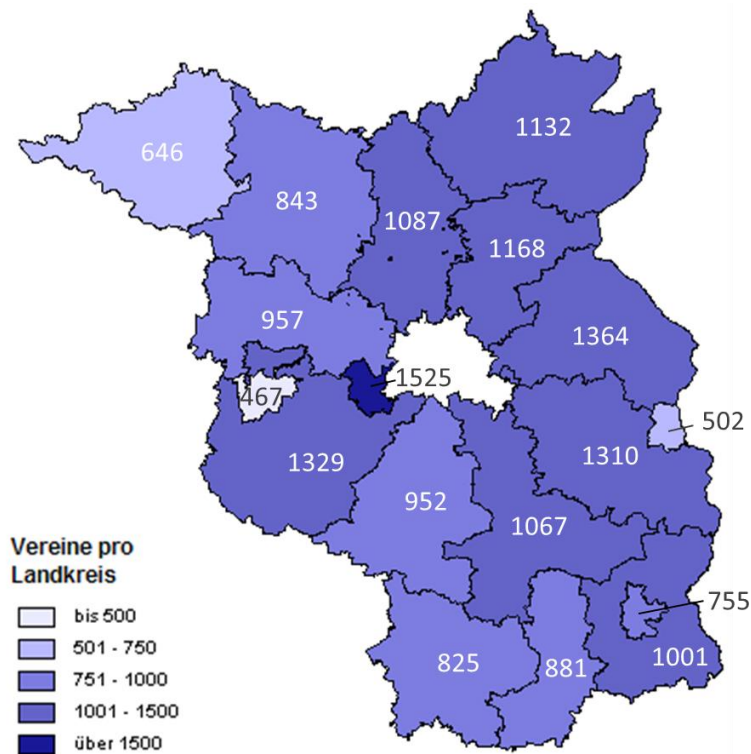
Diese Ergebnisse lassen sich unter anderem mit der besonderen Lage der Bundeshauptstadt Berlin inmitten des Landes Brandenburg erklären. Vor allem Berufs- bzw. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und politische Vereine, aber auch Wohlfahrtspflege, Religionsvereine und Gesundheitsförderer suchen häufig die Nähe zu den bundespolitischen Entscheidungsebenen und haben deshalb ihren Sitz in Berlin, der dann dennoch nicht weit von den landespolitischen Entscheidungszentren Brandenburgs entfernt liegt.

Bei einer genaueren Betrachtung der regionalen Verteilung der Vereine nach Landkreisen und kreisfreien Städten werden einige Unterschiede sichtbar⁵: Es ist nicht überraschend, dass die Hauptstadt Potsdam als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes die meisten Vereine (1.525) beheimatet. Ansonsten sind nach absoluten Zahlen Vereine besonders häufig im Nordosten und im Osten Brandenburgs zu finden (vgl. Abbildung 2.3). Lediglich Frankfurt (Oder) fällt im Osten positiv und Potsdam-Mittelmark im Westen negativ heraus. Neben den beiden Städten Frankfurt (Oder) und Brandenburg sticht auch der Landkreis Prignitz durch eine geringe Anzahl von Vereinen hervor.

⁵ Für die regionalen Analysen auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wurden eigene Recherchen am 6.3.2013 (wiederholt am 10.5.2013) mittels des Gemeinsamen Registerportals der Länder durchgeführt. Die Gesamtzahl der Vereine lag dabei deutlich unter dem durch die Amtsgerichte übermittelten Wert von Ende 2012. Abweichungen der Vereinsdichte und -zahl pro Landkreis können hierauf zurückgeführt werden.

Abbildung 2.3

Vereine in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Vereinsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder; eigene Recherchen, 6.3.2013.

Die absoluten Vereinszahlen liefern jedoch ein verzerrtes Abbild, da sie die regional unterschiedlichen Bevölkerungszahlen nicht berücksichtigen. Unter deren Einbeziehung ergibt sich ein zum Teil völlig anderes Bild: Potsdam ist die einzige Region mit einer Vereinsdichte von über 900 Vereinen/100.000 Einwohnern. Weitere Spitzenwerte mit über 800 Vereinen/100.000 Einwohner sind in der Uckermark, in Frankfurt (Oder), Ostprignitz-Ruppin, Spree-Neiße und in der Prignitz zu finden. Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Cottbus, Märkisch-Oderland und Oder-Spree weisen Werte von über 700 Vereinen/100.000 Einwohner auf. Unter dem Durchschnitt liegen Dahme-Spreewald, Barnim, Brandenburg a.d.H., Potsdam-Mittelmark und Havelland. Teltow-Fläming und Oberhavel fallen mit einer Dichte unterhalb von 600 Vereinen/100.000 Einwohner besonders heraus (vgl. Tabelle 2.1).

Die nach den absoluten Zahlen vereinsarmen Regionen Frankfurt (Oder) und Prignitz sind also durch eine hohe Vereinsdichte gekennzeichnet. Mit Ausnahme der Städte Brandenburg a.d.H. und Potsdam verzeichnen gerade die Regionen außerhalb des Berliner „Speckgürtels“ eine hohe Vereinsdichte. Dies belegt sowohl die Notwendigkeit zur Selbstorganisation, da andere institutionelle Angebote im ländlichen Raum Brandenburgs fehlen, als auch eine hohe Bereitschaft zu eigenständigem Engagement.

Tabelle 2.1

Vereinsdichte in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Vereine pro 100.000 Einwohner	Landkreis/ kreisfreie Stadt	Vereine pro 100.000 Einwohner
Potsdam	946	Märkisch-Oderland	720
Uckermark	891	Oder-Spree	719
Frankfurt (Oder)	844	Dahme-Spreewald	660
Ostprignitz-Ruppin	830	Barnim	658
Spree-Neiße	812	Brandenburg a.d.H.	655
Prignitz	806	Potsdam-Mittelmark	643
Elbe-Elster	757	Havelland	615
Oberspreewald-Lausitz	744	Teltow-Fläming	589
Cottbus	740	Oberhavel	532

Datenbasis: Vereinsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder, eigene Recherchen, 6.3.2013; Einwohnerzahlen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; Stand: 30.11.2012.

2.2.2 Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Neben den Vereinen kommt den gemeinnützigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbHs) ein bedeutender Stellenwert im Dritten Sektor Brandenburgs zu. Insbesondere unter den Gesichtspunkten der Erreichung einer besseren Wirtschaftlichkeit, der Notwendigkeit einer stärkeren Professionalisierung sowie angesichts der Tendenzen eines massiveren Wettbewerbs wird die Organisationsform der gGmbH gewählt (oder bestehende Organisationen sind darauf bedacht, eine solche zu gründen). Wichtige Aspekte sind dabei die größere wirtschaftliche Ausrichtung und die unternehmensförmige Struktur dieser Organisationsform. Die gGmbHs und die gemeinnützigen (haftungsbeschränkten) Unternehmergesellschaften (gUGs)⁶ – landläufig werden Letztere auch als Mini-gGmbHs bezeichnet – unterliegen damit den Grundsätzen von Marktunternehmen und sind daher in einem hohen Maße dem ökonomischen Wettbewerb ausgeliefert. Oft handelt es sich um relativ große Organisationen mit einer beachtlichen Anzahl von Arbeitsplätzen, die strukturell den Wohlfahrtsverbänden angehören (vgl. Droß 2013: 18 ff.).

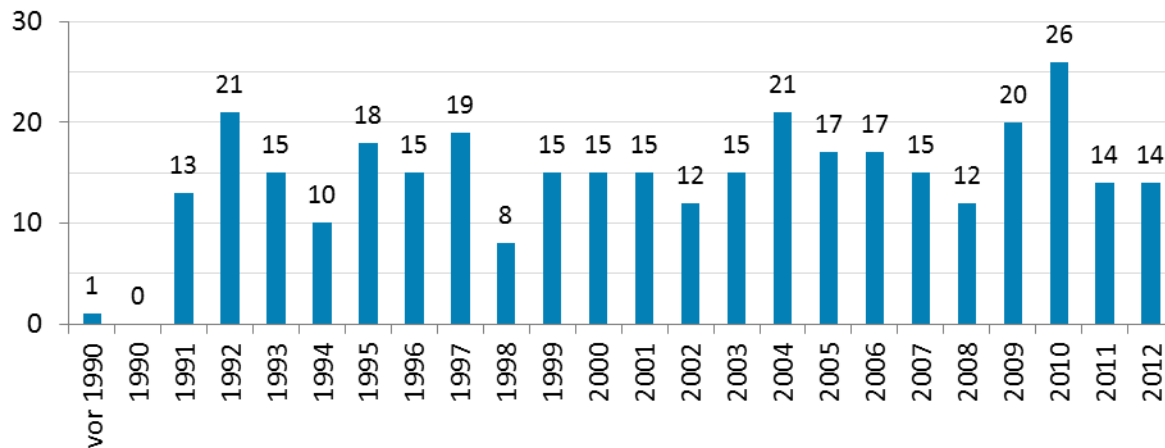
Von den Ende des Jahres 2012 im zuständigen Handelsregister in Brandenburg eingetragenen 27.034 GmbHs hatten 8 Prozent (2.195) die Form der Unternehmensgesellschaft; von der Gesamtzahl der GmbHs ist nur ein geringer Anteil (1 %) als gemeinnützig im Register verzeichnet. Von diesen 349 Brandenburger gGmbHs sind

⁶ Wenn nicht speziell ausgewiesen, sind gUGs den gGmbHs zugeordnet.

wiederum zwölf (3 %) als gUGs geführt. Fast alle der bestehenden gGmbHs wurden nach 1990 gegründet (vgl. Abbildung 2.4). Das Gründungsgeschehen verteilt sich dabei kontinuierlich über die letzten 22 Jahre.

Abbildung 2.4

Jahr und Anzahl der Eintragungen bestehender gGmbHs in Brandenburg



Datenbasis: Handelsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder; eigene Recherchen, 18.1.2013.

Als direkte Ausgründungen von Wohlfahrtsverbänden sind 64 gGmbHs (18 %) zu identifizieren. Zudem lassen sich 9 Prozent der gGmbHs ebenfalls den Wohlfahrtsverbänden zuordnen, so dass insgesamt über ein Viertel der gGmbHs (27 %) als Teil der Wohlfahrtsverbände agiert. Diese enge Verbindung erklärt sich unter anderem damit, dass die gGmbHs hauptsächlich in den Kernbereichen der Wohlfahrtsverbände – in den Bereichen „Soziale Dienste und Hilfen“ (41 %) sowie „Gesundheitswesen“ (16 %) – tätig sind.

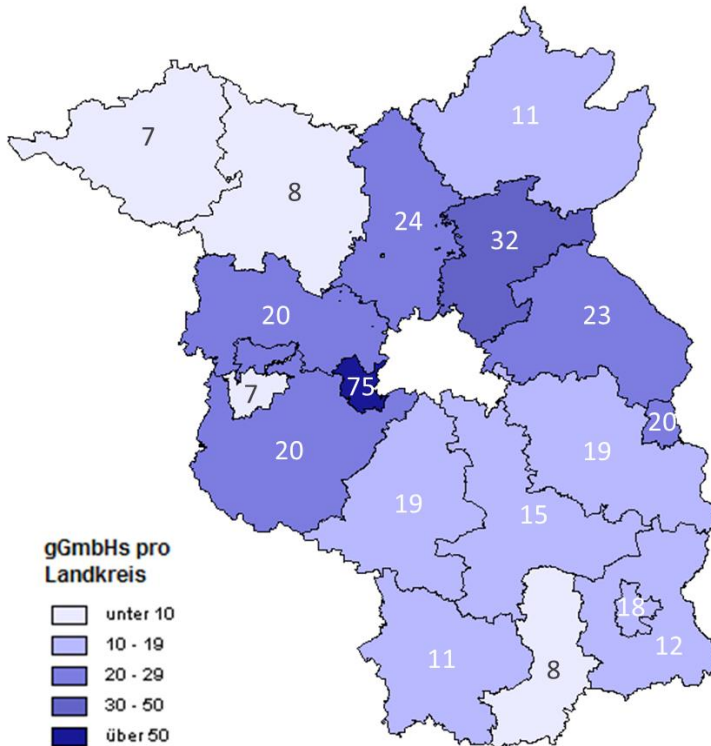
Ein weiteres Haupttätigkeitsfeld der gGmbHs umfasst den Bereich „Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung“ (20 %); mittelgroße Bereiche sind „Kunst und Medien“ (7 %) und „Forschung“ (4 %). Die Tätigkeitsbereiche „Umwelt- und Naturschutz“ und „Wohnungswesen“ machen jeweils 3 Prozent aus. „Sport und Bewegung“, „Freizeit und Geselligkeit“, „Wirtschaftliche Entwicklung und Aktivitäten, gemeinschaftliche Versorgungsaufgaben“, „Internationale Aktivitäten“ und „Unternehmens- und haushaltsbezogene Dienstleistungen“ verbuchen einen Anteil von jeweils 1 bis 2 Prozent. Es dominieren unter den Brandenburger gGmbHs also jene Tätigkeitsfelder, die am ehesten dem Risiko eines starken ökonomischen Wettbewerbs ausgesetzt sind (vgl. Droß 2013: 28 ff.).

Bei der regionalen Verteilung der gGmbHs nimmt die Landeshauptstadt Potsdam erneut mit deutlichem Abstand die Spitzenposition ein. Die weiteren anzahlmäßig großen Landkreise sind Barnim, Oberhavel, Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und Havelland: Sie alle grenzen direkt an Berlin. In der kreisfreien Stadt Frankfurt

(Oder) sind ebenfalls zahlreiche gGmbHs angesiedelt. Die Stadt Brandenburg sowie die Landkreise Prignitz, Oderspreewald-Lausitz und Ostprignitz-Ruppin sind hingegen durch eine geringe Anzahl von gGmbHs gekennzeichnet (vgl. Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5

gGmbHs in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Handelsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder; eigene Recherchen, 18.1.2013.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl ergibt sich ein anderes Bild. Der Landkreis Barnim und die kreisfreien Städte verzeichnen die größte gGmbH-Dichte. Sie sind auch die einzigen regionalen Verwaltungseinheiten, die über dem durchschnittlichen Wert Brandenburgs von 14 gGmbHs/100.000 Einwohner liegen.

Signifikant unterdurchschnittliche Werte sind in den Landkreisen Oderspreewald-Lausitz (6,8 gGmbHs/100.000 Einwohner), Ostprignitz-Ruppin (7,9 gGmbHs/100.000 Einwohner) und Uckermark (8,7 gGmbHs/100.000 Einwohner) vorzufinden (vgl. Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2

gGmbHs in Brandenburg pro 100.000 Einwohner nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Landkreise	n	gGmbHs/100.000 Einwohner
Barnim	32	18,0
Dahme-Spreewald	15	9,3
Elbe-Elster	11	10,1
Havelland	20	12,9
Märkisch-Oderland	23	12,1
Oberhavel	24	11,7
Oberspreewald-Lausitz	8	6,8
Oder-Spree	19	10,4
Ostprignitz-Ruppin	8	7,9
Potsdam-Mittelmark	20	9,7
Prignitz	7	8,7
Spree-Neiße	12	9,7
Teltow-Fläming	19	11,8
Uckermark	11	8,7
Kreisfreie Städte		
Brandenburg a.d.H.	7	9,8
Cottbus	18	17,6
Frankfurt (Oder)	20	33,6
Potsdam	75	46,7
Brandenburg insgesamt	349	14,0

Datenbasis: eigene Recherchen, 18.1.2013; Handelsregister des Registerportals der Länder.

2.2.3 Genossenschaften

In Deutschland können Genossenschaften – ähnlich wie Vereine – auf eine lange Tradition zurückblicken. Im Verlauf der Geschichte haben sie allerdings auch manche Veränderungen erfahren. Als Produktivgenossenschaften agieren heute viele wie privatwirtschaftliche Unternehmen, weshalb ihre Einordnung in den bzw. ihre Abgrenzung zum Dritten Sektor schwerfällt. Zwar ist in den Genossenschaften neben den Grundprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung, Koope-

ration und Gegenseitigkeit auch formelle demokratische Mitbestimmung durch festgeschriebene Organe wie Mitgliederversammlung, Vorstände und Aufsichtsräte fest verankert, diese spielen jedoch in unterschiedlichem Maße eine Rolle. Genossenschaften sind in erster Linie der Förderung ihrer Mitglieder und nicht unbedingt automatisch dem Gemeinwohl verpflichtet. Außerdem weichen die meisten Genossenschaftsbanken, aber auch andere große genossenschaftliche Unternehmen, vom Identitätsprinzip ab – denn Genossenschaftsmitglieder sind gleichzeitig Eigentümer und Kunden – und tätigen ihre Geschäfte auch mit Nichtmitgliedern. Von den 541 Brandenburger Genossenschaften⁷ wurden daher die Finanz-, Agrar- und Handelsgenossenschaften in die folgenden Analysen nicht mit einbezogen. Zum Dritten Sektor im Land Brandenburg gehören demnach insgesamt 157 Genossenschaften, davon 141 Wohnungsgenossenschaften, zehn aus dem Bereich Energie/Versorgung/Umwelt sowie fünf Kulturgenossenschaften und eine Sozialgenossenschaft.

Die ersten Genossenschaften in Deutschland entstanden bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Von den bestehenden Genossenschaften in Brandenburg wurden die ältesten zur Jahrhundertwende gegründet. Seit rund zehn Jahren erlebt die Genossenschaft als Rechtsform des Dritten Sektors eine Renaissance. Neben den traditionellen Bereichen werden dabei neue Handlungsfelder erschlossen (z.B. erneuerbare Energien), aber auch Bereiche, für die die Organisationsform der Genossenschaft bislang eher ungewöhnlich ist (z.B. Kultur- und Freizeiteinrichtungen). Des Weiteren werden „alte“ Felder wie das Wohnungswesen mit anderen Inhalten (z.B. Seniorenwohngemeinschaften) neu besetzt. Genossenschaften werden auch für Formen des gemeinschaftlichen, solidarischen und basisdemokratischen Zusammenlebens mit sozialen und ökologischen Ansprüchen genutzt. Vor allem im ländlichen Brandenburg können diese neuen Ausrichtungen der Genossenschaften wichtige soziale und wirtschaftliche Impulse setzen und die Zivilgesellschaft vor Ort stärken.

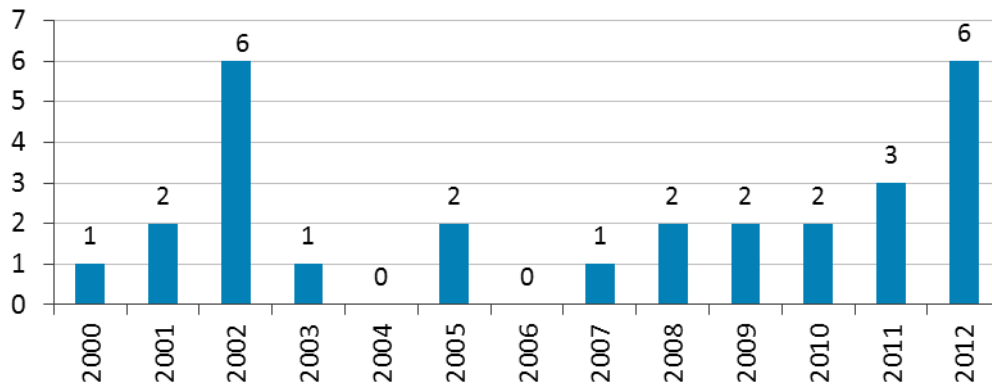
Sämtliche Brandenburger Genossenschaften, die keine klassischen Wohnungsgenossenschaften sind, entstanden in den letzten 15 Jahren. Von allen 157 Genossenschaften können jedoch nur 28 zu den jüngeren (d.h. seit 2000 gegründeten) gerechnet werden. Auffällig sind regere Entwicklungen im Gründungsgeschehen in den Jahren 2002 und 2012 (vgl. Abbildung 2.6) – beides Jahre, in denen Genossenschaften eine stärkere politische und öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren.⁸

⁷ Eigene Recherchen im Genossenschaftsregister Brandenburg am 15.1.2013.

⁸ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte das Jahr 2012 zum „Internationalen Jahr der Genossenschaften“ erklärt. Für das Jahr 2002 war die Förderung von Genossenschaften in der Berliner Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS festgeschrieben, was besonderen Niederschlag im „Netzwerk Genossenschaften“ des DGB Berlin-Brandenburg fand und Neugründungen anregte.

Abbildung 2.6

Jahr und Anzahl der Eintragungen bestehender Genossenschaften in Brandenburg seit 2000

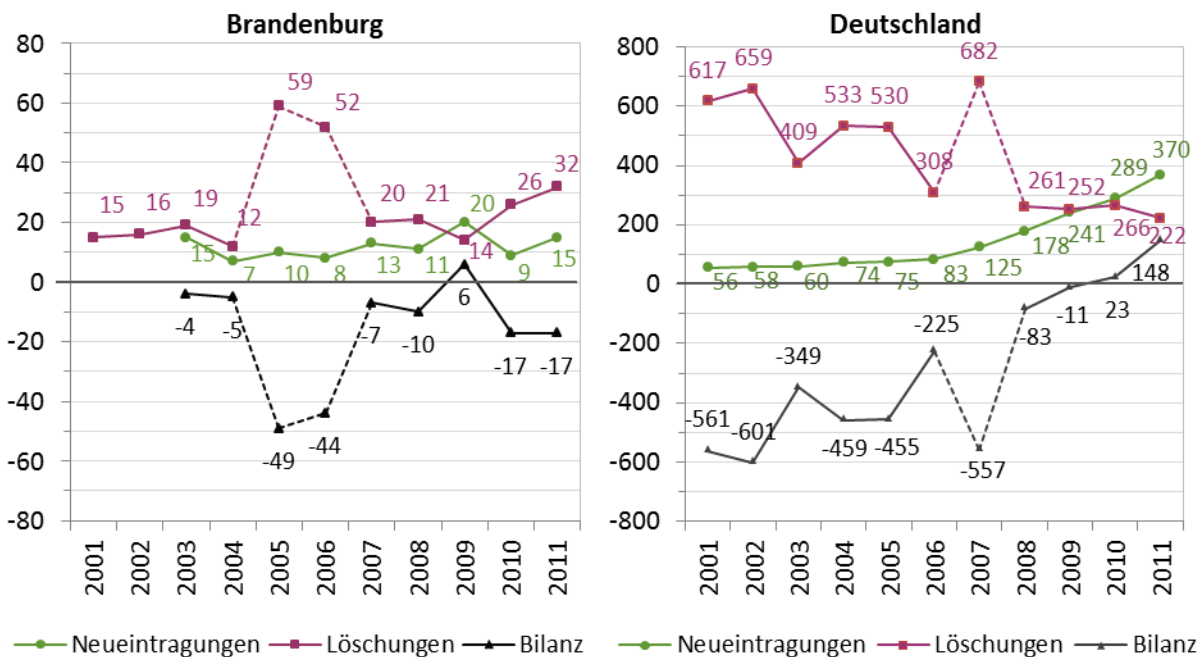


Datenbasis: Genossenschaftsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder; eigene Recherchen, 15.1.2013.

Anhand der Gesamtbilanz der Löschungen und Neueintragungen ergibt sich eine abnehmende Zahl an Genossenschaften in Brandenburg (vgl. Abbildung 2.7).⁹

Abbildung 2.7

Entwicklung der Genossenschaften in Brandenburg und in Deutschland, 2001/2003 bis 2011



Datenbasis: Deutscher Bundestag (2012: 4 ff.).

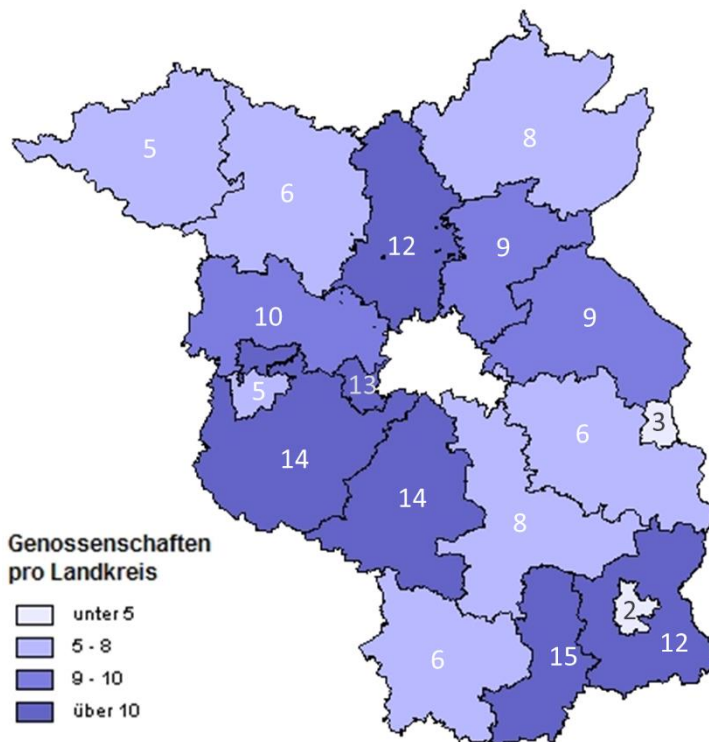
⁹ Die Löschung einer Genossenschaft aus einem Genossenschaftsregister muss nicht deren Auflösung bedeuten, es kann sich auch um Bestandsbereinigungen oder die Umstellung bei den Registern handeln. So erfolgte im Jahr 2007 die Umstellung auf elektronische Register, in die Zweigniederlassungen nicht mehr gesondert aufgenommen werden. Die Angaben über die Löschungen von Genossenschaften im Register haben daher nur einen begrenzten Aussagewert. Extremwerte wurden daher in Abbildung 2.7 gestrichelt dargestellt.

Das Bild ist insgesamt sehr negativ, bis auf das Jahr 2009 gab es zwischen 2003 und 2011 mehr Löschungen als Neueintragungen. Die gesamtdeutsche Bilanz hingegen befindet sich in einem Aufwärtstrend und zeigt für 2011 ein deutliches Plus.

Genossenschaften sind in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs vorhanden. Es gibt keine Ballung in den kreisfreien Städten – im Gegenteil: Mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam haben in den Städten Brandenburg, Cottbus und Frankfurt (Oder) vergleichsweise wenig Genossenschaften ihren Sitz. Noch vor Potsdam ist in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming eine höhere Zahl von Genossenschaften zu finden (vgl. Abbildung 2.8).

Abbildung 2.8

Genossenschaften in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Genossenschaftsregister des Gemeinsamen Registerportals der Länder; eigene Recherchen, 15.1.2013.

In den meisten Landkreisen kommen etwa fünf bis sieben Genossenschaften auf 100.000 Einwohner. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz sticht mit einer höheren Dichte von 12,7 Genossenschaften/100.000 Einwohner deutlich hervor; Cottbus hat mit knapp zwei Genossenschaften/100.000 Einwohner die geringste Dichte.

Im Berliner Umland sind 50 Genossenschaften (32 %) zu finden, das entspricht 5,5 Genossenschaften/100.000 Einwohner. Dieser Wert ist damit etwas niedriger als im restlichen Brandenburg, wo auf 100.000 Einwohner 6,8 Genossenschaften kommen.

2.2.4 Stiftungen

Unter den Dritte-Sektor-Organisationen erfahren Stiftungen eine besondere Aufmerksamkeit. Da sie privates Vermögen für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung stellen und andere Organisationen finanziell unterstützen, sind sie ein wichtiger Partner für die Realisierung von Projekten im Dritten Sektor. Ein Großteil der Stiftungen ist aber nicht nur fördernd, sondern auch oder nur operativ tätig. Das bedeutet, sie verwirklichen ihren Stiftungszweck als Anstaltsstiftung nicht durch eine Vergabe finanzieller Mittel, sondern durch Eigenbetrieb oder die Realisierung von eigenen Projekten. Die Anzahl und das Vermögen der Stiftungen sind sowohl Ausdruck von Wohlstand und wirtschaftlicher Prosperität eines Landes als auch von Tradition und Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung seiner wohlhabenden Elite.

Als relativ neue Form sind Bürgerstiftungen in den letzten Jahren in Erscheinung getreten. Als Mischung von Verein und Stiftung basieren sie auf Zustiftungen möglichst vieler Personen und Institutionen. Sie werden stark vom zivilgesellschaftlichen Engagement getragen und realisieren Projekte operativ zumeist auf lokaler Ebene.

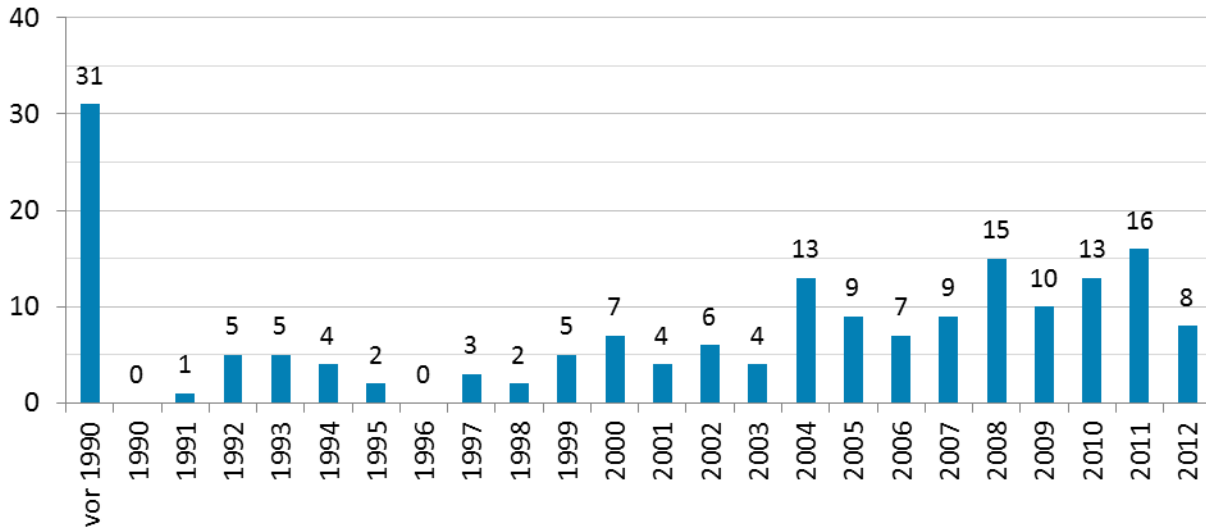
Anfang März 2013 hatten nach Angaben der Stiftungsaufsichtsbehörde des Landes 181 rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts ihren Sitz im Land Brandenburg. Darunter sind 21 kirchliche Stiftungen. Außerdem waren im Verzeichnis der Stiftungsaufsichtsbehörde 23 weitere Stiftungen enthalten, die aber aufgelöst oder aufgrund von Zusammenschlüssen oder Entzug der Anerkennung gelöscht wurden.

Stiftungen haben auch in Brandenburg eine lange Tradition; die Wurzeln der ältesten bestehenden Stiftungen reichen bis in die Anfänge des 14. Jahrhunderts zurück. Insgesamt wurden 31 Stiftungen bereits vor der Wiedervereinigung 1990 anerkannt. Die Mehrheit der Stiftungen hat jedoch eine noch junge Geschichte: Über die Hälfte wurde innerhalb der letzten zehn Jahre errichtet (vgl. Abbildung 2.9).

Die regionale Verteilung der Stiftungen im Land Brandenburg zeigt, dass in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt Stiftungen vorhanden sind. Mit Ausnahme von Potsdam (50 Stiftungen) und dem Landkreis Oberhavel (vier Stiftungen) gibt es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zwischen fünf und 13 Stiftungen (vgl. Abbildung 2.10). Für Brandenburger Verhältnisse sind neben Potsdam in den Landkreisen Barnim, Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und Uckermark mit zehn oder mehr überdurchschnittlich viele Stiftungen zu finden.

Abbildung 2.9

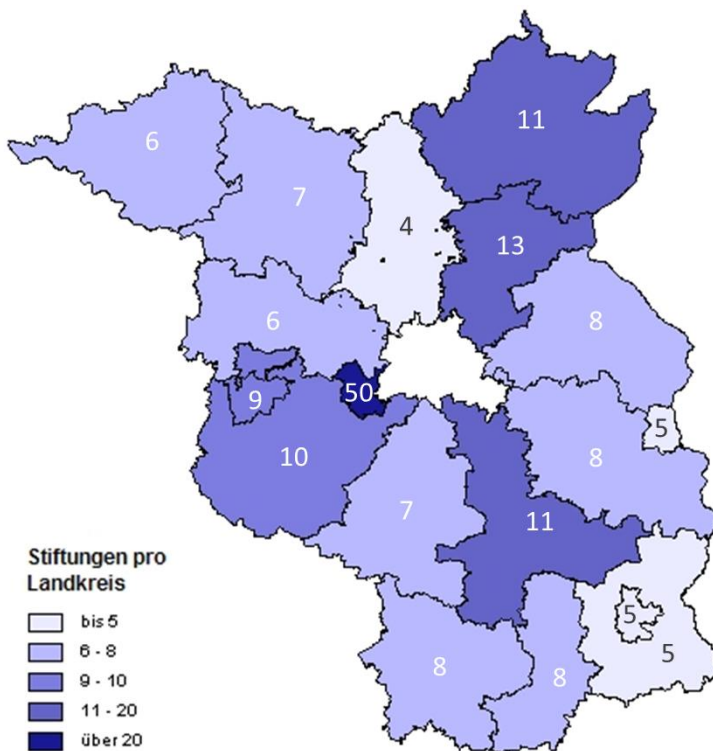
Jahr und Anzahl der Anerkennung bestehender Stiftungen in Brandenburg



Datenbasis: Stiftungsaufsichtsbehörde Brandenburg (2013).

Abbildung 2.10

Stiftungen in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Stiftungsaufsichtsbehörde Brandenburg (2013).

Brandenburg ist demnach ein stiftungsarmes Land. Im Jahr 2012 lag es bezogen auf die Stiftungsanzahl auf dem drittletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland. Die Stiftungsdichte ist im Bundeslandvergleich sogar die niedrigste: Mit

lediglich 7,2 Stiftungen pro 100.000 Einwohner liegt Brandenburg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (23,8) (vgl. Tabelle 2.3).

Tabelle 2.3

Stiftungsanzahl und -dichte nach Bundesländern und Brandenburger Landkreisen

Bundesland	Bestand 2012	Stiftungsdichte	Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestand März 2013	Stiftungsdichte
Baden-Württemberg	2.943	27,1	Barnim	13	7,3
Bayern	3.568	28,2	Dahme-Spreewald	11	6,8
Berlin	783	22,1	Elbe-Elster	8	7,3
Brandenburg	180	7,2	Havelland	6	3,9
Bremen	315	47,5	Märkisch-Oderland	8	4,2
Hamburg	1.266	69,8	Oberhavel	4	2,0
Hessen	1,754	28,7	Oberspreewald-Lausitz	8	6,8
Mecklenburg-Vorpom.	158	9,7	Oder-Spree	8	4,4
Niedersachsen	2.055	25,9	Ostprignitz-Ruppin	7	6,9
Nordrhein-Westfalen	3.780	21,2	Potsdam-Mittelmark	10	4,8
Rheinland-Pfalz	920	23,0	Prignitz	6	7,5
Saarland	164	16,2	Spree-Neiße	5	4,1
Sachsen	439	10,6	Teltow-Fläming	7	4,3
Sachsen-Anhalt	257	11,2	Uckermark	11	8,7
Schleswig-Holstein	703	24,7	Brandenburg a.d.H.	9	12,6
Thüringen	266	12,0	Cottbus	5	4,9
			Frankfurt (Oder)	4	8,4
			Potsdam	50	31,1
Deutschland	19.551	23,8	Brandenburg	181	7,3

Datenbasis: für Deutschland: Bundesverband Deutscher Stiftungen (2013: 114), für Brandenburg: Stiftungsaufsichtsbehörde Brandenburg (2013); Einwohnerzahlen: Statistisches Bundesamt, Stand 30.11.2012; eigene Berechnungen.

Ein wesentlicher Grund für die geringe Stiftungsdichte im Land Brandenburg könnte in der besonderen Nähe zu Berlin liegen. Es wird vermutet, dass Stiftungen sich bevorzugt in der Bundeshauptstadt registrieren, sie jedoch teilweise darüber hinaus bis nach Brandenburg hinaus aktiv sind. In welchem Maße dies zutrifft, wäre näher zu untersuchen. Fest steht, dass in der Konkurrenz um Stiftungen im Land Brandenburg

eine positive Stiftungskultur zu schaffen ist, für die eine gute Rahmengesetzgebung und eine stiftungsfördernde Aufsichtsbehörde wichtig sind.

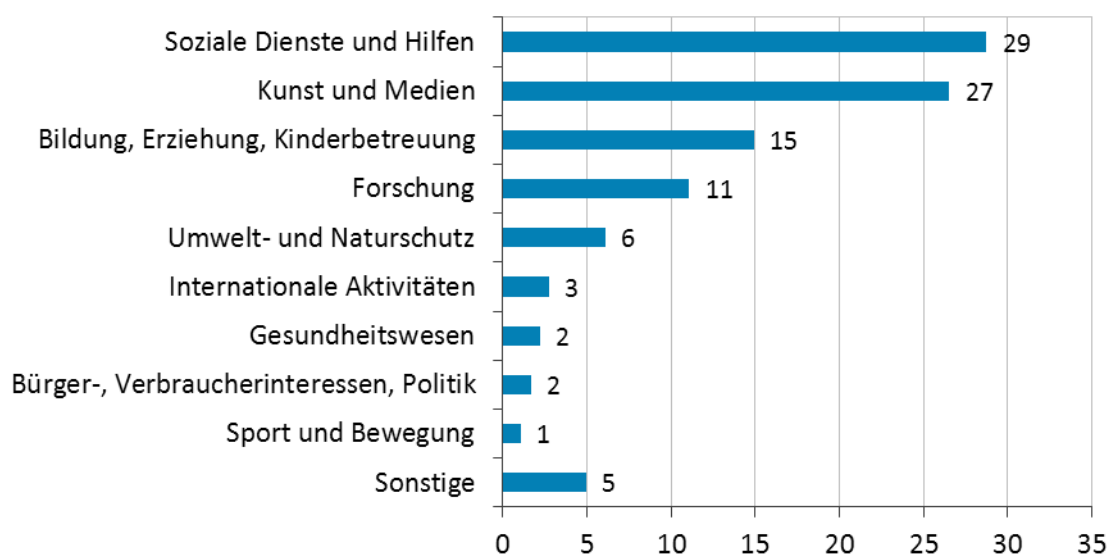
Aufgrund des fortschreitenden Bevölkerungsrückgangs sowie einer zunehmenden Zahl von Stiftungen ist deren Dichte in Brandenburg im Jahr 2013 auf 7,3 Stiftungen/100.000 Einwohner leicht gestiegen (im Vergleich zu 7,2 im Vorjahr und 6,9 im Jahr 2011). Zwischen den einzelnen Regionen bestehen hier große Unterschiede: Während Potsdam die höchste Dichte (31,1 Stiftungen/100.000 Einwohner) verbucht, ist Brandenburg a.d.H. die einzige Region mit einer Stiftungsdichte über 10. Unter fünf Stiftungen/100.000 Einwohner und damit deutlich unter den Brandenburger Durchschnitt fallen Cottbus, Potsdam-Mittelmark, Oder-Spree, Teltow-Fläming, Märkisch-Oderland, Spree-Neiße, Havelland und Oberhavel (vgl. Tabelle 2.3). Ohne den stark verdichteten Raum der Landeshauptstadt Potsdam läge die Stiftungsdichte in Brandenburg bei 5,6 Stiftungen/100.000 Einwohner.

Stiftungen sind nicht nur ein wichtiger Partner bei der Projektrealisierung, sondern auch bei der operativen Durchführung eigener Projekte. In ihren Satzungen werden häufig verschiedene Stiftungszwecke benannt. In Auswertungen zum deutschen Stiftungswesen wird oft nur auf den erstgenannten Stiftungszweck, der im Stiftungsverzeichnis berücksichtigt wird, zurückgegriffen. Dies kann zu einem verzerrten Bild der Stiftungszwecke führen (vgl. Sprengel/Ebermann 2007: 51 ff.).

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen ergeben sich aus dem Stiftungsverzeichnis des Landes Brandenburg folgende Ergebnisse (vgl. Abbildung 2.11).

Abbildung 2.11

Erstverzeichnete Tätigkeitsbereiche der Stiftungen in Brandenburg (in %)



Datenbasis: Stiftungsverzeichnis Brandenburg (2013); eigene Recherchen.

Die beiden häufigsten erstgenannten Stiftungszwecke liegen in den Tätigkeitsbereichen „Soziale Dienste und Hilfen“ sowie „Kunst und Medien“. Es folgen „Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung“, „Forschung“ sowie „Umwelt- und Naturschutz“. Nur wenige Stiftungen nennen als ersten Zweck „Internationale Aktivitäten“, „Gesundheitswesen“ oder „Sport und Bewegung“.

Fragen zur finanziellen Transparenz von Stiftungen erweisen sich häufig als problematisch, da keine gesetzlich verpflichtende Meldepflicht über Einnahmen und Ausgaben von Stiftungen existiert. Nur durch freiwillige Selbstauskunft und transparente Strukturen – beispielsweise mit öffentlich zugänglichen Jahresabschlüssen oder durch die Teilnahme an der „Initiative transparente Zivilgesellschaft“ – lassen sich Einblicke in die Finanzsituation der Stiftungen gewinnen. Im Jahr 2011 veröffentlichte der Bundesverband Deutscher Stiftungen Angaben zum Vermögen von 70 Brandenburger Stiftungen: Demnach besitzen 50 Prozent von ihnen ein eher geringes Vermögen von bis zu 250.000 Euro. Auffallend ist zudem, dass in Brandenburg lediglich vier Stiftungen über ein Stiftungskapital von 5 Millionen Euro verfügen, keine Stiftung hat mehr als 100 Millionen Euro. Des Weiteren liegen für das Jahr 2011 Informationen von 51 Stiftungen zu ihren Gesamtausgaben vor. 61 Prozent von ihnen bezifferen ihre Gesamtausgaben auf bis zu 50.000 Euro. Nur sechs Brandenburger Stiftungen gaben über 500.000 Euro aus und keine mehr als 50 Millionen Euro (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2011).

Auch aktuell hat sich die Situation der geringen finanziellen Ausstattung der Stiftungen nicht verändert: Laut Daten des Ministeriums des Innern Brandenburgs (2012) verfügten die 2012 neu anerkannten Stiftungen bürgerlichen Rechts über ein Stiftungsvermögen von rund 1,63 Millionen Euro in Form von Barvermögen. Sie liegen damit im bisherigen Brandenburger Trend eines eher geringen finanziellen Stiftungskapitals.

Die niedrige Stiftungsdichte und das geringe Stiftungsvermögen in Brandenburg stellen die Stiftungslandschaft vor beträchtliche Herausforderungen. Der mitunter von politischer Seite vertretenen Erwartung, dass Stiftungen stärker den Dritten Sektor finanzieren sollten, sind in Brandenburg enge Grenzen gesetzt. Wie der Bundesverband Deutscher Stiftungen (2013: 20 ff.) deutlich macht, bleiben die finanziellen Spielräume insbesondere für kleine Stiftungen sehr eng. Dies resultiert aktuell aus dem mit der Finanzkrise einhergehenden niedrigen Zinsniveau. Die angespannte Finanzsituation der Stiftungen kann zu einem Rückgang von Fördermaßnahmen und zu einer weiteren Verkürzung der Förderungszeiträume führen.

In der speziellen Form der **Bürgerstiftungen** kommt dem bürgerschaftlichen Engagement ein hoher Stellenwert zu. Durch die lokale Verortung und ihre Tätigkeit zu meist in einem geographisch begrenzten Raum sind sie ein wichtiger Akteur der re-

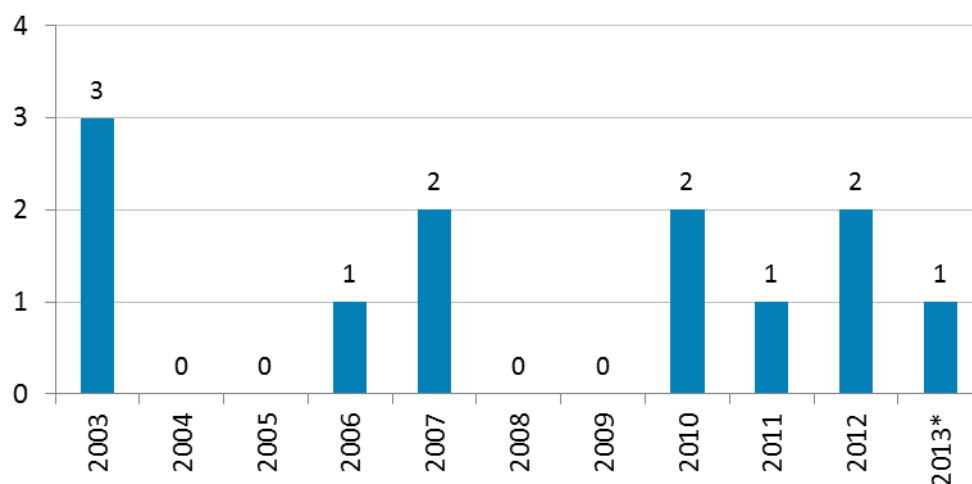
gionalen Zivilgesellschaft. In Bürgerstiftungen sind durchschnittlich 40 Personen mit Geld, Zeit oder Ideen engagiert.

Bürgerstiftungen stellen in Deutschland ein noch ausgesprochen junges Phänomen dar: Erstmals wurde im Jahr 1996 in Gütersloh eine Bürgerstiftung gegründet. Dennoch nimmt Deutschland hier zahlenmäßig schon jetzt die zweite Position nach den USA ein, wo man auf eine sehr lange Tradition der „Community Foundations“ zurückblickt (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2012a: 6 ff.). Da die Bezeichnung „Bürgerstiftung“ in Deutschland aber nicht geschützt ist, kann sich jede Organisation so nennen; fast 700 Stiftungen bezeichnen sich hier als Bürgerstiftungen. Mehr als die Hälfte (363) von ihnen erfüllt nicht die speziellen Kriterien einer Bürgerstiftung. Vor allem hinsichtlich Transparenz, Unabhängigkeit und Mitbestimmung bei der Mittelvergabe bestehen häufig Defizite. Während sich Bürgerstiftungen, die in erster Linie vom Engagement der Beteiligten leben, in einem Bottom-up-Prozess gründen, agieren nicht zertifizierte Bürgerstiftungen eher top-down als Treuhandstiftungen. Die oft als Banken-Bürgerstiftungen oder kommunale Bürgerstiftungen operierenden Einrichtungen stärken dabei nicht primär das Engagement, sondern verteilen vielmehr für gemeinnützige Zwecke bereits gebundenes Geld (vgl. Aktive Bürgerschaft e.V. 2013: 82 ff.).

Im Land Brandenburg gibt es insgesamt zwölf Bürgerstiftungen, von denen sich die ersten im Jahr 2003 gründeten (vgl. Abbildung 2.12). Sie verteilen sich auf zehn Landkreise und kreisfreie Städte; ein Viertel ist im Berliner Umland angesiedelt, während drei Viertel sich im weiteren Brandenburg befinden.

Abbildung 2.12

Jahr und Anzahl der Anerkennungen bestehender Bürgerstiftungen in Brandenburg



Datenbasis: Stiftungsaufsichtsbehörde Brandenburg (2013); Stand: 13.3.2013.

Um eine Qualitätssicherung zu garantieren, entwickelte die „Initiative Bürgerstiftung“ (IBS) gemeinsam mit dem „Arbeitskreis Bürgerstiftungen“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen das „Gütesiegel Bürgerstiftung“. Von den 239 mit diesem Gütesiegel ausgezeichneten Bürgerstiftungen waren im Jahr 2012 weniger als 10 Prozent (22 absolut) in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) angesiedelt; vier von ihnen befinden sich im Land Brandenburg.

Die vier Brandenburger Bürgerstiftungen mit Gütesiegel verfügten Ende 2011 zusammen über 541.664 Euro. Dies entspricht einem durchschnittlichen Vermögen von 135.416 Euro je Bürgerstiftung und belegt, dass die brandenburgischen Bürgerstiftungen deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnittsvermögen von 837.478 Euro pro Bürgerstiftung liegen.

Insgesamt ist das deutschlandweite Bürgerstiftungsvermögen bis zum Jahr 2011 kontinuierlich auf über 200 Millionen Euro gestiegen (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2012b).

Die ausgeschüttete Projektförderung durch Bürgerstiftungen im Osten Deutschlands (durchschnittlich 53.000 Euro jährlich) ist deutlich höher als im Westen (37.000 Euro), was allerdings den Aufbau eines Vermögens sowie die Rücklagenbildung erschwert (vgl. Aktive Bürgerschaft e.V. 2013: 70 ff.).

Insgesamt wurden 2011 in Deutschland 12,3 Millionen Euro an Mitteln für Projektförderung ausgegeben. Der größte Anteil ging dabei in den Bereich „Bildung und Erziehung“, gefolgt von „Kunst und Kultur“ sowie „Soziales“. Für die Brandenburger Bürgerstiftungen werden im Stiftungsverzeichnis besonders häufig „Kunst und Medien“ sowie „Soziales“ als Tätigkeitsbereiche genannt.

2.2.5 Vergleichende Gegenüberstellung der Rechtsformen

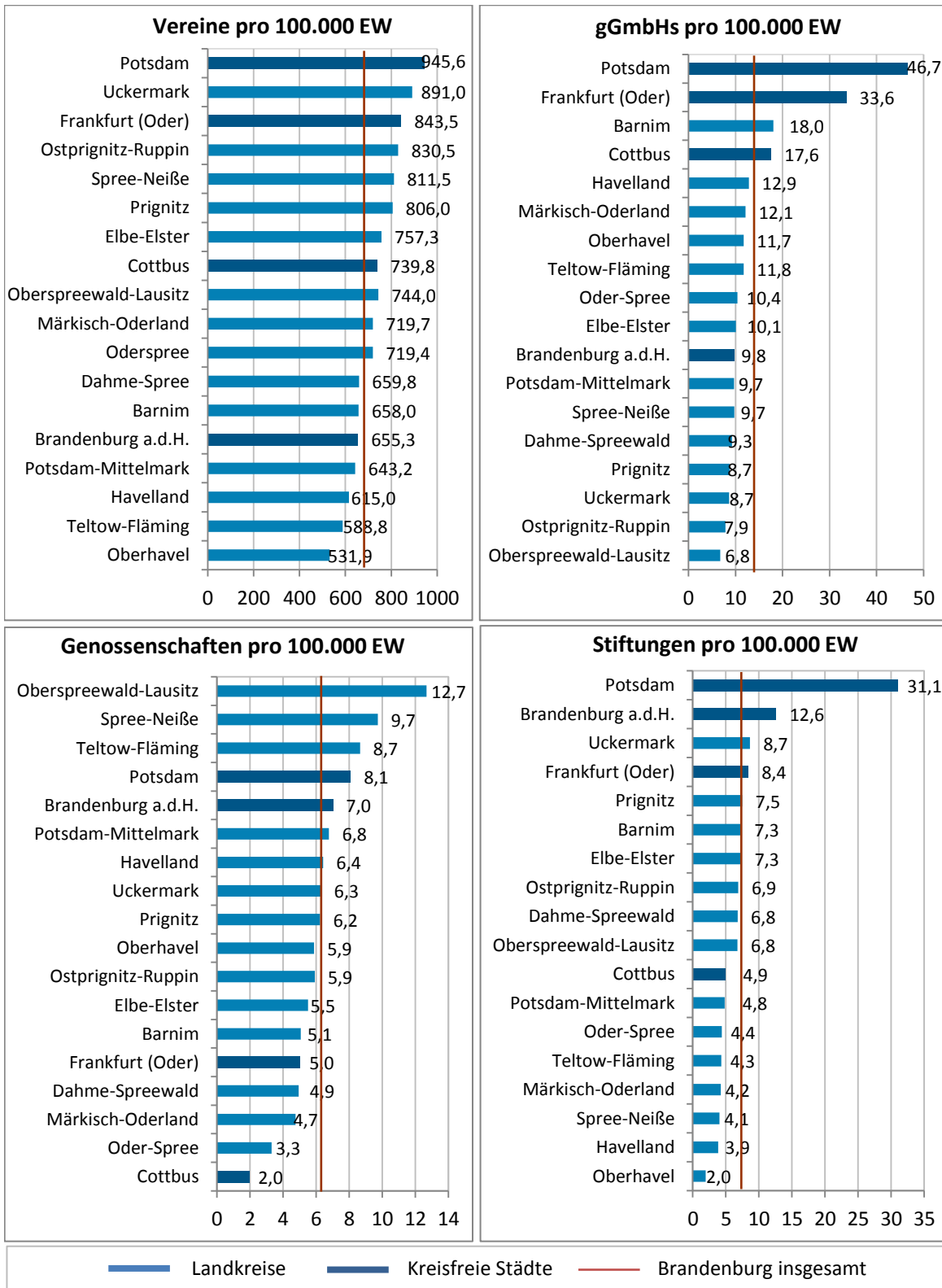
Anzahl und Dichte

Der Dritte Sektor in Brandenburg umfasst Anfang des Jahres 2013 rund 18.000 Vereine, 350 gGmbHs (inklusive 12 gemeinnützigen UGs), 180 Stiftungen und 160 Genossenschaften. In der relativ jungen Rechtsform der gGmbH gibt es in Brandenburg damit etwa doppelt so viele Organisationen wie in den traditionellen Rechtsformen der Stiftung oder der Genossenschaft. Es zeigt sich aber auch, dass Vereine als zivilgesellschaftliche Organisationen die bedeutendste Stellung einnehmen.

Bezogen auf die Brandenburger Bevölkerung ist eine Vereinsdichte von 714,5 Vereinen pro 100.000 Einwohner zu konstatieren. Die entsprechende Dichte von gGmbHs beträgt 14,0, bei den Genossenschaften 6,3 und bei den Stiftungen 7,3 pro 100.000 Einwohner.

Abbildung 2.13

Organisationsdichte der verschiedenen Rechtsformen in Brandenburg nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Gemeinsames Registerportal der Länder; eigene Recherchen 2013.

Die Verteilung der Organisationen auf Landkreise und kreisfreie Städte ist unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Abbildung 2.13). Bei den gGmbHs und Stiftungen sticht vor allem die Landeshauptstadt Potsdam hervor, aber auch in Frankfurt (Oder) sind gGmbHs zahlreich vorhanden, während andere Gebiete eine deutlich geringere Dichte aufweisen. Die Verteilung der Genossenschaften stellt sich etwas gleichmäßiger dar, da es keine sehr starken Abweichungen zwischen den regionalen Einheiten gibt. Besonders bei der Vereinsdichte ist die Streuung deutlich weniger stark als bei den anderen Rechtsformen.

Geographische Verteilung

Für die einzelnen Landkreise Brandenburgs lassen sich bezüglich der Dichte der vier Rechtsformen keine eindeutigen Aussagen treffen. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt bei Vereinen, gGmbHs und Stiftungen zweifelsfrei über die höchste Dichte – bei den Genossenschaften liegt sie an vierter Stelle. Frankfurt (Oder) nimmt bei den gGmbHs den zweiten, bei den Vereinen den dritten und bei den Stiftungen den vierten Platz ein, bei den Genossenschaften jedoch den fünftletzten. Genossenschaften dagegen kommen im Landkreis Oberspreewald-Lausitz am häufigsten vor, während dort Vereine und Stiftungen nur mittelmäßig und gGmbHs am seltensten vertreten sind.

Für die nördlichen peripheren Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Uckermark kann eine relativ hohe Vereinsdichte festgestellt werden. Auch die Stiftungsdichte ist hier noch relativ hoch, während die Genossenschaftsdichte im Mittelfeld liegt und die gGmbH-Dichte mit am geringsten ist (vgl. Abbildung 2.13).

Als Tendenz lässt sich festhalten, dass Stiftungen und gGmbHs besonders stark in den größeren kreisfreien Städten zu finden sind, während man Genossenschaften – ebenso wie weitgehend Vereine – eher in den ländlicheren Regionen Brandenburgs antrifft.

Haupttätigkeitsbereiche

Die Organisationen des Dritten Sektors in Brandenburg sind in einem hohen Maße im Feld der sozialen Dienstleistungen tätig, das Soziale Dienste und Hilfen, das Gesundheitswesen sowie das Bildungswesen umfasst. Vor allem die gGmbHs (76 %) konzentrieren sich auf diesen Bereich. Auch für die Stiftungen, von denen 46 Prozent hier aktiv sind, ist dies der größte Bereich.

Für die Vereine hingegen spielen soziale Dienstleistungen – trotz der großen Wohlfahrtsverbände – eine geringere Rolle. Wesentlich bedeutsamer sind für Ver-

eine die Haupttätigkeitsfelder Freizeit, Sport und die Interessenvertretung, die von Organisationen anderer Rechtsformen so gut wie gar nicht abgedeckt werden.

Der Bereiche Kunst und Medien sowie Forschung haben sich eher Stiftungen angenommen. Der Umwelt- und Naturschutz wird von den meisten Rechtsformen eher vernachlässigt, lediglich ein kleiner Teil der Stiftungen ist dort aktiv.

Mit Ausnahme der Genossenschaften, die sich in erster Linie auf das Wohnungswesen konzentrieren, verfügen jedoch alle Rechtsformen über ein relativ breites Tätigkeitsspektrum.

2.3 Spezielle Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung in Brandenburg

Neben den Organisationen des Dritten Sektors agieren im Land Brandenburg diverse Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind häufig auf kommunaler Ebene zu finden und stehen organisatorisch meist in einem engen Bezug zu Dritte-Sektor-Organisationen bzw. werden unter deren Dach realisiert. Es handelt sich hierbei um eigenständige Einrichtungen, deren unmittelbare Aufgabe und Zweck es ist, trägerübergreifend bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen anzuregen, zu fördern und weiterzuentwickeln (vgl. Jakob/Röbke 2010: 11). Sie vermitteln Engagierte in andere Organisationen, Einrichtungen und Gruppen.

Konkret stellen Infrastruktureinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements eine Serviceeinrichtung in Form von Anlaufstellen dar. Sie liefern Informationen, Überblickswissen sowie Ressourcen und bieten Beratung und Unterstützung für Menschen an, die nach Engagementmöglichkeiten suchen. Darüber hinaus können sie die Öffentlichkeits- und Projektarbeit von Dritte-Sektor-Organisationen unterstützen sowie Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit mit örtlichen Akteuren des Engagements leisten. Als Vernetzungs- und Knotenpunkte vor Ort bilden sie eine Brücke zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, kommunalen Verwaltungen, Vereinen und Verbänden, Unternehmen sowie professionellen Versorgungseinrichtungen (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 42 ff.).

Bislang fand die Idee für solche Einrichtungen starke politische Unterstützung (vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002), und deren Schaffung steht in der „Nationalen Engagementstrategie“ der Bundesregierung an prominenter Stelle (vgl. Bundesregierung 2010). Für die Situation in Brandenburg stellt sich allerdings die Frage, inwiefern unter den speziellen Bedingungen eines Flächenlandes mit teilweise geringer Siedlungsdichte eine flächendeckende Infrastruktur zur Engagementförderung effizient und wirksam realisierbar ist.

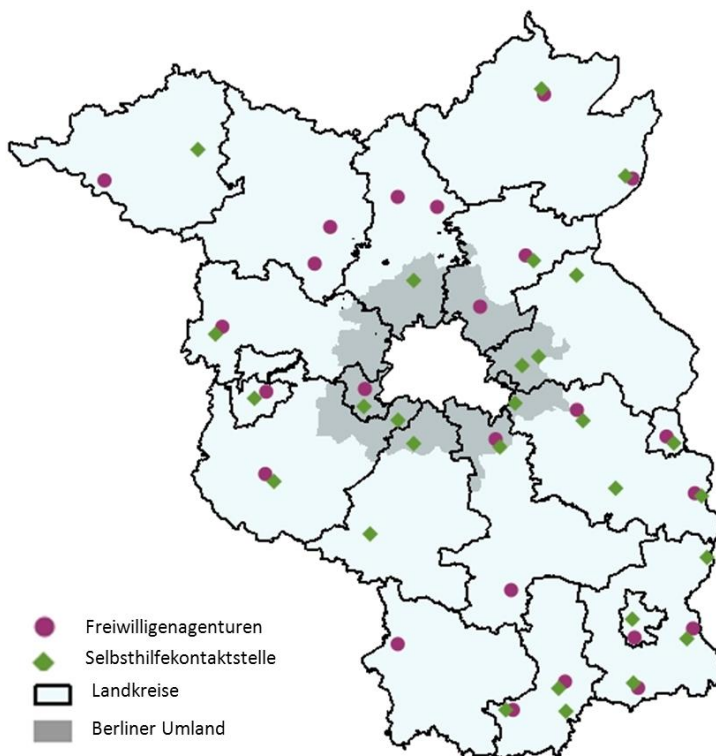
Da bürgerschaftliches Engagement überwiegend auf kommunaler Ebene stattfindet, sind die Kommunen ein wichtiger Akteur bei der Förderung von Engagement. Vorhandene Infrastruktureinrichtungen werden durch bundes- und landespolitische Initiativen ergänzt. Kennzeichnend ist hierbei eine enge Zusammenarbeit mit den engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen der freien Träger.

Im Folgenden wird eine Auswahl¹⁰ an Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung in Brandenburg vorgestellt und deren regionale Verteilung analysiert.

Eine wichtige Rolle zur Förderung und Vermittlung von Engagement spielen die **Freiwilligenagenturen**. Sie beraten Freiwillige und vermitteln sie an geeignete Organisationen weiter. In Brandenburg sind unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Lagfa) 20 Freiwilligenagenturen¹¹ organisiert. Mit Ausnahme der Landkreise Märkisch-Oderland und Teltow-Fläming gibt es in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein bis zwei Freiwilligenagenturen (vgl. Abbildung 2.14).

Abbildung 2.14

Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen in Brandenburg im Jahr 2012



Datenbasis: Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Lagfa); Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfeförderung Brandenburg (LAGS); eigene Recherchen.

¹⁰ Die Auswahl orientiert sich an wissenschaftlichen Publikationen und politischen Dokumenten zum Thema (vgl. Enquete-Kommission 2002; Alscher et al. 2009; Bundesregierung 2010; Jakob 2010; Wolf/Zimmer 2012). Zusätzlich werden spezielle, nur in Brandenburg vorhandene Einrichtungen einbezogen.

¹¹ Darüber hinaus gibt es noch mindestens vier weitere Freiwilligenagenturen – in Forst, Potsdam, Prenzlau und Wittenberge –, zu denen jedoch keine näheren Angaben vorliegen.

Im Jahr 2010 lag Brandenburg – mit damals noch 18 Freiwilligenagenturen – deutschlandweit auf Platz 6 und schnitt unter den ostdeutschen Bundesländern am besten ab (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 49). Die Träger der Freiwilligenagenturen sind zu drei Vierteln Vereine, die meisten davon sind in Wohlfahrtsverbänden organisiert. Drei Agenturen werden von gGmbHs getragen und zwei von Stiftungen.

Ebenso wichtig für die soziale und engagementfördernde Infrastruktur sind die **Selbsthilfekontaktstellen**, von denen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfe suchende Menschen Informationen, Beratung und Unterstützung erhalten. Anfang 2013 existierten 28 Selbsthilfekontaktstellen (inkl. fünf Außenstellen), die jedoch geographisch ungleich verteilt sind: Während es in den Landkreisen Elbe-Elster und Ostprignitz-Ruppin gar keine Selbsthilfekontaktstellen gibt, sind in Oder-Spree vier vorhanden (vgl. Abbildung 2.14).

Hinsichtlich der Selbsthilfekontaktstellen ist das Land Brandenburg im Bundesvergleich ebenfalls gut aufgestellt, denn es lag im Jahr 2008 mit 20 Selbsthilfekontaktstellen auf dem vierten Platz (NAKOS 2009: 9). Größtenteils sind deren Träger wiederum Vereine, die häufig Wohlfahrtsverbänden angehören. In drei Fällen befinden sie sich in der Trägerschaft nichtgemeinnütziger GmbHs.

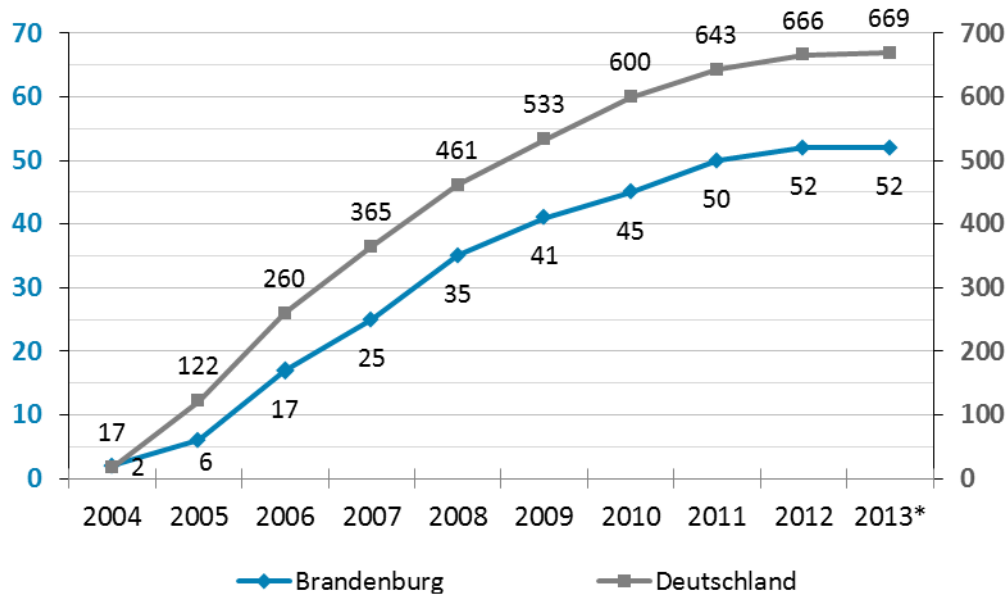
Die Einrichtung **Lokaler Bündnisse für Familie** ist eines der Modellprojekte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und läuft seit 2004. Seitdem nimmt deren Anzahl sowohl in Deutschland insgesamt als auch im Bundesland Brandenburg kontinuierlich zu (vgl. Abbildung 2.15). Brandenburg ist mit seinen 52 Lokalen Bündnissen für Familie bestes ostdeutsches und bundesweit sechstes Bundesland.

Bei den Lokalen Bündnissen für Familie handelt sich um freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen, Unternehmen, Kammern, sozialen Trägern, Verbänden, Kirchen und Kindertageseinrichtungen sowie Einzelpersonen, deren Ziel darin besteht, eine familienfreundliche Umgebung vor Ort zu schaffen.

In Brandenburg sind Lokale Bündnisse für Familie in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vorhanden und weitestgehend gleichmäßig über das Land verteilt (vgl. Abbildung 2.16). Zahlenmäßig sticht auch hier wieder der Landkreis Oder-Spree hervor. In Dahme-Spreewald und Elbe-Elster gibt es dagegen nur je eine einzige Einrichtung. Im Berliner Umland ist ein Drittel aller Bündnisse angesiedelt.

Abbildung 2.15

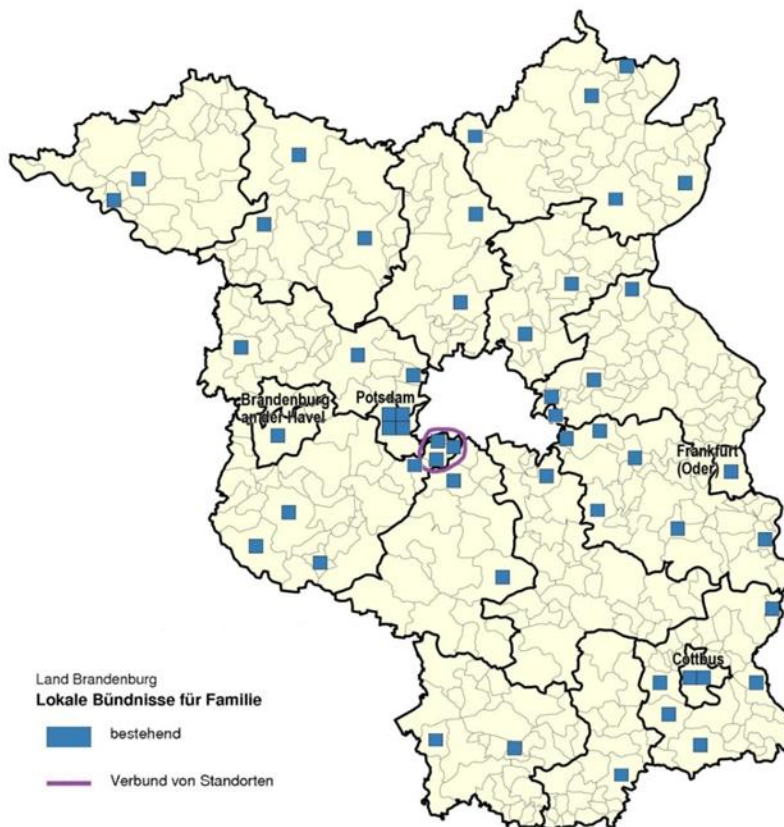
Entwicklung der Lokalen Bündnisse für Familie in Deutschland und in Brandenburg, 2004 bis 2013



Datenbasis: für Deutschland: Auskunft des Medienbüros Lokale Bündnisse für Familie (2013); für Brandenburg: MASF (2012); eigene Recherchen; Stand: März 2013.

Abbildung 2.16

Lokale Bündnisse für Familie in Brandenburg im Jahr 2012

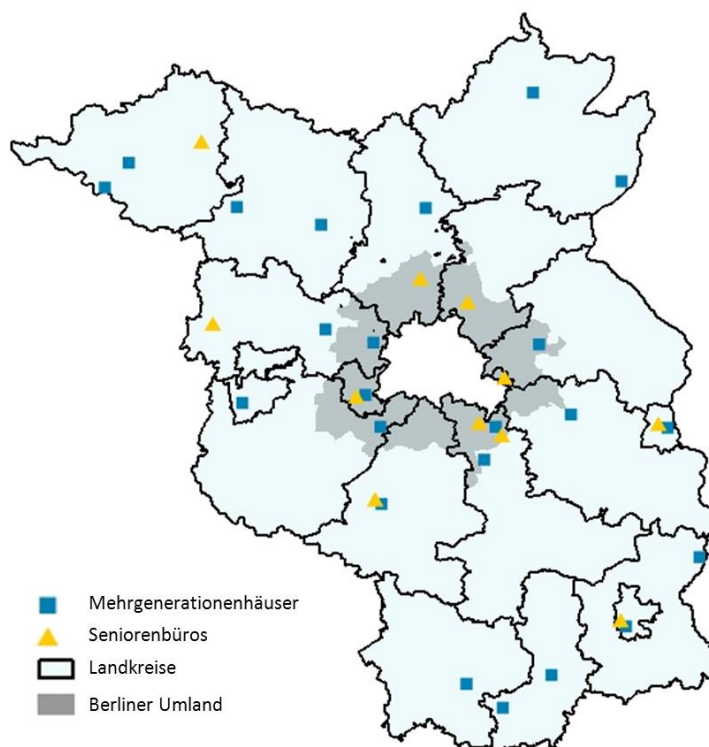


Quelle: Strukturatlas Brandenburg, Amt für Bauen und Verkehr, Raumbewachung; mit eigenen Ergänzungen auf Datengrundlage des MASF (2012).

Mehrgenerationenhäuser wurden ab 2006 aktiv vom BMFSFJ durch das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ gefördert, um außerfamiliäre generationsübergreifende Kontakte zu schaffen und für alle Generationen Angebote bereitzustellen. Aktuell nehmen in Brandenburg 23 Mehrgenerationenhäuser am Aktionsprogramm II (2012–2014) teil (vgl. BMFSFJ 2013: 13–15), das sind vier weniger als noch im Aktionsprogramm I (2006–2011). Im deutschlandweiten Vergleich liegt Brandenburg damit im Mittelfeld: Mit Ausnahme des Landkreises Barnim gibt es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ein oder zwei Mehrgenerationenhäuser (vgl. Abbildung 2.17). In den insgesamt 23 Brandenburger Mehrgenerationenhäusern arbeiten 92 Festangestellte¹² und 362 freiwillig Engagierte¹³ (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 4 f.).

Abbildung 2.17

Mehrgenerationenhäuser und Seniorenbüros in Brandenburg im Jahr 2012



Datenbasis: BaS (2013); BMFSFJ (2013: 13 f.); eigene Recherchen.

Das **Netzwerk Gesunde Kinder** ist ein spezielles familien- und engagementpolitisches Modellprogramm des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF). Seit 2006 erhalten junge Familien in den 19 lokalen Netzwerken Unterstützung durch geschulte, ehrenamtlich tätige Paten/innen oder

¹² Nicht berücksichtigt wurden geringfügig Beschäftigte, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Honorarkräfte und Selbständige sowie aus anderen öffentlichen Mitteln geförderte Beschäftigte.

¹³ Dazu zählen neben ehrenamtlich Aktiven auch Bundesfreiwillige, Freiwillige im sozialen, ökologischen oder kulturellen Jahr sowie alle anderen freiwillig Engagierten (mit und ohne Aufwandsentschädigung).

Hebammen und Entbindungspfleger. Die Netzwerke sind in 31 Standorten über die Landkreise und die kreisfreien Städte verteilt; Ausnahmen bilden der Landkreis Prignitz und die Stadt Frankfurt (Oder) (vgl. Kirschner et al. 2011: 3). Im Jahr 2011 wurden in den Netzwerken 3.732 Kinder von 1.098 Personen betreut (vgl. Kirschner et al. 2012: 4).

Die Gründung von **Seniorenbüros** wurde im Rahmen eines Modellprogramms des damaligen Bundesministeriums für Familie und Senioren (BMFuS) von 1992 bis 1997 gefördert. Sie dienen zur Gewinnung und Aktivierung von älteren Ehrenamtlichen. In Brandenburg gibt es insgesamt elf Seniorenbüros (vgl. BaS 2013), ihre Anzahl stagniert jedoch seit einigen Jahren. Seniorenbüros fehlen in knapp der Hälfte der Landkreise und kreisfreien Städte; sie konzentrieren sich zu zwei Dritteln stark auf das Berliner Umland (vgl. Abbildung 2.17).

Seniorenbeiräte, die auf Kreisebene in allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie auf kommunaler Ebene in mehr als der Hälfte der Städte und Gemeinden Brandenburgs tätig sind, bieten einen weiteren Rahmen des Engagements von und für Seniorinnen und Senioren. Neben ihrer Arbeit als kommunale politische Interessenvertretung ermöglichen sie vor allem teilhabeorientierte und sozial-integrative Aktivitäten für ältere Menschen (vgl. SRLB 2013).

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wurden in Brandenburg seit 1999 **Stadtteilbüros** als Orte der Informations- und Kontaktvermittlung geschaffen. Neben dem Quartiersmanagement werden sie auch häufig für Treffen von Vereinen, Bürgerinitiativen und Quartierscafés genutzt. Außerdem gibt es zwei EU-geförderte Programme: „Zukunft im Stadtteil (ZiS)“ und „Urban II“. Alle drei Programme sind im „Netzwerk integrierter Programme und Projekte“ (NIPP) verbunden. Damit existieren in Brandenburg insgesamt 29 Stadtteilbüros (Soziale Stadt: 13, ZiS: 16). Führend ist hier der Landkreis Uckermark mit vier Stadtteilbüros in Prenzlau und Schwedt. In Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und Spree-Neiße fehlen solche Stadtteilbüros völlig.

Auf die Rolle der **Bürgerstiftungen** als Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung wurde bereits an anderer Stelle eingegangen (siehe oben Abschnitt 2.2.4).

Regionale Verteilung der Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung

Zunächst lässt sich festhalten, dass die diversen Infrastruktureinrichtungstypen zur Engagementförderung relativ gleichmäßig über das Bundesland Brandenburg verteilt

sind: In den Landkreisen und kreisfreien Städten sind jeweils zwischen sechs und 20 Einrichtungen unterschiedlicher Art zu finden. Gleichzeitig ist eine klare Ballung in den kreisfreien Städten – mit Ausnahme von Frankfurt (Oder) – sowie in größeren Städten wie Prenzlau und Königs Wusterhausen auszumachen (vgl. Abbildung 2.18). Vergleicht man die Standorte solcher engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen mit der Bevölkerungsdichte (Abbildung 2.19), wird deutlich, dass sie fast nur in Gemeinden und Städten ab 20.000 Einwohnern vorhanden sind und sich überwiegend in Gebieten mit einer hohen Bevölkerungsdichte konzentrieren.

Abbildung 2.18

Infrastruktureinrichtungen¹⁴ in Brandenburg im Jahr 2012

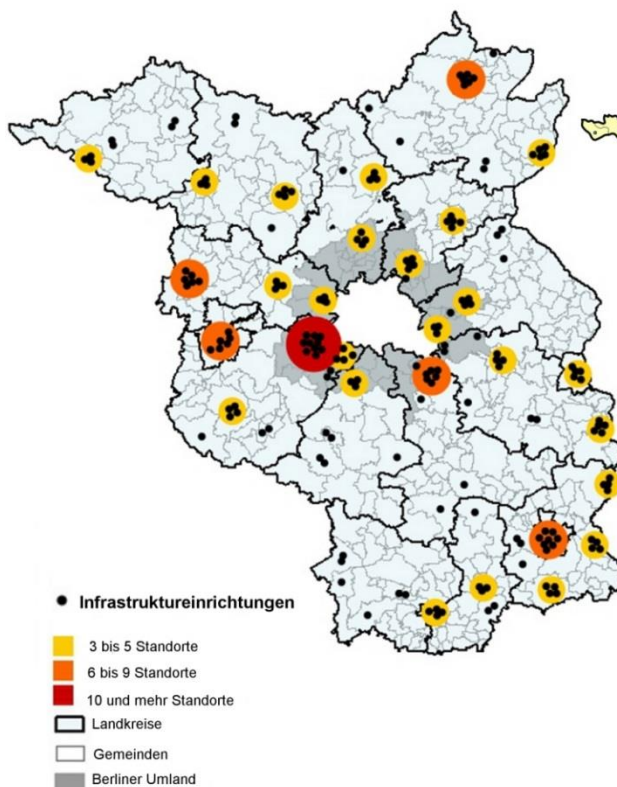
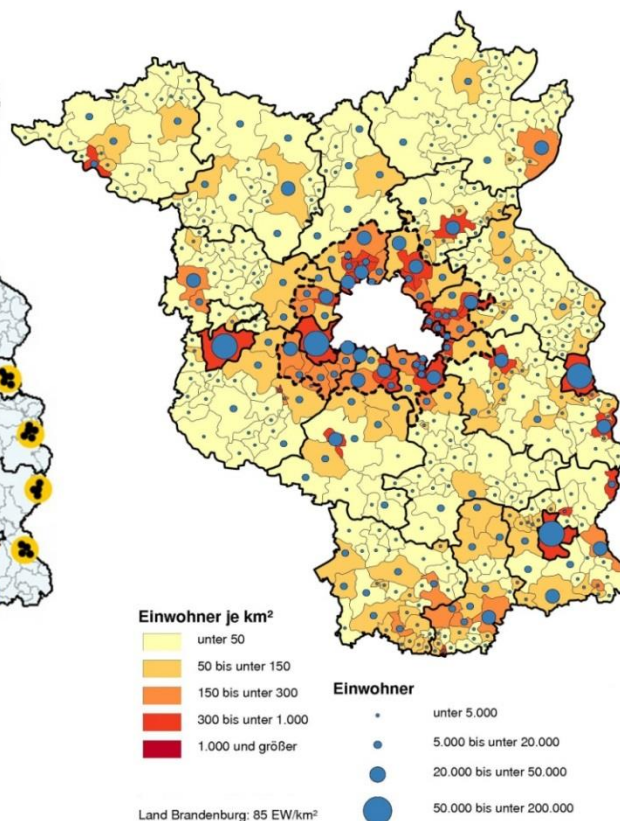


Abbildung 2.19

Bevölkerungsdichte in Brandenburg im Jahr 2011



Datenbasis: eigene Zusammenstellung.

Quelle: Strukturatlas Land Brandenburg.

Zudem ist im Berliner Umland eine Konzentration von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen zu finden (vgl. Abschnitt 2.4). Dies ist vor allem in den Landkreisen Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald problematisch, da dort solche Einrichtungen in den restlichen Gebieten kaum vorkommen. Im Landkreis Märkisch-Oderland fehlt zudem die Hälfte der untersuchten Infrastruktureinrichtungstypen.

¹⁴ Die Stadtteilbüros wurden aufgrund ihres klaren städtischen Bezugs nicht berücksichtigt.

Komplett sind diese acht verschiedenen Arten engagementfördernder Einrichtungen¹⁵ nur in den Landkreisen Oder-Spree und Havelland sowie in Cottbus und Potsdam vorhanden. In den Landkreisen Oder-Spree und Uckermark gibt es die höchste absolute Anzahl an Infrastruktureinrichtungen. Gerade für die Uckermark als Landkreis ohne Anbindung an das Berliner Umland und mit einer eher geringen Bevölkerungsdichte überrascht dies. Beide Faktoren spielen für die Entstehung lokaler Infrastruktureinrichtungen offenbar kaum eine Rolle.

2.4 Das Berliner Umland als besondere Region

Die geographische Lage Berlins im Zentrum Brandenburgs hat einen wichtigen Einfluss auf dessen gesamte Struktur als Bundesland. Wesentliche Infrastruktureinrichtungen wie Autobahnen oder Flughäfen werden von beiden Bundesländern gemeinsam geplant und realisiert. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheits- und sozialen Einrichtungen bedürfen bestimmter Abstimmungen.

Das als „Speckgürtel“ bezeichnete Berliner Umland hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einer ganz besonderen Region entwickelt: Mit der direkt an Berlin angrenzenden Brandenburger Hauptstadt Potsdam und der Gemeinde Falkensee im Westen, bevölkerungsstarken Gemeinden wie Oranienburg, Bernau bei Berlin und Hennigsdorf im Norden, Strausberg im Osten sowie Königs Wusterhausen und Blankenfelde-Mahlow im Süden (vgl. Abbildung 2.20) stellt diese Region für das Bundesland Brandenburg ein äußerst dicht besiedeltes Gebiet dar. Inwiefern es als Ballungsgebiet durch einen speziellen Dritten Sektor gekennzeichnet ist, wird im Folgenden separat und im Vergleich zu den weiteren Brandenburger Regionen betrachtet.

Das Gebiet des Berliner Umlands erstreckt sich auf 2.852 km² und entspricht damit knapp 10 Prozent der Gesamtfläche Brandenburgs. Im Jahr 2011 lebten hier 914.251 Einwohner, d.h. gut ein Drittel (37 %) der brandenburgischen Bevölkerung. Die Einwohnerdichte beträgt somit 321 Personen/km². Im Vergleich dazu beläuft sie sich im übrigen Brandenburg auf lediglich 59 Einwohner/km², da sich hier 1.581.384 Einwohner auf 90 Prozent der Fläche verteilen. Insgesamt liegt die Einwohnerdichte in Brandenburg bei 85 Einwohnern/km². Von allen deutschen Bundesländern ist nur das im Norden angrenzende Mecklenburg-Vorpommern dünner besiedelt (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013).

¹⁵ Für die Seniorenbeiräte liegen nicht ausreichend Daten für eine verlässliche regionale Auswertung vor, sie werden daher an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Abbildung 2.20

Gemeinden im Berliner Umland



Quelle: Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (2013).

Eine hohe Konzentration von Dritte-Sektor-Organisationen im Berliner Umland ist generell nicht auszumachen. Allerdings sind dort, gemessen am Bevölkerungsanteil, verhältnismäßig viele der stark wirtschaftlich geprägten gUGs und gGmbHs vorhanden (vgl. Tabelle 2.4). Des Weiteren sind Seniorenbüros in Relation zum gesamten Bevölkerungsanteil häufiger vertreten – der höhere Anteil älterer Menschen im Berliner Umland könnte dies erklären. Dass es hier vermehrt Stiftungen gibt, liegt an der Einbeziehung der Landeshauptstadt Potsdam. Bürgerstiftungen sind dagegen überwiegend in den peripheren Regionen Brandenburgs präsent.

Eine auf die Bevölkerungsanteile bezogene unterdurchschnittliche Verteilung zeigt sich bei den Vereinen und Genossenschaften im Berliner Umland. Diese Rechtsformen sind als Mitgliederorganisationen besonders auf das Vorhandensein und die Mitwirkung der Einwohner angewiesen. Ihre Unterrepräsentanz im Berliner Umland deutet darauf hin, dass Selbsthilfe, Selbstorganisation und institutionalisierter sozialer Zusammenhalt stärker in den peripheren, ländlichen Regionen Brandenburgs ausgeprägt sind.

Fehlende Angebote im Freizeit-, Kultur- oder Sozialbereich, für die im Umland direkte Nutzungsmöglichkeiten in Berlin bestehen, müssen hier auf Eigeninitiative entstehen und durchgesetzt werden. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen des Freiwilligen surveys wider: Während sich in der Erhebungswelle aus dem Jahr 2009 38 Prozent der Menschen im ländlichen Raum Brandenburgs engagierten, waren es im Berliner Umland nur 34 Prozent. In beiden Gebieten ist seit 1999 ein Anstieg der Engagementquote um 7 Prozentpunkte erfolgt, im Berliner Umland mit einem starken Anstieg bis 2004, im ländlichen Raum eher nach 2004 (vgl. Gensicke/Geiss 2011: 8).

Tabelle 2.4

Organisationen und Infrastruktureinrichtungen im Berliner Umland und in peripheren Brandenburg

Rechtsformen/ Infrastruktureinrichtungen	Berliner Umland		Peripheres Brandenburg	
	n	%	n	%
Einwohner	914.251	37	1.581.384	63
Vereine	5.284	30	12.522	70
gGmbHs	149	43	200	57
gUGs	7	58	5	42
Genossenschaften	50	32	107	68
Stiftungen	69	41	100	59
Bürgerstiftungen	3	25	9	75
Mehrgenerationenhäuser	5	22	18	78
Freiwilligenagenturen	3	12	21	88
Seniorenbüros	7	64	4	36
Selbsthilfekontaktstellen	8	29	20	71
Lokale Bündnisse für Familie	17	33	35	67
Stadtteilbüros	5	23	17	77
Netzwerk Gesunde Kinder	7	23	24	77

Datenbasis: Gemeinsames Registerportal der Länder; eigene Recherchen 2013.

Inwiefern die höhere Engagementquote außerhalb des Berliner Umlands auf das anteilmäßig höhere Vorhandensein von Infrastruktureinrichtungen für bürgerschaftliches Engagement zurückzuführen ist, bedarf weiterer Untersuchungen. Die Arbeit der Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilbüros, Netzwerke Gesunde Kinder, Selbsthilfekontaktstellen und lokalen Bündnisse für Familie zielen zwar auf die Implementierung und Stärkung des freiwilligen Engagements ab, gleichzeitig

sind sie aber in den ländlichen Regionen nur mit einem hohen zeitlichen Aufwand zu erreichen und setzen Mobilität voraus.

Hinsichtlich der Tätigkeitsbereiche von Dritte-Sektor-Organisationen bestehen zwischen dem Berliner Umland und dem weiteren Brandenburg kaum Unterschiede. Bei den gGmbHs ist der Anteil im Bereich „Soziale Dienste und Hilfen“ im Berliner Umland mit 35 Prozent um 11 Prozentpunkte niedriger als in den peripheren Brandenburger Gebieten; hier ist eine Abdeckung solcher Dienstleistungen durch Berliner Anbieter zu vermuten. Gleichzeitig zwingt die geringe Bevölkerungsdichte Brandenburgs potenzielle Anbieter sozialer Dienstleistungen (z.B. Pflegedienste), größere Gebiete abzudecken. Da ihr lokaler Arbeitsradius dennoch begrenzt bleibt, können im ländlichen Raum Brandenburgs lediglich eher kleinere gGmbHs existieren.

Die Tätigkeitsbereiche von Genossenschaften sind nahezu gleich verteilt. Bei den Tätigkeitsbereichen der Stiftungen ist lediglich im Bereich „Kunst und Medien“ ein deutlicher Unterschied erkennbar. Der Anteil von Stiftungen in diesem Bereich liegt im ländlichen Brandenburg mit 30 Prozent um 9 Prozentpunkte höher als im Ballungsraum des Berliner Umlands.

3. Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg

3.1 Zur Anlage und Durchführung der Organisationserhebung

Die folgenden Analysen zur Situation der Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg basieren auf den Angaben der Organisationsbefragung „Organisationen heute – zwischen eigenen Ansprüchen und ökonomischen Herausforderungen“, die das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung von Oktober 2011 bis Januar 2012 durchführte. Die Erhebung wurde im Kontext des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ sowie des von der Jacobs Foundation unterstützten Projekts „Jugendliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen“ realisiert.

Bereits an anderer Stelle wurden empirische Analysen zur Situation von Dritte-Sektor-Organisationen im gesamten Bundesgebiet präsentiert (vgl. Priller et al. 2012; Droß 2013; Schmeißer 2013). Vorliegend erfolgen nun separate Auswertungen zu den Organisationen im Bundesland Brandenburg. Diese Analysen liefern erstmals detaillierte Aussagen zu der Situation und den Befindlichkeiten der brandenburgischen Dritte-Sektor-Organisationen.

Zugang über Rechtsformen

Im Rahmen der umfangreichen Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ wurden deutschlandweit Vorstände oder Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in eingetragenen Vereinen, gemeinnützigen GmbHs, Stiftungen und Genossenschaften angeschrieben. Ziel der Befragung war es, Informationen zur aktuellen Lage sowie zu Entwicklungen und Problemlagen in den Organisationen zu gewinnen und damit eine fundierte Datengrundlage zu schaffen. Insgesamt wurden rund 12.000 Organisationen für die Stichprobe ausgewählt. Durch eine disproportional geschichtete Stichprobenkonstruktion konnte sichergestellt werden, dass kleinere Teilgesamtheiten in einer für die Datenanalyse ausreichenden Anzahl vertreten sind. Die Feldphase dauerte von Oktober 2011 bis Januar 2012.

Zur Ermittlung der benötigten Adressen wurden entsprechend den Rechtsformen unterschiedliche Zugänge genutzt. Neben der Recherche in rechtsformspezifisch geführten Registern wurden Stichproben aus speziellen Datenbanken gezogen. Für die Stiftungen konnte beispielsweise die Datenbank des Maecenata-Instituts an der

Humboldt-Universität zu Berlin verwendet werden, um Adressen nach dem Zufallsprinzip auszuwählen.

Im Hauptfeld der Untersuchung beteiligten sich deutschlandweit 3.111 Dritte-Sektor-Organisationen: 2.063 Vereine, 618 gGmbHs, 235 Stiftungen und 195 Genossenschaften. Mit einer Rücklaufquote von rund 26 Prozent wurde eine im Vergleich zu Erhebungen mit ähnlicher Methodik sehr hohe Ausschöpfung erzielt.

Für Brandenburg können auf dieser Grundlage die Angaben von insgesamt 116 Dritte-Sektor-Organisationen in die Analyse einbezogen werden (vgl. Tabelle 3.1).

Tabelle 3.1

Stichprobenzusammensetzung und Rücklauf der Organisationserhebung „Organisationen heute“

„Grundgesamtheit“ befragter Organisationen in Deutschland 2011/2012	Geschichtete Bruttostichprobe	Rücklauf gesamt (Quote)	Fallzahlen Brandenburg
ca. 580.000 Vereine <i>(Vereinsstatistik 2011)</i>	6.359	2.063 (32 %)	65
ca. 9.000 gGmbHs <i>(Handelsregister 2011; eigene Recherchen)</i>	3.466	618 (18 %)	32
ca. 18.000 Stiftungen <i>(Bundesverband Deutscher Stiftungen 2011)</i>	1.130	235 (21 %)	5
ca. 8.000 Genossenschaften <i>(Genossenschaftsstatistik 2011)</i>	1.016	195 (19 %)	14
Insgesamt ca. 615.000 Organisationen	11.971	3.111 (26 %)	116

In Aufbau und Anlage des Fragebogens gingen Erfahrungen beim Einsatz bewährter Erhebungsinstrumente der Dritte-Sektor-Forschung ein. Zudem wurde er von 35 Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft durchgesehen sowie auf Verständlichkeit und methodische Tauglichkeit in einem Pretest bei 100 zufällig ausgewählten Organisationen überprüft. Die Erhebung selbst wurde vom Berliner Umfrageinstitut USUMA durchgeführt. Der Fragebogen gliedert sich in neun thematische Blöcke:

1. Organisationsstruktur
2. Tätigkeitsfelder und Aufgaben der Organisationen
3. Mitglieder
4. Ehrenamtliches Engagement
5. Ehrenamtliche Funktionen
6. Beschäftigung
7. Einbindung der Organisationen in die Umwelt
8. Finanzierung
9. Angaben zur ausfüllenden Person

Angaben wurden nur dann ausgewertet, wenn eine ausreichende statistische Besetzung entsprechender Gruppen für Brandenburg vorlag. Auf die Auswertung von Fragestellungen, bei denen die Anzahl der Organisationen für Brandenburg zu klein war, um empirisch belastbare Ergebnisse zu erzielen, wurde also verzichtet.

Um einen gewissen Bewertungsrahmen zu schaffen und fundierte Aussagen zu ermöglichen, wo die Dritte-Sektor-Organisationen in Brandenburg stehen, inwieweit sie sich durch eine Spezifik auszeichnen oder inwiefern sie in allgemeinen Trends liegen, werden in der Regel – neben den Angaben zu den Brandenburger Organisationen – jene aus der Gesamtstichprobe und teilweise für Ostdeutschland (neue Bundesländer einschließlich Berlin) gesondert ausgewiesen. Da die Werte für die Brandenburger Organisationen zumeist sehr nahe an denen der ostdeutschen Organisationen liegen, werden Letztere nicht durchgehend in den Tabellen und Abbildungen aufgeführt. Auf besondere Unterschiede hingegen wird im Text eingegangen. Zudem werden die Ergebnisse zu den in Kapitel 4 ausgewerteten Angaben von Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände gespiegelt.

3.2 Organisationsstruktur

Um einen ersten Eindruck von den in die Brandenburger Stichprobe einbezogenen Dritte-Sektor-Organisationen zu erhalten, werden zunächst ausgewählte Strukturmerkmale dargestellt. Dabei wird herausgearbeitet, in welchem Maße hier Besonderheiten und Spezifika bei den Organisationen in Brandenburg vorliegen. Dieser „Steckbrief“ ist zugleich als Interpretationshintergrund für die folgenden vertiefenden Analysen gedacht.

Tätigkeitsebene: hauptsächlich kommunal und regional, oft auch auf Landesebene

Den Angaben der befragten Brandenburger Dritte-Sektor-Organisationen zufolge sind sie besonders häufig auf der kommunalen (57 %) und regionalen Ebene (51 %) tätig. Seltener agieren sie auf Bundesebene (13 %), EU-Ebene (7 %) oder darüber hinausgehend auf der internationalen Ebene (5 %) (vgl. Tabelle 3.2). Die Organisationen sind vor allem auf der Landesebene zahlreich vertreten: Dort liegt ihr Anteil mit 37 Prozent um 10 Prozentpunkte über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Der Befund für die Brandenburger Organisationen gilt ebenfalls für Ostdeutschland und könnte mit der jüngeren Geschichte nach der Wiedervereinigung zu erklären sein: Gerade oberhalb der Landesebene gab es Anfang der 1990er Jahre in der alten Bundesrepublik zahlreiche Organisationen (z.B. jene der Wohlfahrtsverbände), die ihre Aktivitäten auf die neuen Bundesländer ausdehnten. Neugründungen waren

deshalb in den neuen Bundesländern nicht mehr in dem Maße erforderlich. Der Bedarf auf der Landesebene hingegen war größer.

Tabelle 3.2

Tätigkeitsebenen der befragten Organisationen (in %)

	Brandenburg	Befragung gesamt	Ostdeutschland
Kommunale Ebene	57	63	60
Regionale Ebene (Kreis/Bezirk)	51	50	54
Landesebene	37	27	39
Bundesebene	13	18	21
EU-Ebene	7	7	9
Weitere internationale Ebene	5	6	6

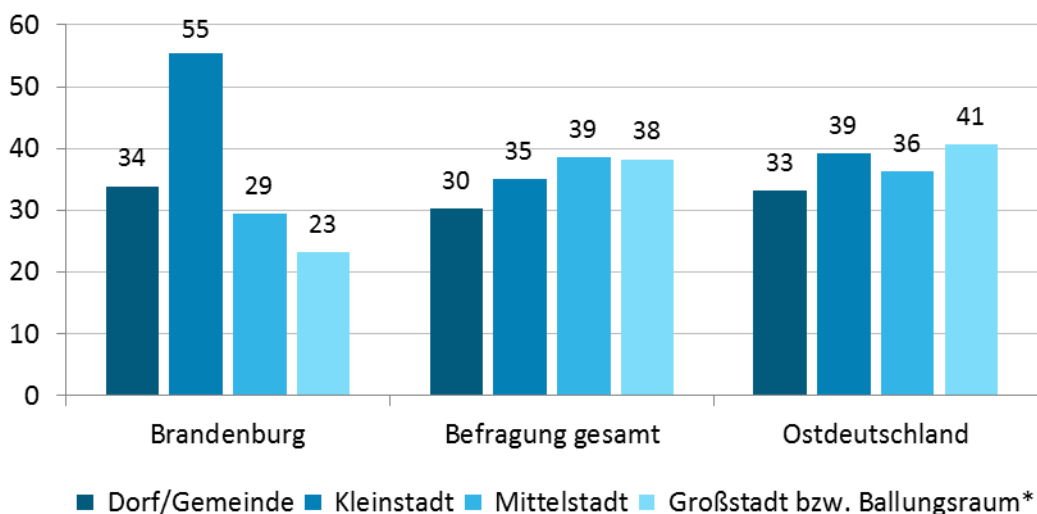
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Tätigkeitsraum: vor allem in Kleinstädten

Am häufigsten sind die Brandenburger Organisationen in Kleinstädten mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern tätig (55 %). Damit liegen sie deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 35 Prozent. In Mittel- und Großstädten hingegen sind sie wesentlich seltener aktiv (vgl. Abbildung 3.1). Dies ist überwiegend auf die spezifische Siedlungsstruktur im Land Brandenburg zurückzuführen, da der Anteil der dort lebenden Bevölkerung relativ gering ist.

Abbildung 3.1

Tätigkeitsraum der befragten Organisationen (in %)



* Betrifft in Brandenburg nur Potsdam.

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Mitglieder: relativ hoher Anteil von Organisationen mit wenig Mitgliedern

Die meisten Brandenburger Mitgliederorganisationen (Vereine und Genossenschaften) haben geringe bis mittlere Mitgliederzahlen. Besonders mit Blick auf kleine Organisationen mit bis zu 50 Mitgliedern zeichnen sich Differenzen zum Bundesdurchschnitt ab: Während der Anteil in Brandenburg 44 Prozent beträgt, liegt er in Deutschland bei lediglich 27 Prozent.

Unter den befragten Brandenburger Organisationen fehlen hingegen große Organisationen mit mehr als 500 Mitgliedern (10 %) in markanter Weise; deutschlandweit (23 %) bzw. ostdeutschlandweit (20 %) ist ihr Anteil doppelt so hoch. Dies ist insofern bemerkenswert, als für Dritte-Sektor-Organisationen Mitglieder in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung sind: Denn neben Mitgliedsbeiträgen als wichtiger finanzieller Ressource ist das Engagementpotenzial der Mitglieder zur Sicherung der Tätigkeit der Organisationen substanziell.

Beschäftigte: seltener kleine, eher mittelgroße Organisationen

Von den befragten Organisationen in Brandenburg haben 64 Prozent Beschäftigte (bundesweit: 61 %).

Der Anteil der Organisationen mit einer mittelgroßen Anzahl an Beschäftigten (21–100 Beschäftigte) ist relativ hoch. Obwohl der Anteil kleiner Organisationen (1–5 Beschäftigte) mit 31 Prozent im Deutschland-Vergleich (40 %) eher gering ausfällt, ist diese Gruppe auch in Brandenburg am häufigsten vertreten (vgl. Tabelle 3.3).

Tabelle 3.3

Beschäftigte in den befragten Organisationen (in %)

	Brandenburg	Befragung insgesamt	Ostdeutschland
Organisationen mit Beschäftigten	64	61	66
<i>Davon:</i>			
1–5 Beschäftigte	31	40	37
6–20 Beschäftigte	28	26	24
21–100 Beschäftigte	28	21	23
Mehr als 100 Beschäftigte	13	13	15

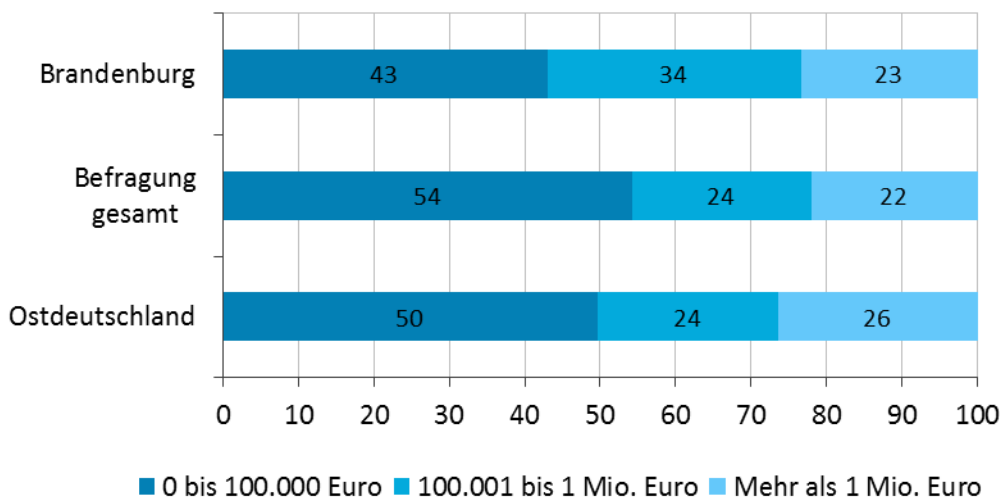
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Finanzvolumen: seltener kleine, vermehrt mittelgroße Organisationen

Analog zur Situation bei den Beschäftigtenzahlen fällt der Anteil der Organisationen mit einem geringen Finanzvolumen (43 %) in Brandenburg am größten aus (vgl. Abbildung 3.2). Im Vergleich zu allen Organisationen in Deutschland (54 %) ist ihr Anteil geringer, das heißt, für Brandenburg kann ein höherer Anteil an Organisationen im Segment mit einem mittleren Finanzvolumen (34 %) festgestellt werden.

Abbildung 3.2

Finanzvolumen der befragten Organisationen (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Gründungsboom in der Nachwendezeit

Es mag nicht verwundern, dass zwei Drittel (68 %) der befragten Brandenburger Organisationen erst nach 1991 gegründet wurden (bundesweit: 41 %). Vor allem zwischen 1991 und 2000 entstanden zahlreiche Organisationen (44 %); dies entspricht etwa dem Gründungsgeschehen in Ostdeutschland und steht mit den gesetzlichen Regelungen nach der Wiedervereinigung sowie mit dem Aufbau entsprechender Strukturen in engem Zusammenhang.

Besonders deutlich zeigt sich die vermehrte Gründungsaktivität der 1990er Jahre bei den Vereinen: Über die Hälfte (57 %) wurde zwischen 1991 und 2000 gegründet. Das übertrifft selbst den ostdeutschen Durchschnitt von 43 Prozent deutlich.

Strukturelle Veränderungen eher innerhalb der Organisationen

In Brandenburg haben 36 Prozent aller Organisationen seit 2005 strukturelle Veränderungen vorgenommen. Sie liegen damit leicht über dem Gesamtdurchschnitt und erreichen ein etwa vergleichbares Niveau wie in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 3.4).

Tabelle 3.4

Strukturelle Veränderungen und deren Formen in den befragten Organisationen seit 2005 (in %)

	Brandenburg	Befragung gesamt	Ostdeutschland
Mindestens eine strukturelle Veränderung	36	33	37
Stärkere Trennung von ausführenden Tätigkeiten und Leitungsaufgaben	42	26	24
Aufbau neuer Bereiche	42	51	47
Schließung einzelner Bereiche	26	20	23
Zusammenschluss mit anderen Organisationen (Fusion)	5	12	14
Abbau von Hierarchieebenen	21	23	22

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Strukturelle Veränderungen erfolgten vor allem bei der stärkeren Trennung von ausführenden Tätigkeiten und Leitungsaufgaben (42 %) sowie beim Aufbau neuer Bereiche (42 %). Dem steht bei gut jeder vierten Organisation die Schließung einzelner Bereiche gegenüber. Der Zusammenschluss mit anderen kommt in Brandenburg im Vergleich zu allen befragten Organisationen seltener vor (5 % bzw. 12 % bundesweit). Die Veränderungsdynamik der Brandenburger Organisationen könnte Ausdruck ihrer gefestigten Position und, vor allem hinsichtlich der Ausdifferenzierung der Aufgaben, Zeichen einer zunehmenden Tendenz zur Professionalisierung sein.

Besonders die Brandenburger gGmbHs führten im Vergleich zu allen gGmbHs in Deutschland (46 %) überdurchschnittlich häufig strukturelle Veränderungen durch (60 %). Der Abbau von Hierarchieebenen erfolgt dabei nur bei jeder zehnten gGmbH in Brandenburg, während dies im Bundesdurchschnitt von jeder vierten (27 %) berichtet wird.

Die Brandenburger Vereine hingegen setzen stärker auf den Abbau von Hierarchieebenen (28 %) und liegen damit über dem Deutschlanddurchschnitt (21 %). Der Anteil der Vereine, die Bereiche schließen, ist identisch mit jenem, der neue Bereiche aufbaut (jeweils 28 %). Gerade im Aufbau neuer Bereiche sind die Brandenburger

Vereine damit zurückhaltender als jene in Gesamtdeutschland, bei denen dies bei jedem zweiten Verein (50 %) der Fall war.

Gremien sind ehrenamtlich besetzt

Mehr als 90 Prozent aller Organisationen in Brandenburg verfügt über mindestens ein rein ehrenamtlich besetztes Organ (vgl. Tabelle 3.5). Bundesweit sind es 94 Prozent und in Ostdeutschland 92 Prozent. Zumeist handelt es sich um ehrenamtliche Vorstände (67 %).

Tabelle 3.5

Ehrenamtliche Organe und Gremien in den befragten Organisationen (in %)

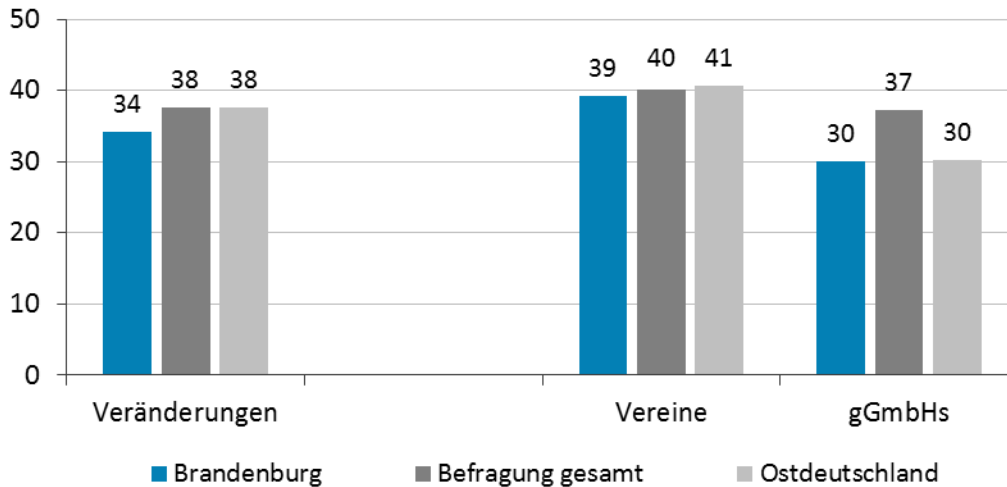
	Brandenburg	Befragung gesamt	Ostdeutschland
Mindestens ein ehrenamtliches Organ	91	94	92
Vorstand	67	75	73
Geschäftsführung	12	14	10
Aufsichtsrat	14	13	10
Beirat, Kuratorium	13	15	11
Stiftungsrat	2	2	2
Präsidium	4	4	4
Ausschuss, Arbeitskreis	10	19	13
Sonstige	2	4	4

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Sind Geschäftsführungen und Aufsichtsräte vorhanden, sind diese in Brandenburg seltener rein ehrenamtlich besetzt als in Gesamtdeutschland. Gut die Hälfte (55 %) der brandenburgischen Organisationen hat Geschäftsführungen, von denen aber nur ein Fünftel (22 %) rein von Ehrenamtlichen geleitet wird (bundesweit: 27 %).

Angesichts der Diskussionen, dass Leitung und Führung der Organisationen nach den traditionellen Mustern nicht mehr ausreichend funktionieren, ist die Frage von Interesse, inwiefern sie durch Modifikationen ihrer Strukturen darauf reagieren. Hier ist durchaus eine Bereitschaft zu Neuerungen festzustellen: Gut ein Drittel (34 %) der Brandenburger Organisationen hat in den letzten fünf Jahren mindestens eine Veränderung an ihren Organen und Gremien (vgl. Abbildung 3.3) vorgenommen, etwas seltener als im bundesweiten Vergleich (38 %). Vor allem die gGmbHs waren in dieser Hinsicht weniger aktiv (30 % bzw. 37 %).

Abbildung 3.3

Veränderung bei Organen und Gremien (in %) ¹⁶

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Von den Organisationen, die eine Veränderung vornahmen, wurde am häufigsten die Anzahl der Personen in den Organen und Gremien modifiziert (72 %). Ursachen lassen sich unter anderem in demographischen Prozessen (sinkende Bevölkerungszahl, Überalterung) suchen, von denen Brandenburg besonders betroffen ist.

Seltener erfuhren der Einfluss der Mitgliederversammlung (22 %), die Anzahl der Organe und Gremien (31 %) sowie die Entscheidungsbefugnisse von Personen in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen (33 %) eine Veränderung – Letztere häufiger als in Gesamtdeutschland (24 %). Dass sich die Organisationen gegenwärtig besonders mit Leitungsfragen beschäftigen, schlägt sich darin nieder, dass neben der stärkeren Trennung von ausführenden Tätigkeiten und Leitungsaufgaben vor allem eine Vergrößerung der Entscheidungsbefugnisse in den hauptamtlichen Leitungsfunktionen erfolgte.

Betrachtet man jedoch alle befragten Organisationen und nicht nur jene, die Veränderungen vorgenommen haben, so zeigt sich eine Stabilität der Strukturen. Der Einfluss der Mitgliederversammlung oder ehrenamtlicher Leitungsfunktionen wird in 92 Prozent bzw. 89 Prozent der Fälle unverändert belassen, ebenso wie die Anzahl der Organe und Gremien (89 %). Bei zunehmender bzw. einem hohen Grad der Professionalisierung bleibt also das demokratische Gefüge bestehen.

¹⁶ Diese Veränderungen können sowohl in Ausweitungen als auch in Verringerungen bestimmter Faktoren bestehen.

3.3 Mitglieder in Vereinen

Einer Sonderauswertung des Freiwilligensurveys 2009 für Brandenburg zufolge sind 30 Prozent der Befragten ab 14 Jahren Mitglied in einem Verein oder einer anderen gemeinnützigen Organisation (vgl. Gensicke/Geiss 2011: 24). Bezogen auf die Einwohnerzahl Brandenburgs kann von rund 670.000 Mitgliedern ab 14 Jahren in solchen Organisationen ausgegangen werden.

Mitglieder gibt es vor allem in Vereinen und Genossenschaften. Da die Zahl der Letzteren in der Stichprobe für das Land Brandenburg aber sehr gering ist, wird auf ihre weitere Betrachtung zumeist verzichtet. Im Rahmen der Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ wird zwischen natürlichen Mitgliedern (Personen) und juristischen Mitgliedern (Organisationen) differenziert.

Der folgende Abschnitt beschränkt sich auf Vereine mit natürlichen Mitgliedern. Vereine decken gerade auf der lokalen Ebene ein breites Spektrum von Bereichen ab. Sie sind vor Ort wichtige Akteure des Gemeinwesens, und es wird ihnen die Fähigkeit zugesprochen, soziales Kapital zu generieren (vgl. Deutscher Bundestag 2012: 188).

Kleine und mittelgroße Vereine dominieren die Vereinslandschaft in Brandenburg

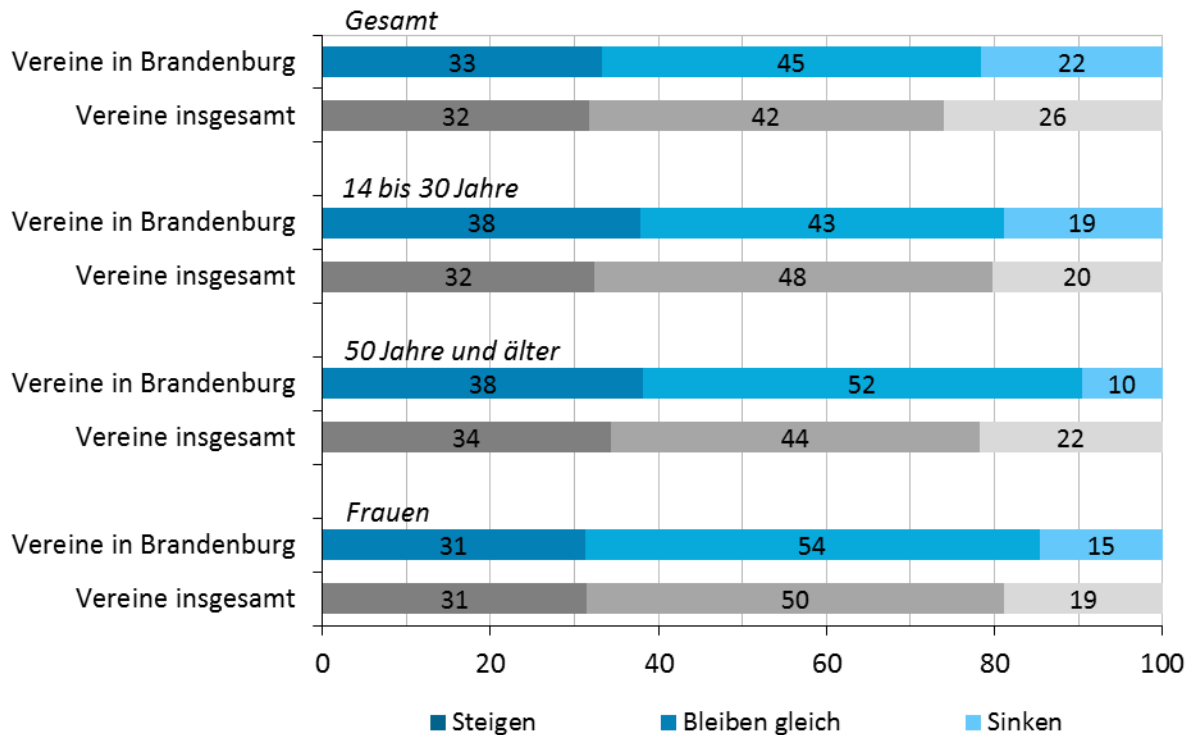
Vereine und Mitglieder gehören zusammen. Beträchtliche Unterschiede bestehen jedoch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl. Wie bereits ausgeführt, sind in der Vereinslandschaft Brandenburgs große Organisationen mit mehr als 500 Mitgliedern nur zu einem geringen Anteil vorhanden. Es sind vielmehr Vereine von kleiner und mittlerer Größe, die das Bild prägen. Etwa 47 Prozent der Vereine haben bis zu 50 Mitglieder und 43 Prozent 51 bis 500 Mitglieder. Im Vergleich zu den Angaben aus der Gesamtbefragung ist Brandenburg daher eher durch kleinere Vereine geprägt.

Mitgliederzahlen gleichbleibend bis steigend – positive Entwicklung junger, älterer und weiblicher Mitglieder

Auf die Frage, wie sich die Zahl der natürlichen Mitglieder zwischen 2005 und 2010 verändert hat, antwortete fast die Hälfte (45 %) der Vereine, dass es keine Veränderungen gegeben hat. Ein Drittel (33 %) verzeichnete steigende Mitgliederzahlen, während nur ein Fünftel (22 %) sinkende Mitgliederzahlen hinnehmen musste. Dieses Ergebnis war vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung nicht zu erwarten. Die Mitgliederentwicklung der Brandenburger Vereine weicht leicht positiv von jener aller bundesweit befragten Vereine und der in den neuen Bundesländern ab (vgl. Abbildung 3.4).

Abbildung 3.4

Mitgliederentwicklung in Vereinen nach Alter und Geschlecht (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Bei der Mitgliederentwicklung fällt zudem auf, dass in Brandenburg zwischen 2005 und 2010 insbesondere ein Zuwachs an älteren Mitgliedern (50 Jahre und älter) eintrat. 53 Prozent der Vereine gaben an, dass die Mitgliederanzahl in dieser Gruppe zwischen 2005 und 2010 stabil blieb. Zudem stellten 38 Prozent eine Zunahme fest und nur 10 Prozent eine Abnahme. Bundesweit hatten 22 Prozent der Vereine Verluste zu verkräften.

Positiv fällt die Bilanz auch hinsichtlich der Anzahl jüngerer Mitglieder im Alter von 14 bis 30 Jahren aus. Mehr als ein Drittel der Vereine (38 %) berichtet von einem Anstieg in dieser Gruppe, 43 Prozent von stabilen Mitgliederzahlen und nur 19 Prozent von einem Rückgang. Im bundesweiten Vergleich verzeichneten hingegen 30 Prozent einen Zuwachs an 14- bis 30-Jährigen. Junge Mitglieder stellen demnach in den Brandenburger Vereinen eine besonders stabile und sogar wachsende Gruppe dar.

Bei der Entwicklung der weiblichen Mitgliederzahlen in Brandenburg ist der Anteil der Vereine, die sinkende Zahlen verzeichnen, mit 15 Prozent ebenfalls geringer als im Bundesdurchschnitt. Eine konstant gebliebene Zahl registrierten 54 Prozent der befragten Vereine, und beinahe ein Drittel verbuchte ein Plus (31 %). Der Vergleich mit den Ergebnissen der Gesamtbefragung zeigt, dass sich deutschlandweit eine ähnliche Tendenz abzeichnet, diese aber für Brandenburg noch positiver ausfällt.

*Mehr als die Hälfte der Organisationen mit Zielgruppenorientierung:
Junge Menschen liegen vorne, mit deutlichem Abstand folgen ältere Menschen*

Um neue Mitglieder zu gewinnen, kommt der gezielten Mitgliederwerbung durch die Vereine ein hoher Stellenwert zu. Eine Möglichkeit hierfür besteht in der Orientierung auf bestimmte Zielgruppen.

Von den Brandenburger Vereinen gaben 60 Prozent an, bei der Werbung neuer Mitglieder bestimmte Zielgruppen besonders im Blick zu haben; vor allem in Bezug auf junge Menschen sind diese Vereine in Brandenburg aktiv. Etwa drei Viertel (74 %) der Vereine mit Zielgruppenorientierung sprechen gezielt Personen im Alter zwischen 14 und 30 Jahren an. Von den deutschlandweit befragten Vereinen nannten 71 Prozent junge Menschen als Zielgruppe bei ihrer Mitgliederwerbung.

Doch auch ältere Menschen (50+) werden von 36 Prozent der Brandenburger Vereine als potenzielle Mitglieder angesprochen. Der deutliche Abstand zu den Bemühungen um die Jüngeren lässt sich mit den demographischen Veränderungen erklären. Gerade in den ländlichen Regionen ist ohnehin ein recht hoher Anteil älterer Mitglieder vorhanden, und die Nachwuchsprobleme dominieren das Vereinsleben stärker. Entsprechend stehen junge Menschen im Fokus der Mitgliederwerbung. Dagegen scheinen ältere Menschen als neue Mitglieder bislang wenig Aufmerksamkeit zu finden. Als Zielgruppe beim Engagement werden sie hingegen von einem deutlich höheren Anteil der Vereine genannt (67 %).

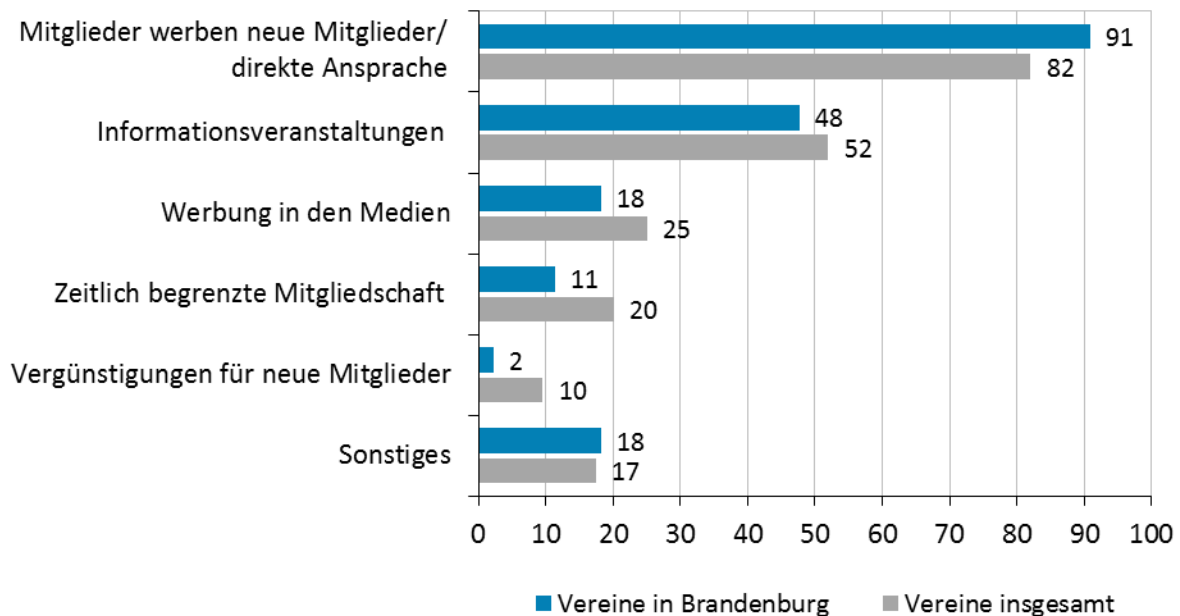
Ähnlich stellt sich die Situation bei der Orientierung auf Migrantinnen und Migranten als Mitglieder dar. Immerhin 16 Prozent der Vereine in Brandenburg gaben sie als Zielgruppe an. Damit liegt Brandenburg im Vergleich zu den bundesweit befragten Vereinen und zu jenen in den neuen Bundesländern an der Spitze. Als potenzielle Engagierte werden sie sogar von 24 Prozent der Vereine in Brandenburg wahrgenommen.

Mitgliederwerbung fast ausschließlich über direkte Ansprache

Den Instrumenten der Werbung kommt bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern eine entscheidende Rolle zu. Der überwiegende Anteil der Brandenburger Vereine (85 %) betreibt eine aktive Mitgliederwerbung, bei der man sich sehr stark auf die direkte Ansprache konzentriert (91%). Das ist keine Besonderheit des Bundeslandes Brandenburg, deutschlandweit erfährt dieses traditionelle Instrument den höchsten Zuspruch (82 %) (vgl. Abbildung 3.5). Am zweithäufigsten werden in Brandenburger Vereinen Informationsveranstaltungen genutzt, um neue Mitglieder zu rekrutieren (48 %).

Abbildung 3.5

Instrumente der Mitgliederwerbung in Vereinen (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Weitere Strategien – in Brandenburger Vereinen jedoch von untergeordneter Bedeutung – zur Anwerbung von Mitgliedern richten sich auf die Nutzung der Medien (18 %) und die begrenzte zeitliche Mitgliedschaft (11 %). Demgegenüber nutzen 25 Prozent aller Vereine in Deutschland die Medien, und fast doppelt so viele wie in Brandenburg agiert mit zeitlich begrenzten Mitgliedschaften (20 %). Vergünstigungen für neue Mitglieder sind für Vereine in Brandenburg offenbar noch keine Option der Werbung: Nur 2 Prozent greifen auf diese Strategie zurück, während sie bei 10 Prozent der bundesweit befragten Vereine und 7 Prozent der Vereine in den neuen Bundesländern zur Anwendung kommt.

3.4 Engagierte

Die Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ untersucht das Engagement auf zwei Wegen: Erstens wurden die Organisationen zu ihren ehrenamtlich Engagierten befragt. Dadurch konnte die Einbindung aller Personen, die freiwillig und unentgeltlich Aufgaben in den Organisationen übernehmen, empirisch erfasst werden. Zweitens wurden Informationen zur Gruppe der Engagierten in ehrenamtlichen Leitungs-, Aufsichts- und Beratungsfunktionen gesondert erhoben.

Der folgende Abschnitt enthält Ergebnisse zu beiden Engagementformen. Betrachtet wird das Engagement in Vereinen, gGmbHs und Genossenschaften. Stiftun-

gen werden aufgrund der geringen Fallzahl nicht berücksichtigt. Gleichwohl spielt das Engagement in deren Organisationsstruktur ebenfalls eine wichtige Rolle, vor allem in den Leitungs-, Aufsichts- und Beratungsfunktionen.

Der Freiwilligensurvey, der im Unterschied zur hier ausgewerteten Organisationserhebung einen repräsentativen Anteil der Bevölkerung ab 14 Jahren befragt, weist für 2009 einen Anteil von 33 Prozent Engagierter in Brandenburg aus (vgl. Gensicke/Geiss 2011: 9). Demnach bringen sich rund 740.000 Bürgerinnen und Bürger aktiver in die Arbeit der Dritte-Sektor-Organisationen ein.

Anteil der Brandenburger Organisationen mit Engagierten etwas geringer

Der Anteil der Organisationen, in denen Engagierte aktiv sind, liegt in Brandenburg bei 82 Prozent. Er weicht somit leicht vom Wert Deutschlands (86 %) ab. In Brandenburg arbeiten demnach vergleichsweise weniger Organisationen mit Engagierten. Dies kann ein Hinweis für eine stärkere Ausrichtung auf die Realisierung von Dienstleistungsfunktionen und dem damit verbundenen stärkeren Einsatz von hauptamtlich Beschäftigten sein.

In den untersuchten Rechtsformen kommt dem Engagement eine jeweils unterschiedliche Bedeutung zu. Generell gehören Vereine zu jenen Organisationen, die fast ausnahmslos Engagierte auf vielfältige Weise in ihre Arbeit integrieren – so auch in Brandenburg: In 94 Prozent der befragten Vereine sind Engagierte zu finden. Auch 90 Prozent der Brandenburger Genossenschaften setzen auf die Einbindung Ehrenamtlicher; diese sind überwiegend im Rahmen von Wahl- und Berufungsfunktionen aktiv. In den gGmbHs sind diese Formen des Engagements ebenfalls in einem beachtlichen Maße zu finden – hier gab jede zweite an, Engagierte zu haben.

Vorstände und Geschäftsführung stärker professionalisiert

Die Organe und Gremien der Brandenburger Organisationen sind überwiegend ehrenamtlich besetzt. In dieser Hinsicht weichen sie weder von den Angaben der bundesweit befragten Organisationen noch von jenen der ostdeutschen Bundesländer ab.

Auffällig ist, dass die Vorstände nur in 87 Prozent der Organisationen in Brandenburg rein ehrenamtlich geführt werden, wohingegen dies bei 93 Prozent der Organisationen in den neuen Bundesländern und bei 94 Prozent insgesamt der Fall ist. Vorstände werden in Brandenburg demnach häufiger hauptamtlich besetzt (6 %). Mischformen von haupt- und ehrenamtlichen Vorständen sind in Brandenburg vergleichsweise weit verbreitet (6 %). Ein Grund für den stärkeren Einsatz von Hauptamtlichen kann in dem höheren Anteil finanzstarker und beschäftigungsorientierter

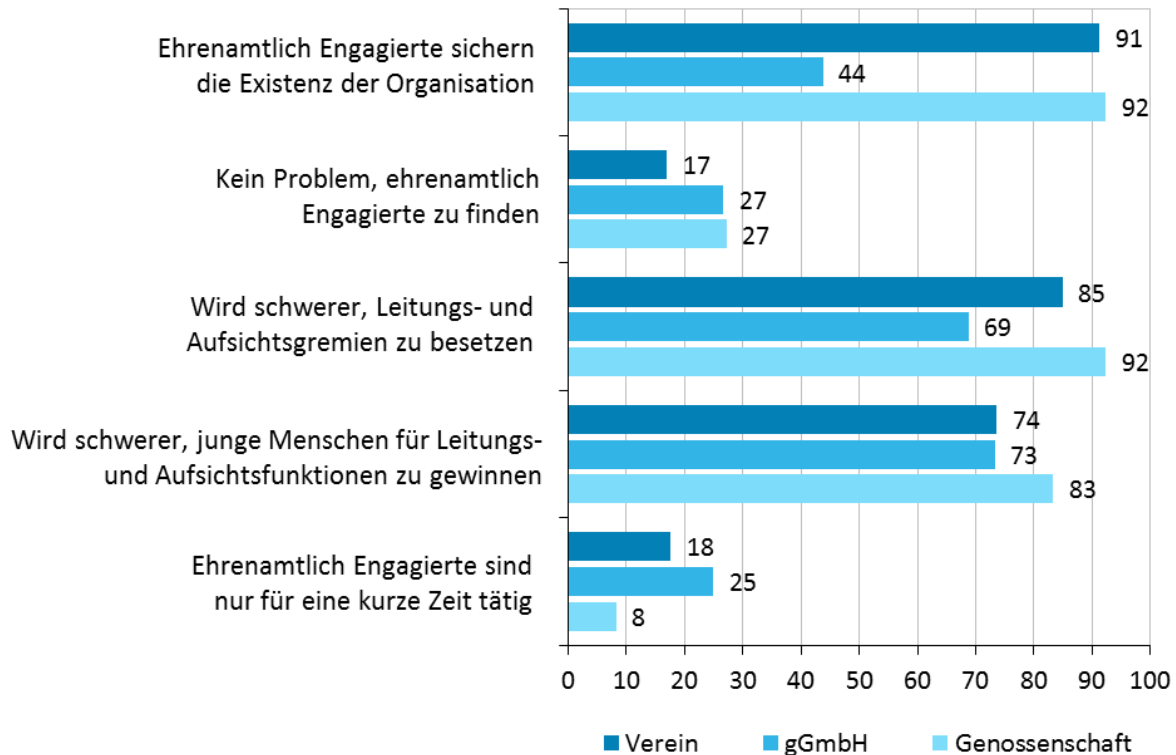
Organisationen in Brandenburg liegen. Die damit verbundene Professionalisierung ist mit einem Ehrenamt nicht immer vereinbar.

Engagement in Brandenburg existenzsichernd – besonders für Vereine und Genossenschaften

Für 83 Prozent der Brandenburger Organisationen ist die Arbeit ihrer Engagierten existenzsichernd – vor allem für Genossenschaften (92 %) und Vereine (91 %). Zudem wird deutlich, dass nicht nur die Brandenburger Genossenschaften, sondern ostdeutsche Genossenschaften insgesamt offenbar in einem stärkeren Maße durch freiwilliges Engagement geprägt sind. Bei den Vereinen hingegen zeichnen sich kaum Unterschiede zwischen Brandenburg und den anderen Betrachtungsebenen ab. Doch nicht nur in den engagementbetonten Rechtsformen, sondern ebenfalls in einem großen Teil der gGmbHs (44 %) in Brandenburg wird das Engagement als existenzsichernd angesehen (vgl. Abbildung 3.6).

Abbildung 3.6

Einschätzungen der befragten Organisationen zum Engagement nach Rechtsform (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Engagierte sind schwer zu finden

Obwohl das Engagement einen wichtigen Stellenwert besitzt, fällt es den Brandenburger Organisationen schwer, Personen zu finden, die sich ehrenamtlich engagieren: 80 Prozent berichten von Problemen bei der Suche nach Engagierten. Damit erreichen sie sowohl gesamtdeutsche als auch ostdeutsche Werte. Neben den Brandenburger Vereinen (83 %) berichten beinahe drei Viertel der Genossenschaften (73 %) und gGmbHs (73 %) von solchen Schwierigkeiten.

Eine ähnliche Tendenz zeigen die Einschätzungen hinsichtlich der Gewinnung von Personen für die Übernahme ehrenamtlicher Funktionen. In Brandenburg und im gesamten Bundesgebiet geben jeweils rund 80 Prozent der Organisationen an, Probleme zu haben, Menschen für diese Aufgaben zu erreichen. Besonders schwer haben es die Brandenburger Genossenschaften bei der Besetzung ihrer ehrenamtlichen Funktionen (92 %). Von den Vereinen sind 85 Prozent mit derartigen Schwierigkeiten konfrontiert.

Diese Ergebnisse sind durchaus ernst zu nehmen, da sie langfristig zur Existenzgefährdung eines beachtlichen Teils der Organisationen führen können. Hinzu kommt, dass zahlreiche Organisationen in dieser Frage keinen Zugang zu jungen Menschen finden. So berichten 75 Prozent der Organisationen in Brandenburg von Problemen, junge Menschen für diese Funktionen zu gewinnen. Auffallend häufig betrifft dies Genossenschaften (83 %) und gGmbHs (73 %).

Längerfristiges Engagement mit gewisser materieller Orientierung

Das ehrenamtliche Engagement in Brandenburg ist häufiger auf eine längerfristige Perspektive ausgelegt als bundesweit und in Ostdeutschland insgesamt. Nur 18 Prozent der Brandenburger Organisationen gaben an, dass Engagierte lediglich für kurze Zeit tätig sind. Hingegen trifft dies auf 22 Prozent der deutschlandweit befragten Organisationen und auf 21 Prozent der ostdeutschen zu. Insbesondere bei Vereinen und gGmbHs zeichnet sich eine solche Tendenz ab: Bei nur 18 Prozent der Brandenburger Vereine sind Engagierte eher kurzfristig aktiv – in der Gesamtbefragung sind es 23 Prozent. Bei den Brandenburger gGmbHs liegt das kurzfristige Engagement bei 25 Prozent (bundesweit: 33 %).

Aus der Sicht der Brandenburger Organisationen sind materielle Gegenleistungen offenbar ein wichtiger Anreiz für ehrenamtlich Engagierte. Jede dritte Organisation (34 %) bestätigt, dass dies für ihren Bereich voll oder eher zutrifft. Bei der bundesweiten Betrachtung liegt dieser Wert 11 Prozentpunkte (23 %) darunter. Den materiellen Gegenleistungen messen dabei alle der betrachteten Rechtsformen – Vereine, gGmbHs und Genossenschaften – in Brandenburg einen beachtlichen Wert zu.

Aktive Werbung von Engagierten vor allem personengebunden

Die Brandenburger Organisationen sind – wie alle befragten Organisationen in Deutschland – sehr darum bemüht, neue Engagierte zu gewinnen: Rund 79 Prozent geben an, dies aktiv zu tun. Besonders ins Auge fallen hier die Vereine (87 %) und gGmbHs (80 %), die konkrete Maßnahmen zur Gewinnung von Engagierten einsetzen.

Die Wege und Mittel sind dabei unterschiedlich: In erster Linie erfolgt die Gewinnung von Engagierten in Brandenburg, ebenso wie deutschlandweit, durch das „Hineinwachsen“ über Mitgliedschaft (64 %). Als zweitwichtigstes Instrument nennen die Brandenburger Organisationen die Ansprache seitens leitender Personen (57 %). Häufig werden Engagierte von Mitgliedern geworben (44 %). Die Organisationen nutzen außerdem Mitmachaktionen (36 %) und in einem geringeren Umfang Informationsveranstaltungen und Kontaktstellen (22 %) oder die Werbung in den Medien (16 %).

Zielgruppenorientierung: auch ältere Menschen als Potenzial erkannt

Von den Brandenburger Organisationen, die sich aktiv um Engagierte bemühen, hat knapp die Hälfte eine bestimmte Zielgruppe im Blick (49 %). Vor allem bei den Vereinen ist diese Zielgruppenorientierung auszumachen (55 %).

Von der konkreten Ansprache profitieren ähnlich wie bei der Mitgliederwerbung vor allem jüngere Personen, die von 79 Prozent der Organisationen als Engagierte bei der Neuwerbung angesprochen werden. Ihnen kommt damit die größte Aufmerksamkeit zu.

Neben den Jüngeren finden ältere Menschen bei der Engagiertenwerbung der Brandenburger Organisationen besondere Beachtung (67 %). Bundesweit trifft dies nur auf 40 Prozent zu. Offenbar haben die Brandenburger Organisationen bereits auf die älter werdende Bevölkerung im Land Brandenburg reagiert und sehen die Älteren als wichtige Ressource des Engagements.

Erfreulicherweise schließen die Brandenburger Organisationen bei der Engagementgewinnung Migrantinnen und Migranten nicht aus. Trotz deren geringen Anteils in der Bevölkerung bemühen sich 24 Prozent der Organisationen in Brandenburg, diese als Engagierte zu gewinnen. Damit richten sie ihre Aufmerksamkeit auf eine Gruppe, die als Mitglieder und Engagierte sonst eher vernachlässigt wird.

3.5 Junge Menschen

Seit einiger Zeit wird eine Überalterung der Mitglieder und Engagierten in Dritte-Sektor-Organisationen thematisiert. Ein Ziel der Organisationsbefragung war es deshalb, die Präsenz junger Menschen in den Organisationen zu ermitteln. Angesichts des in Brandenburg besonders spürbaren demographischen Wandels stellt sich für die Organisationen die dringende Frage, inwiefern junge Menschen gegenwärtig durch ihre Einbindung und ihr Engagement einen aktiven Part in den gemeinnützigen Organisationen einnehmen.

Der folgende Abschnitt betrachtet daher das Vorhandensein junger Menschen in Vereinen und beantwortet Fragen zur aktiven Ansprache dieser Gruppe durch die Organisationen. In der Gesamtbevölkerung ist rund jede/r Fünfte zwischen 14 und 30 Jahre alt. Dieser Wert soll im Folgenden als Orientierungsgröße – aber nicht als ein hartes Kriterium – dienen, um die Anteile dieser Altersgruppe in den Organisationen einzuordnen. Gemeinnützige Organisationen mit Mitgliedern und Engagierten stehen demnach gut da, wenn junge Menschen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils bei den verschiedenen Aufgaben und Funktionen berücksichtigt werden.

Aus den bereits genannten Gründen, nämlich dass es Mitglieder nur in Vereinen und Genossenschaften gibt und eine differenzierte Betrachtung der Genossenschaften aufgrund der geringen Fallzahlen nur begrenzt möglich ist, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf die Vereine.

Sehr gute Integration junger Mitglieder, aber äußerst schlechte Integration junger ehrenamtlicher Leitungspersonen

In Vereinen sind junge Menschen in drei Rollen zu finden: als Mitglied, als ehrenamtlich Engagierte/r oder als Person, die eine ehrenamtliche Leitungs- und Aufsichts- oder Beratungsfunktion ausübt.

Junge Menschen sind in Brandenburger Organisationen als Mitglieder eher als Engagierte repräsentiert. Indes gibt es, ähnlich wie in den Vereinen im gesamten Bundesgebiet, in 13 Prozent der Brandenburger Vereine gar keine Mitglieder im Alter von 14 bis 30 Jahren (vgl. Tabelle 3.6).

Demgegenüber ist der Anteil der Brandenburger Vereine, bei denen junge Menschen mehr als 20 Prozent der Mitglieder ausmachen, vergleichsweise hoch (60 %). Nur 41 Prozent der Vereine im gesamten Bundesgebiet weisen so hohe Anteile junger Mitglieder auf. Die Integration von jungen Mitgliedern funktioniert in Brandenburg offenbar gut.

Tabelle 3.6

Junge Mitglieder (14–30 Jahre) in Vereinen (in %)

Junge Mitglieder	Brandenburg	Befragung gesamt
Keine	13	13
Unterdurchschnittlich (> 0–20 %)	27	46
Überdurchschnittlich (> 20 %)	60	41

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Anders stellt sich die Situation der jungen Engagierten in den Vereinen dar. Bei deren Einbindung ähneln die Brandenburger Organisationen den Vereinen in Gesamtdeutschland stärker (vgl. Tabelle 3.7).

Tabelle 3.7

Junge Engagierte (14–30 Jahre) in Vereinen (in %)

Junge Engagierte	Brandenburg	Befragung gesamt
Keine	21	20
Unterdurchschnittlich (> 0–20 %)	37	37
Überdurchschnittlich (> 20 %)	42	43

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Demnach sind in 58 Prozent der Brandenburger Vereine maximal 20 Prozent der Engagierten 14 bis 30 Jahre alt. Bei deutlich mehr als der Hälfte sind junge Engagierte somit unterrepräsentiert bzw. hier gar nicht vorhanden.

Noch brisanter erscheint die Lage in Bezug auf junge Menschen, die eine ehrenamtliche Leitungsfunktion übernehmen. Hier sind die Brandenburger Vereine vergleichsweise schlecht aufgestellt: Allein bei 45 Prozent sind keine Personen im Alter von 14 bis 30 Jahren in solche Funktionen eingebunden. Im Bundesdurchschnitt trifft dies für 37 Prozent der Vereine zu (vgl. Tabelle 3.8).

Tabelle 3.8

Junge Menschen (14–30 Jahre) in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen in Vereinen (in %)

Junge Menschen	Brandenburg	Befragung gesamt
Keine	45	37
Unterdurchschnittlich (> 0–20 %)	22	31
Überdurchschnittlich (> 20 %)	33	32

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

In jedem dritten Brandenburger Verein (33 %) üben junge Menschen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils eine ehrenamtliche Leitungsfunktion aus. Zwei Drittel der Brandenburger, aber auch der Vereine insgesamt, lassen die junge Generation in der Leitungsebene vermissen.

Es ist also kein Selbstläufer, dass aus Mitgliedern Engagierte oder Ehrenamtliche werden. Hier sollten Brandenburger Vereine stärker Maßnahmen ergreifen, um das eigentlich vorhandene Potenzial zu nutzen.

Gelungene Einbindung junger Menschen in Brandenburgs Kleinstädten

Neben der unterschiedlichen Einbindung als Mitglieder und Engagierte bestehen Unterschiede zwischen Vereinen, die eher im städtischen oder im ländlichen Raum tätig sind.

Die 14- bis 30-jährigen sind in einem höheren Maße in Vereine eingebunden, die in Brandenburgs Kleinstädten agieren. So sind in diesen Organisationen durchschnittlich 29 Prozent der Mitglieder, 31 Prozent der Engagierten und 26 Prozent der Personen in ehrenamtlicher Leitungsfunktion im Alter von 14 bis 30 Jahren. Diese ausgeprägte Präsenz Jugendlicher lässt sich für die Kleinstädte im gesamten Bundesgebiet nicht nachweisen. Hier befinden sich nur 21 Prozent der Mitglieder, 23 Prozent der Engagierten und 21 Prozent der Ehrenamtlichen in diesem Alter.

In Vereinen in Brandenburgs Dörfern und Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern sind 28 Prozent der Mitglieder zwischen 14 und 30 Jahre alt. Vereinen in ländlichen Gebieten fällt es allgemein etwas leichter als solchen in anderen Gemeindegroßen, junge Mitglieder einzubinden. So gilt für Brandenburg (mit Ausnahme der Kleinstädte) und für das gesamte Bundesgebiet, dass junge Menschen mit abnehmender Urbanität stärker in den Organisationen vertreten sind.

Generell schneiden Vereine in Mittel- und Großstädten demnach bei ihrer Einbindung am schlechtesten ab. Deutlich wird dies an den Vereinen in Brandenburgs Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern. Hier sind 22 Prozent der Mitglieder, 13 Prozent der Engagierten und 16 Prozent der Personen in ehrenamtlicher Leitung im Alter zwischen 14 und 30 Jahren. Zu ähnlich verhältnismäßig geringen Anteilen sind sie in Vereinen in der Landeshauptstadt Potsdam vertreten. Potsdamer Vereine stechen zudem durch die äußerst geringe Präsenz junger ehrenamtlicher Leitungskräfte hervor: Lediglich 2 Prozent der in diesen Ämtern aktiven Personen sind unter 30 Jahre alt. Hier ansässige Vereine stehen somit einem gravierenden Nachwuchsproblem gegenüber, das sich für Großstädte insgesamt in Deutschland nicht derart stark abzeichnet (16 %).

Nachwuchsarbeit erfolgt, aber verstärkte Anstrengungen erforderlich

Für eine aktive Nachwuchsarbeit zur Gewinnung von Mitgliedern und Engagierten tragen die Organisationen zweifellos selbst die Verantwortung. Entsprechend ihrer spezifischen Ausrichtung, ihres Wirkungskreises und ihrer Arbeitsweise müssen sie attraktive Formen finden und einsetzen. Wie bereits ausgeführt wurde, nutzen Brandenburger Organisationen für die aktive Werbung um neue Mitglieder oder Engagierte hauptsächlich den persönlichen Kontakt. Damit wird offenbar ein wirksamer Weg beschritten. Für das künftige Vorgehen ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht überall die Menschen in entsprechende Netzwerke integriert sind. Wenn Jugendliche beispielsweise keine Mitglieder in ihrem privaten Umfeld haben, sind kaum Möglichkeiten zur persönlichen Ansprache gegeben. Die Organisationen müssen also auch andere Wege nutzen. Für die Zielgruppe der Jugendlichen können passend zu den Spezifika dieser Lebensphase andere Instrumente wie die Medienwerbung Erfolg versprechen.

Die Brandenburger Vereine schenken jungen Menschen Aufmerksamkeit, wenn es um ihre Präsenz in den ehrenamtlichen Leitungs-, Aufsichts- und Beratungsfunktionen geht. Fast die Hälfte der Vereine (49 %) beachtet die Altersdurchmischung bei der Besetzung ehrenamtlicher Positionen. Im Bundesdurchschnitt trifft dies auf 43 Prozent der Vereine zu. Wenn es allerdings darum geht, die Aufstiegs- und Entwicklungschancen junger Menschen im Engagement gezielt zu fördern, kommt nur noch ein gutes Drittel (Brandenburg: 35 %; gesamt: 32 %) dem nach. Gleiches gilt für die verstärkte Besetzung ehrenamtlicher Funktionen mit jungen Frauen: 34 Prozent der Brandenburger und 30 Prozent der Vereine insgesamt bemühen sich speziell um diese Gruppe. Da junge Frauen nur zu geringen Anteilen ehrenamtliche Leitungsaufgaben innehaben, stehen die Organisationen in besonderer Verantwortung, diesen Nachwuchs zu fördern.

Was zählt bei der Ehrenamtsfunktion?

Bei den Gründen, warum Personen in eine ehrenamtlich Leitungsposition gelangen, steht in den Brandenburger Vereinen die individuelle Eignung im Vordergrund. So werden die fachliche Kompetenz (76 %) und das persönliche Ansehen (45 %) besonders häufig genannt. Doch auch das Argument „Einer muss es ja machen“ (61 %) hat einen hohen Stellenwert und zeugt nicht unbedingt von einer gezielten Personalarbeit im ehrenamtlichen Bereich. Dies kann auch die Ursache dafür sein, dass „die Gewährleistung der Vertretung von Jung und Alt in den Funktionen“ (14 %) oder „den Jugendanteil sichern“ (4 %) nur von wenigen Vereinen angegeben wird. Da es in zahlreichen Brandenburger Vereinen keine jungen Menschen in Ehrenämtern gibt, ist eine kritische Betrachtung der Zugangswege angebracht.

Solange das persönliche Ansehen bei der Besetzung einer ehrenamtlichen Leitungsfunktion wichtiger ist als die Sicherung des Jugendanteils, haben junge Menschen geringe Chancen, gezielt gefördert und in die verantwortungsvollen Positionen eingeführt zu werden. Zu einer wirksamen Nachwuchsarbeit gehören spezielle Angebote für junge Menschen und konkrete Regelungen zur Besetzung von Funktionen. Gewisse formalisierte Regelungen sind hier als Ausdruck für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zu sehen.

Bei der Anwendung von gesonderten Regeln und Instrumenten zur Förderung junger Menschen sind die Brandenburger Vereine eher zurückhaltend. Im Vergleich zu den Vereinen im gesamten Bundesgebiet setzen sie jedoch einzelne Instrumente häufiger ein. So gibt ein Fünftel (20 %) an, die Förderung junger Menschen sei formal geregelt (gesamt: 15 %). Auch bei der Amtszeitbeschränkung für Vorsitzende der ehrenamtlichen Leitung, d.h. die Festlegung einer maximalen Dauer von Jahren, in denen die ehrenamtliche Funktion ausgeübt werden darf, weisen die Vereine in Brandenburg mit 26 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent auf bundesdeutscher Ebene einen Spitzenwert auf. Durch eine solche Begrenzung erhöhen sich die Chancen für Jüngere, in entsprechende Positionen zu gelangen. Zudem wird der Wettbewerb zwischen Kandidatinnen und Kandidaten gefördert. Nicht zuletzt besteht auch die Möglichkeit, dass durch neue Gesichter andere Themen in die Organisationsarbeit aufgenommen werden.

Qualifizierungsangebote für junge Menschen fehlen

Bei der Einbindung junger Engagierter kommt speziellen Qualifikationsangeboten eine wichtige Funktion zu. Allgemein messen junge Menschen den Möglichkeiten der eigenen Qualifizierung durch das Engagement einen hohen Stellenwert bei. Allerdings sind die Brandenburger Vereine in diesem Punkt nicht ganz so gut aufgestellt. Nur bei 38 Prozent der Vereine sind solche Angebote vorhanden – insgesamt trifft dies auf 45 Prozent der Vereine zu. Von den Vereinen, die Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten, haben 58 Prozent eine Zielgruppe im Blick (insgesamt: 60 %). Mehr als die Hälfte (55 %) richtet ihr Qualifizierungsprogramm an Personen in ehrenamtlicher Leitungsfunktion, 48 Prozent wenden sich an junge Menschen und 36 Prozent an ältere Personen. Folgt man den Angaben der Organisationen zu ihren Qualifizierungsangeboten, haben junge Menschen zu diversen Qualifizierungsangeboten keinen Zugang, da diese entweder nicht vorhanden sind oder sich nicht explizit an sie, sondern an andere Gruppen richten.

Insgesamt zeigt sich die Brandenburger Vereinslandschaft bei der Einbindung junger Menschen gespalten. Während ein Teil sich sehr aktiv um sie bemüht, vernachlässigt

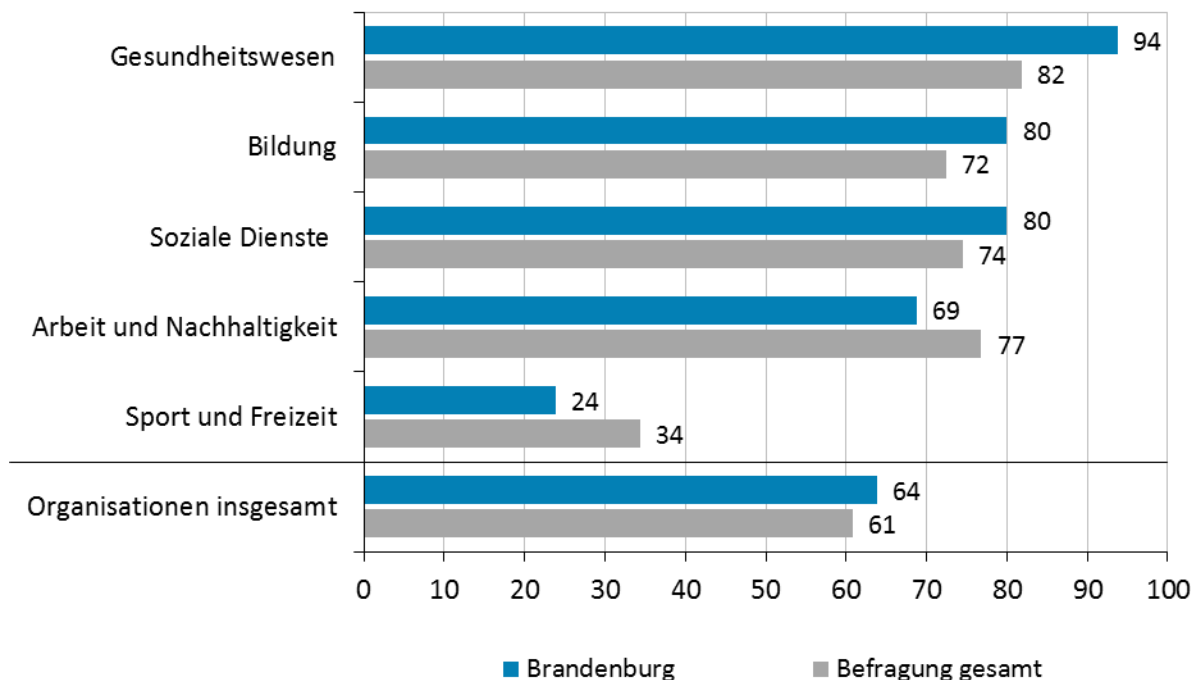
der andere Teil diese Gruppe, die für die Weiterexistenz der Organisation von entscheidender Bedeutung ist, gänzlich. Deutlich wird dies einerseits an der gelungenen Integration junger Mitglieder und dem entschiedenen Rückgriff auf einzelne Maßnahmen und Instrumente der Nachwuchsarbeit. Andererseits sind gerade in diesem Bereich weitere Anstrengungen erforderlich, denn als Engagierte oder ehrenamtliche Leitungskräfte fehlen junge Menschen bereits heute merklich in einigen Vereinen.

3.6 Beschäftigung

Wenn Dritte-Sektor-Organisationen allgemein eine besondere beschäftigungspolitische Bedeutung zugemessen wird, dann ist diese in Brandenburg noch stärker zu spüren. Gerade die Beschäftigungsentwicklung weist beständige Zuwächse auf. Dies reflektieren die Angaben aus der Organisationserhebung. Sie zeigen zugleich, dass die Beschäftigungsverhältnisse in den Organisationen durchaus spannungsgeladen und bestimmte Entwicklungen mit Sorge zu betrachten sind (vgl. Abbildung 3.7).

Abbildung 3.7

Organisationen mit Beschäftigten nach Tätigkeitsbereich¹⁷ (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

¹⁷ Aufgrund inhaltlicher Nähe und geringer Fallzahlen wurden einige Tätigkeitsbereiche zusammengefasst:
 – Bildung: Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung; Forschung
 – Arbeit und Nachhaltigkeit: Wohnungswesen; gemeinschaftliche Versorgungsaufgaben; Unternehmens- und haushaltsbezogene Dienstleistungen
 – Sport und Freizeit: Sport und Bewegung; Freizeit und Geselligkeit

Von den befragten Organisationen in Brandenburg haben 64 Prozent Beschäftigte. Dieser Anteil liegt etwas über jenem aller deutschlandweit befragten Organisationen (61 %) und ungefähr auf dem Niveau der neuen Bundesländer (66 %). Die stärkere Ausrichtung der Organisationen auf die entlohnte Beschäftigung ist also eine Tendenz, die sich nicht nur für Brandenburg, sondern auch für den ostdeutschen Raum nachzeichnen lässt.

Der Anteil von Organisationen mit Beschäftigten liegt insbesondere im Bildungs- (80 %), Gesundheits- (94 %) und Sozialwesen (80 %) weit über dem Brandenburger Durchschnitt. In allen drei Bereichen überragt er zudem den entsprechenden bundesdeutschen Anteil. In diesem Zusammenhang ist auf die spezielle Bedeutung der Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege für die Beschäftigungssituation in Brandenburg hinzuweisen. Sie stellen einen Großteil der Leistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich mit etwa 47.600 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern¹⁸ bereit (vgl. LIGA 2011). Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Brandenburger Dritten Sektor – deren Gesamtzahl laut Angaben aus dem Unternehmensregister mit 65.099 (ausschließlich Sozialversicherungspflichtige) ausgewiesen wird – arbeiten demnach in den Organisationen der Wohlfahrtsverbände (vgl. ZiviZ 2011: 110). In den Interviews mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände wurde sogar von 60.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ihren Organisationen berichtet (vgl. Abschnitt 4.2).

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle die beachtliche Zahl der ehrenamtlichen und sonstigen freiwillig Engagierten bleiben. Der Bereich Sport und Freizeit ist traditionell eher durch ehrenamtliches Engagement als durch Beschäftigung geprägt. Die Organisationsbefragung bestätigt dies: Lediglich 24 Prozent der Organisationen in diesem Tätigkeitsbereich haben hauptamtlich Beschäftigte. Damit rangiert Brandenburg hier weit unterhalb des bundesdeutschen Anteils von 34 Prozent und des Durchschnitts der ostdeutschen Bundesländer (30 %).

Mit Blick auf die Rechtsform sind die Anteile der gGmbHs (88 %) und der Genossenschaften (71 %) mit Beschäftigten erwartungsgemäß hoch. Sie können als beschäftigungsintensiv bezeichnet werden. Von den Brandenburger Vereinen hat mit immerhin 54 Prozent mehr als jeder zweite Beschäftigte. Die Aussagekraft der vorliegenden Daten zu den Stiftungen ist auf Grundlage der begrenzten Fallzahl eingeschränkt. Dennoch kann festgehalten werden, dass die Stiftungen in Brandenburg nicht vordergründig auf die Beschäftigung hauptamtlichen Personals ausgerichtet sind.¹⁹

¹⁸ In der entsprechenden Quelle gab es keinerlei Hinweise, ob es sich um (nicht) sozialversicherungspflichtige Beschäftigte handelt.

¹⁹ Stiftungen werden aufgrund geringer Fallzahlen in den folgenden Analysen zur Beschäftigungssituation in Brandenburg nicht berücksichtigt.

Viele Frauen, wenig junge Menschen sowie Personalprobleme

Personennahe, soziale und fürsorgende Aufgaben zählen traditionell zum Tätigkeitsbereich von Frauen. Entsprechend hoch fällt der Anteil weiblicher Mitarbeiter in den Dritte-Sektor-Organisationen aus: 70 Prozent der Belegschaft in Brandenburger Organisationen sind Frauen.

Des Weiteren fällt auf, dass der Anteil junger Menschen im Alter von 14 bis 30 Jahren unter den Beschäftigten in Brandenburger Organisationen gering ist. Während bundesweit und auch in Ostdeutschland durchschnittlich 26 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Altersgruppe in den Organisationen tätig sind, liegt dieser Anteil in Brandenburg bei lediglich 20 Prozent.

Von den befragten Organisationen in Brandenburg mit Beschäftigten gaben drei Viertel (75 %) an, dass sie Probleme bei der Personalgewinnung haben. Besonders die Vereine (86%) sind davon betroffen, wenngleich sie nicht zu den beschäftigungsintensiven Organisationsformen zählen.

Mit Blick auf die Tätigkeitsfelder sind es vor allem die Organisationen der dienstleistungsgeprägten Bereiche wie das Bildungs- (85 %), Gesundheits- (86 %) und Sozialwesen (100 %), die mit Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung zu kämpfen haben.

Fachkräfte werden in Brandenburg zur Rarität

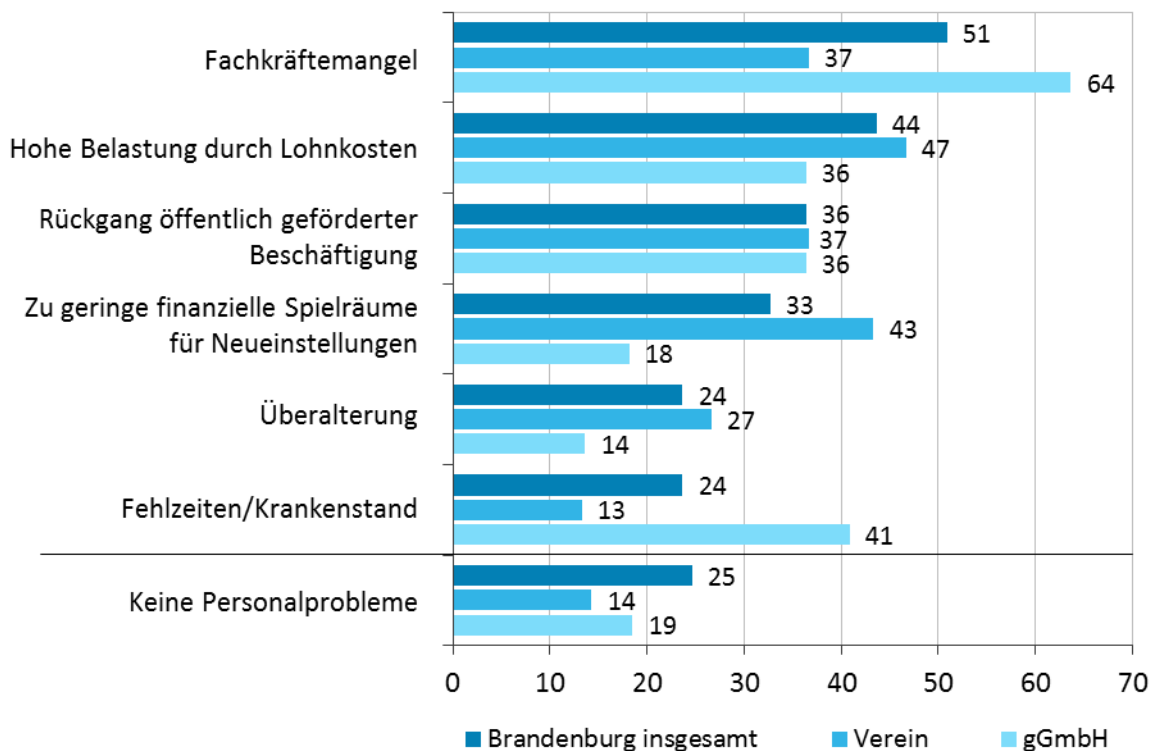
Das Hauptproblem der Brandenburger Organisationen ist der Fachkräftemangel: Die Hälfte (51 %) der befragten Organisationen mit Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung benannten dies als häufigstes Problem. Deutschlandweit waren es „nur“ 40 Prozent.

Dieses Ergebnis geht mit den Ergebnissen einer Fachkräftestudie der Wohlfahrtsverbände unter Organisationen der Sozialarbeit und ambulanten Pflege einher. Hier wird bestätigt, dass es Brandenburg zunehmend an gut ausgebildetem, qualifiziertem und motiviertem Personal fehlt (vgl. LIGA 2011: 4). Weiterhin werden eine hohe Belastung durch Lohnkosten (44 %) und der Rückgang öffentlich geförderter Beschäftigung (36 %) als häufigste Probleme benannt (vgl. Abbildung 3.8).

Vereine stehen vorrangig finanziellen Problemen, z.B. Belastung durch Lohnkosten (47 %) und geringe finanzielle Spielräume (43 %), bei der Personalplanung gegenüber. In den gGmbHs wiederum spielt der Fachkräftemangel aufgrund ihres spezifischen Organisationsprofils, d.h. einer professionelleren Arbeitsweise und der wirtschaftlicheren Ausrichtung, eine besondere Rolle (64 %). Zudem berichten sie von Schwierigkeiten durch einen hohen Krankenstand bzw. Fehlzeiten (40 %).

Abbildung 3.8

Personalprobleme der Organisationen nach Rechtsform (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Vor dem Hintergrund des bereits heute deutlich zu Tage tretenden Fachkräftemangels, des damit einhergehenden Fehlens von Nachwuchs und des stetig steigenden Bedarfs an professionellen sozialen Dienstleistungen wird künftig das Problem der Überalterung im Beschäftigungsbereich noch weiter an Bedeutung gewinnen. Etwa ein Viertel der befragten Organisationen in Brandenburg (24 %) sind schon jetzt damit konfrontiert. Anders als bundesweit (20 %) und in Ostdeutschland (17 %) wird die Überalterung von Brandenburger Organisationen häufiger als Problem gesehen. Es ist zu erwarten, dass in Brandenburg der demographische Wandel in Zukunft ein noch größeres Missverhältnis zwischen wachsender Nachfrage und sinkendem Angebot qualifizierter Nachwuchskräfte nach sich ziehen wird.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben der Vollzeitbeschäftigung noch nicht den Rang abgelaufen

Infolge zunehmender Ökonomisierung und einhergehend mit der Abnahme öffentlicher Fördermittel und wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit setzen Dritte-Sektor-Organisationen mit steigender Tendenz auf flexible Beschäftigungsformen. Seit den 1990er Jahren gewannen neben der traditionellen Vollzeittätigkeit verstärkt Teilzeit-

arbeit, Minijobs oder auch Leih- und Zeitarbeit an Bedeutung (vgl. Dathe et al. 2009: 4; Simsa 2005: 174).

In Brandenburg, aber ebenso in den ostdeutschen Bundesländern, zeichnet sich eine Verteilung der einzelnen Beschäftigungsformen ab, die sich erheblich von der Gesamtsituation in Deutschland unterscheidet. Fast die Hälfte der Arbeitsverhältnisse in Brandenburg sind noch in Vollzeit (49 %) abgeschlossen, während dies bundesweit nur auf durchschnittlich 38 Prozent zutrifft (vgl. Tabelle 3.9).²⁰ Damit halten sich Normalarbeitsverhältnisse und atypische Anstellungsformen²¹ in Brandenburg noch die Waage. Zurückführen lässt sich diese Tendenz unter anderem darauf, dass gerade jene Organisationen, die ausschließlich Vollzeitbeschäftigte haben, spätestens in den 1990er Jahren gegründet wurden und somit ihre Beschäftigungsstrukturen unter anderen Bedingungen etablieren konnten, als dies beispielsweise bei jüngeren Organisationen der Fall ist.

Tabelle 3.9

Durchschnittlicher Anteil der Beschäftigungsformen in den befragten Organisationen nach Rechtsform (in %)

	Insgesamt		Verein		gGmbH		Genossenschaft	
	Brandenburg	Befragung gesamt	Brandenburg	Befragung gesamt	Brandenburg	Befragung gesamt	Brandenburg	Befragung gesamt
Vollzeitbeschäftigung	49	38	48	34	49	45	53	37
Teilzeitbeschäftigung	30	34	31	34	29	35	24	25
Minijobs (bis 400 €)	10	22	9	25	8	14	17	35
Midijobs (401–800 €)	3	3	3	3	1	2	6	2
Leih-/Zeitarbeitskräfte	<1	<1	–	<1	<1	<1	–	<1
1-Euro-Jobs	9	3	8	4	12	4	–	1

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Teilzeittätigkeiten²² machen weniger als ein Drittel (30 %) aus und liegen damit unter dem gesamtdeutschen Schnitt (34 %). Nur 10 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg werden auf Minijob-Basis abgeschlossen. Unter allen befragten

²⁰ In die Berechnung wurden Beschäftigte in Vollzeit, Teilzeit, Minijobs, Midijobs, Leih- bzw. Zeitarbeit und Ein-Euro-Jobs einbezogen. Auszubildende, Freiwilligen- und Zivildienstleistende sowie freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Honorarbasis wurden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt.

²¹ Der Begriff „atypische Beschäftigung“ wird in der Regel in Abgrenzung zur unbefristeten Vollzeitbeschäftigung (sog. Normalarbeitsverhältnis) verwendet. Gemeint sind damit sowohl alle Formen der Zeitarbeit als auch befristete und Leiharbeitsverhältnisse (vgl. Brehmer/Seifert 2008). Atypische Beschäftigungsverhältnisse unterscheiden sich daher zum einen in Bezug auf die Arbeitszeit und zum anderen hinsichtlich der vertraglichen Gestaltung der Arbeitsverträge vom Normalarbeitsverhältnis. – Aus erhebungstechnischen Gründen werden in der vorliegenden Studie nur Zeitarbeit, Minijobs, Midijobs, Leih- bzw. Zeitarbeit und Ein-Euro-Jobs unter diesen Begriff gefasst und gegenüber dem Vollzeitverhältnis abgegrenzt.

²² Teilzeitbeschäftigung wird hier ohne Mini- und Midijobs angegeben. Beides sind zwar Sonderformen der Zeitarbeit, werden in der vorliegenden Studie jedoch gesondert ausgewiesen.

Organisationen der Erhebung lag dieser Anteil bei 22 Prozent. Allerdings sind Ein-Euro-Jobs mit einem Anteil von 9 Prozent der untersuchten Beschäftigungsformen sehr weit verbreitet. Beide Tendenzen scheinen typisch für ostdeutsche Bundesländer insgesamt zu sein. Aufgrund einer Gesetzesänderung im April 2012, die auf eine Eindämmung von Ein-Euro-Jobs hinwirken soll, ist ein Rückgang dieser Beschäftigungsform in den folgenden Jahren zu erwarten.²³

Über alle untersuchten Rechtsformen in Brandenburg hinweg zeichnet sich ähnliches Bild ab: Sowohl bei den Vereinen als auch bei den gGmbHs und Genossenschaften dominieren Vollzeittätigkeiten die Beschäftigungsstruktur.

Neben einem überraschenderweise hohen Anteil von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen (48 %) und knapp einem Drittel Teilzeittätigkeiten in Brandenburger Vereinen fällt der Anteil der Minijobs mit 9 Prozent gering aus. Ein-Euro-Jobs sind noch zu 8 Prozent vorhanden. Bei den gGmbHs bildet sich ein annähernd gleiches Verhältnis heraus, wenngleich der Anteil der Ein-Euro-Jobs mit 12 Prozent stärker zu Buche schlägt als bei den Vereinen. Die Genossenschaften im Land Brandenburg stechen durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Vollzeittätigkeiten (53 %) ebenso hervor wie durch einen hohen Anteil an Minijobs (17 %). Teilzeitbeschäftigungen haben bei ihnen eine geringere Bedeutung als bei Vereinen und gGmbHs (24 %).

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Tätigkeitsbereiche offenbaren sich Unterschiede bei den Beschäftigungsverhältnissen: In den Feldern Bildung (53 %), Soziales (60 %) sowie Arbeit und Nachhaltigkeit (55 %) wird mehr als die Hälfte der Arbeitsverträge in Vollzeit abgeschlossen. Im Gesundheitswesen hingegen sind es gerade mal 34 Prozent Vollzeittätigkeiten, denen 52 Prozent Teilzeitbeschäftigungen gegenüberstehen. Der Anteil von Minijobs ist im Bereich Arbeit und Nachhaltigkeit (17 %) und im Gesundheitswesen (13 %) überdurchschnittlich hoch. Ein-Euro-Jobs nehmen im Sozialwesen breiten Raum ein (15 %). Im Bildungswesen (5 %) wird ebenso wie im Feld Arbeit und Nachhaltigkeit (6 %) häufig auch auf Midijobs zurückgegriffen.

Stabile bis steigende Beschäftigtenzahlen im atypischen Bereich

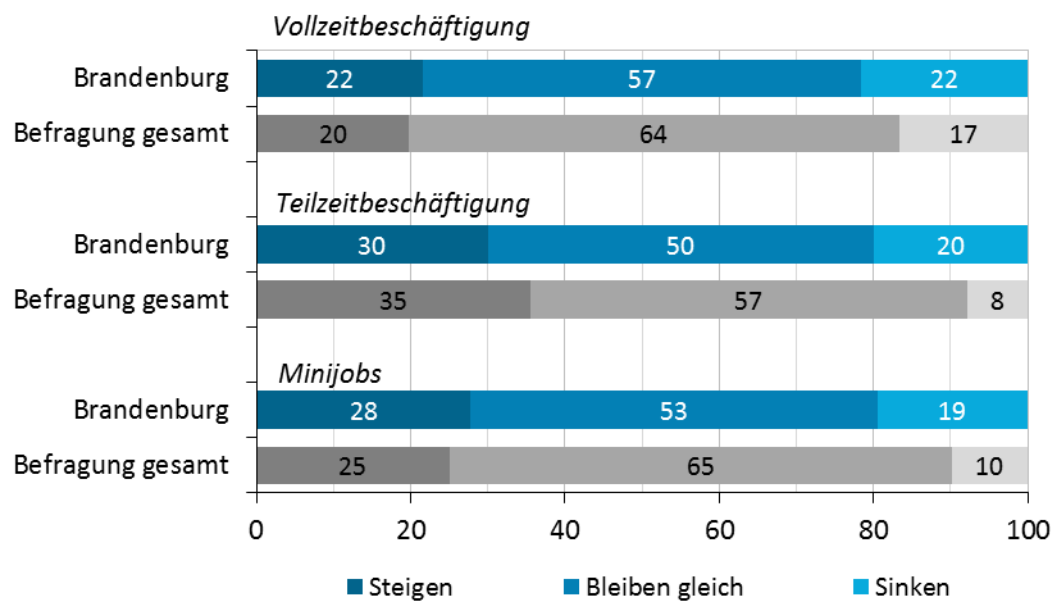
Ausgehend von der Verbreitung der einzelnen Beschäftigungsformen in den Organisationen schätzten die Organisationen in der Erhebung die künftigen Entwicklungen ein. Zur Auswahl standen folgende Möglichkeiten: steigen, bleiben gleich, sinken.

²³ Entsprechend dem „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt“, das zum 1. April 2012 in Kraft trat, wurde die öffentlich geförderte Beschäftigung neu ausgerichtet. Die Neuregelungen definieren die gesetzlichen Voraussetzungen für die Förderung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) genauer und schärfen den Fokus auf einen arbeitsmarktfernen Personenkreis (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2012; BMAS 2011).

Die Mehrheit der Organisationen in Brandenburg erwartet keine Veränderungen hinsichtlich der Zahl ihrer Beschäftigten in den einzelnen Beschäftigungsformen. Diese Einschätzungen decken sich mit jenen aller bundesweit befragten Organisationen, wengleich der Gedanke an Stabilität in sämtlichen betrachteten Gruppen schwächer ausfällt (vgl. Abbildung 3.9).

Abbildung 3.9

Erwartungen an die Entwicklung der Beschäftigtenanzahl in den nächsten fünf Jahren nach Beschäftigungsform (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Mit Ausnahme der Vollzeitbeschäftigten wird eher von einer Zunahme als von einer Abnahme der Beschäftigtenzahl in den jeweiligen Gruppen ausgegangen. Diese Tendenz rührt vermutlich aus dem bislang hohen Vollzeitanteil und dem damit verbundenen Nachhol- und Anpassungsbedarf an den Stand anderer Regionen. In der Folge bedeutet das zum einem, dass künftige Beschäftigungsverhältnisse vorrangig im atypischen Bereich geschaffen werden. Zum anderen lässt sich auf eine weitere Beschäftigungszunahme in Dritte-Sektor-Organisationen in Brandenburg schließen.

Mehr als die Hälfte der befragten Organisationen in Brandenburg geht insgesamt von stabilen Zahlen bei der Vollzeitbeschäftigung aus (57 %). Ein jeweils gleich großer Anteil erwartet eine Zunahme bzw. Abnahme (je 22 %). Während von den Brandenburger Vereinen etwa ein Drittel (33 %) einen Rückgang und nur 13 Prozent einen Zuwachs prognostizieren, stellt sich bei den gGmbHs dieses Verhältnis umgekehrt dar.

Gleichzeitig zeichnet sich aus Sicht der Organisationen eine Fortsetzung der Flexibilisierungstendenzen ab. Der erwartete Anstieg von Beschäftigten in den atypi-

schen Beschäftigungsformen fällt dabei verhaltener aus als in der Gesamtbefragung. Den 30 Prozent der Organisationen, die mit einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigten rechnen, stehen 20 Prozent gegenüber, die eine Abnahme für wahrscheinlich halten. Bei den gGmbHs ist die Erwartung an ein Wachstum dieser Beschäftigungsform sogar noch stärker ausgeprägt.

Beschäftigungsverhältnisse auf Minijob-Basis werden aus Sicht der Organisationen ebenfalls an Bedeutung gewinnen: 28 Prozent erwarten ein Plus und 19 Prozent ein Minus. Vor allem Vereine sehen sich von dieser Entwicklung stark betroffen: Knapp 39 Prozent glauben an eine Zunahme, 17 Prozent an eine Abnahme, und nur 44 Prozent rechnen mit einer gleichbleibenden Zahl an Minijobbern.

Mehr Flexibilität durch Befristungen

Als Folge finanzieller Restriktionen im Bereich der öffentlichen Finanzierung und des Rückgangs institutioneller Förderung stellen Befristungen für die Organisationen in Brandenburg ein wichtiges Instrument der Personalplanung dar. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind für die Organisationen ein Weg, den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter flexibler zu gestalten, und sie ermöglichen es ihnen, schneller auf Probleme zu reagieren.

Mehr als die Hälfte der Organisationen stellen Beschäftigte befristet ein (59 %). Brandenburg liegt damit 10 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt von 49 Prozent. Es zeichnet sich zudem ab, dass die Befristung von Arbeitsverträgen insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern (60 %) eine verbreitete Praxis ist.

Spitzenreiter sind die gGmbHs, von denen 74 Prozent angaben, befristet beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben. Bei den Tätigkeitsbereichen führen die Sozialen Dienste (91 %) die Liste an, gefolgt vom Bildungswesen (68 %).

Perspektivisch gesehen, gehen 57 Prozent der Organisationen in Brandenburg von einer gleichbleibenden Zahl befristet Beschäftigter aus. Gleichzeitig erwarten 23 Prozent eine Zunahme der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und 20 Prozent eine Abnahme. Während der Großteil der gGmbHs (63 %) von einer stabilen und in der Tendenz eher rückläufigen Entwicklung ausgeht, glauben die Vereine nicht nur seltener an Stabilität (47 %), sondern auch an einen stärkeren Anstieg dieser Beschäftigungsform.

Erweiterte Probezeit offenbar gängige Praxis

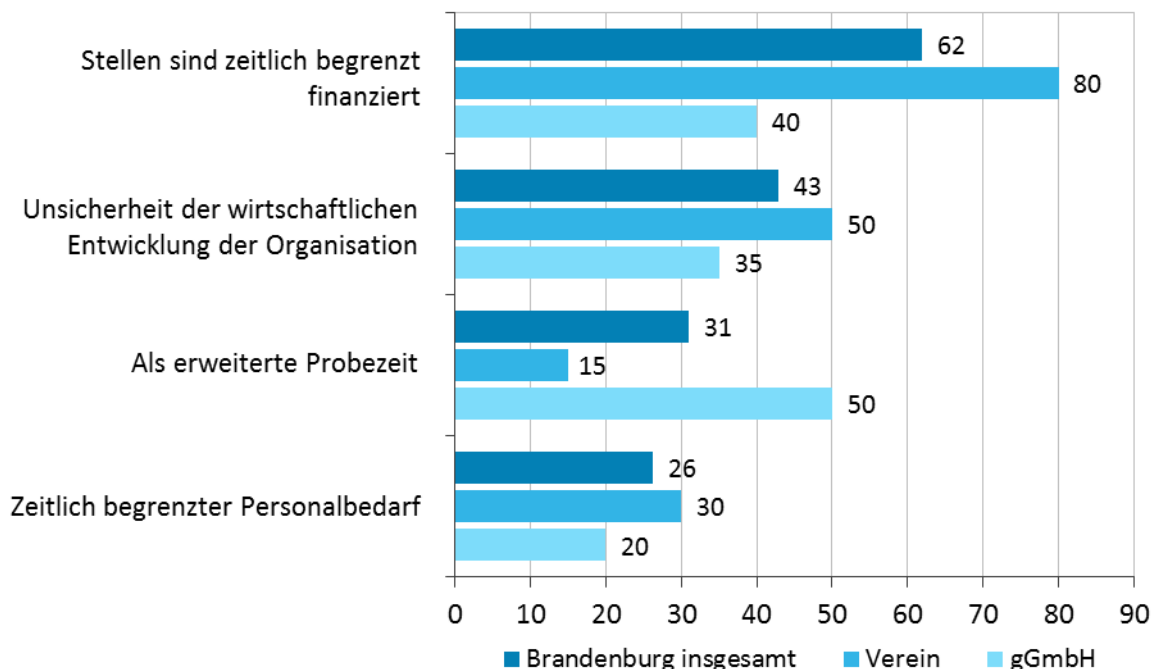
Fragt man die Organisationen nach ihren Gründen für die Befristung von Arbeitsverträgen, so nennen sie in erster Linie wirtschaftliche und monetäre Motive. Die zeitlich begrenzte Stellenfinanzierung (62 %) und die wirtschaftlich unsichere Lage der Or-

ganisation (43 %) werden am häufigsten von den Brandenburger Organisationen als Gründe angegeben (vgl. Abbildung 3.10). Insbesondere Organisationen in der traditionellen Rechtsform des Vereins werden stark von finanziellen Gründen (80 %) und wirtschaftlicher Unsicherheit (50 %) geleitet.

Besorgniserregend hoch ist der Anteil an Organisationen, die Befristungen auf Basis einer erweiterten Probezeit nutzen: Beinahe ein Drittel der Organisationen (31 %) nutzt sie als Befristungsgrund. Vor allem bei den gGmbHs (50%) ist diese Praxis weit verbreitet. Besorgniserregend ist dies deshalb, weil damit eine besondere Belastung und Bewährungsprobe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden ist. Zugleich nehmen die Risiken für die Beschäftigten zu, z.B. wegen des geringeren Kündigungsschutzes. Die erhöhten Anforderungen an die Flexibilität der Organisationen werden mit diesem Instrument zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen und mindern auf lange Sicht die Attraktivität des Dritten Sektors in Brandenburg. Es stellt sich hier die Frage, ob eine wirtschaftlichere und professionellere Arbeitsweise, wie man sie in den gGmbHs vorfindet, zwangsläufig mit einem Abbau der beruflichen Sicherheit für die Beschäftigten einhergeht und diese Rechtsform als Flexibilitätsinstrument schlechthin gelten kann.

Abbildung 3.10

Gründe für die Befristung von Arbeitsverträgen nach Rechtsform (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Auffällig ist des Weiteren, dass die Brandenburger Organisationen deutlich seltener einen zeitlich begrenzten Personalbedarf als Grund für eine Befristung nannten

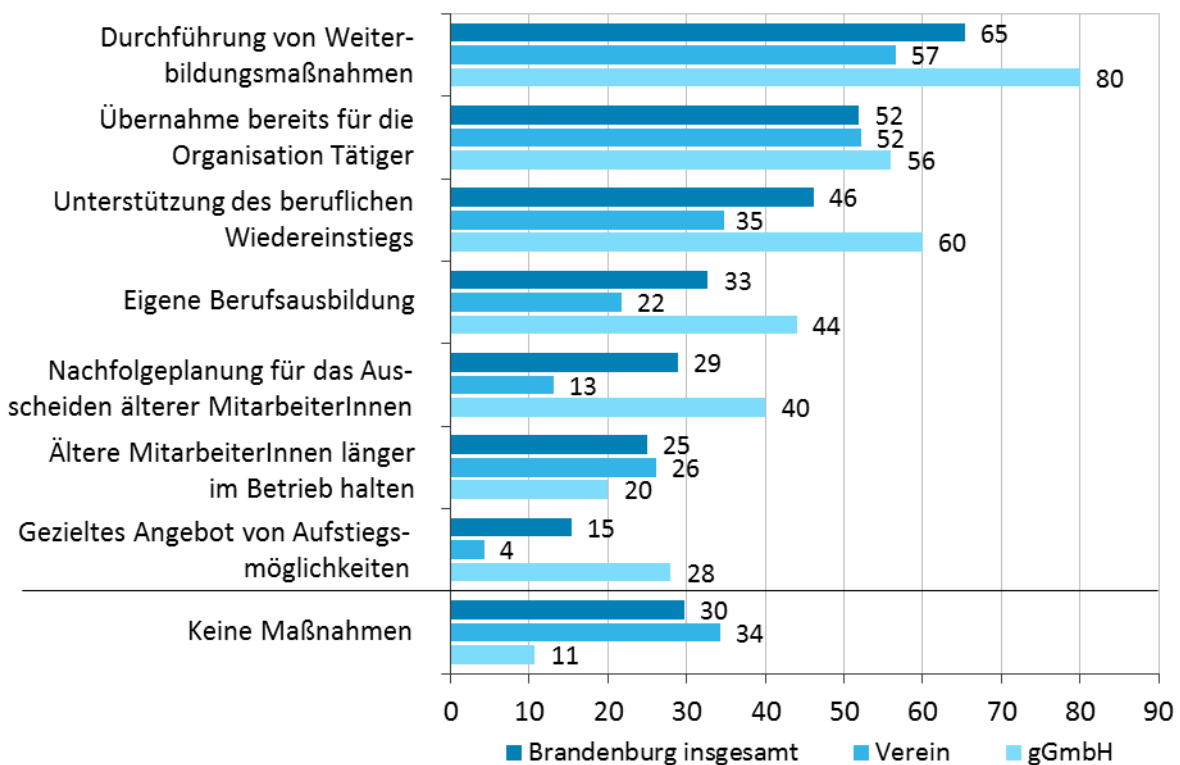
(26 %), als dies unter allen befragten Organisationen der Fall ist (40 %). Das lässt den Schluss zu, dass Brandenburg entweder sehr gut mit entsprechendem Personal ausgestattet ist oder dass es einen solchen Mangel gibt, so dass selbst die Besetzung unbefristeter Stellen problematisch ist.

Qualitätssicherung durch Weiterbildung

Innerorganisatorische Maßnahmen, um das Personal lange zu binden, werden von 70 Prozent der Organisationen durchgeführt. Brandenburg liegt damit über dem Durchschnitt aller bundesweit befragten Organisationen, hält sich jedoch auf dem gleichen Niveau wie die ostdeutschen Bundesländer. Insbesondere gGmbHs (89 %) und immerhin knapp zwei Drittel der Vereine (66 %) bieten entsprechende Maßnahmen an (vgl. Abbildung 3.11).

Abbildung 3.11

Durchführung innerorganisatorischer Personalmaßnahmen nach Rechtsform (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Weiterbildungsmaßnahmen werden von 66 Prozent der Brandenburger Organisationen eingesetzt. Besonders aktiv sind hier die gGmbHs (80 %), wenngleich auch mehr als die Hälfte der Vereine (57 %) Weiterbildungen nutzt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Gerade in den sozialen Tätigkeitsfeldern, die in Brandenburg einen Groß-

teil des Dritten Sektors ausmachen, sind Fort- und Weiterbildungen ein Muss, um die Qualität der angebotenen Leistungen aufrechtzuerhalten. Häufige Änderungen in der Sozialgesetzgebung oder in den Dokumentationspflichten begründen die Notwendigkeit, die Beschäftigten an jeweils neue Anforderungen und Rahmenbedingungen heranzuführen. Von besonderer Bedeutung für die Organisationen ist auch die gezielte Schulung von Führungspersonal, um auf neue Herausforderungen schnell und professionell reagieren zu können.

Effektive Ressourcennutzung ausbaufähig

Ebenfalls weit verbreitet ist die Übernahme von Personen, die bereits für die Organisation – beispielsweise als Praktikantinnen bzw. Praktikanten oder ehrenamtlich Engagierte – tätig sind. Von dieser Möglichkeit machen 52 Prozent der Brandenburger Organisationen Gebrauch. Denn zum einem erspart diese Nutzung vorhandener Ressourcen eine intensive Einarbeitungszeit und ist in diesem Sinne „wirtschaftlicher“. Zum anderen sind die „neuen“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Umfeld der Organisation und ihrem jeweiligen Tätigkeitsspektrum bereits vertraut.

Fachkräftemangel durch beruflichen Wiedereinstieg entgegenwirken

Besonders hervorzuheben ist der hohe Anteil von Organisationen, die den beruflichen Wiedereinstieg fördern (46 %). Damit liegen die Brandenburger etwa 5 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt (51 %). Vor allem gGmbHs (60 %) nutzen dieses Instrument. Insbesondere für Frauen, die im Dritten Sektor ohnehin überrepräsentiert sind, ist diese Perspektive von Vorteil. Infolge des bereits heute sichtbaren Fachkräftemangels und des geringen Anteils junger Menschen unter den Beschäftigten kann dies auch als Reaktion gedeutet werden, um gerade Familien mit Kindern in der Region zu halten.

Eigene Berufsausbildung zur Steigerung der Attraktivität des Dritten Sektors

Ein Drittel der Brandenburger Organisationen bietet eine eigene Berufsausbildung an (33 %). Während Vereine nur zu 22 Prozent auf diese Maßnahme zurückgreifen, haben gGmbHs das Potenzial der eigenen Berufsausbildung offenbar erkannt, 44 Prozent bieten eine solche an. Dies ist vor allem mit Blick auf den Fachkräftemangel und die drohende Überalterung geboten: Gerade für junge Menschen, insbesondere Schulabgänger, ist heute mehr denn je eine solide Ausbildung überaus wichtig. Andernfalls verlieren die Organisationen bzw. der Dritte Sektor als Arbeitgeber an Attraktivität, wenn eine solche Qualifikation nicht erlangt werden kann.

Ältere Beschäftigte als wichtige Ressource stärker wahrnehmen

Die Nachfolgeplanung beim Ausscheiden älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Möglichkeit, Ältere länger im Betrieb zu halten, oder auch das gezielte Angebot von Aufstiegschancen sind Ressourcen, die von einem Teil der Brandenburger Organisationen bereits genutzt werden, deren Potenziale aber noch stärker auszuschöpfen sind.

Ein Viertel der Organisationen (25 %) hat mit Blick auf aktuelle und künftige Probleme erkannt, dass die Fachkompetenz der älteren Mitarbeiter möglichst lange im Betrieb gehalten werden sollte, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen bzw. diesen aufzufangen. Zugleich profitiert der Nachwuchs davon; diesbezüglich sind die Organisationen in Brandenburg besser aufgestellt als alle bundesweit bzw. in Ostdeutschland befragten Organisationen. Bei den Vereinen in Brandenburg sind es 26 Prozent, die davon Gebrauch machen, bei den gGmbHs sind es 20 Prozent. Allerdings ist zu bedenken, dass Leistungskraft und Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter aufgrund hoher körperlicher und psychischer Belastungen sinken können. Hier sind Überlegungen zu Arbeitszeitkonten und betrieblichem Gesundheitsmanagement von zentraler Bedeutung.

Gezielte Angebote für Aufstiegschancen werden insgesamt in Brandenburg eher selten genutzt, lediglich 15 Prozent der Organisationen greifen darauf zurück. Es zeigen sich hier jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Rechtsformen: So gibt es bei 28 Prozent der befragten gGmbHs derartige Angebote, aber nur bei 4 Prozent der Vereine. Der Ausbau von Aufstiegschancen dürfte vor allem für junge, engagierte und motivierte Frauen interessant sein, da sie in den Führungspositionen, sogar im sozialen Bereich, unterrepräsentiert sind.

Fehlende Aufstiegsmöglichkeiten wurden auch im Rahmen der LIGA-Fachkräftestudie als ein Grund für den Fachkräftemangel erwähnt (vgl. LIGA 2011: 6).

3.7 Organisationen und ihre Umwelt

Dritte-Sektor-Organisationen stellen einen festen Bestandteil der Gesellschaft dar und stehen deshalb in einer engen Beziehung zu ihrer Umwelt. Auf der Ebene der Organisationen sind hier insbesondere allgemeine Kontakte, Kooperationen, gemeinsame Aktionen oder Projekte, verbindliche Aufträge oder wirtschaftliche Beziehungen zu nennen. In der Regel sind solche Verbindungen aus bestimmten Interessenlagen frei gewählt und werden durch die Organisationen selbst gestaltet. Zum Teil sind jedoch die Akzeptanz von bestimmten Bedingungen und die Anpassung an diese erforderlich – vor allem dann, wenn es um finanzielle Fragen geht. Institutionelle Akteure, mit denen Beziehungen eingegangen werden, sind andere Dritte-

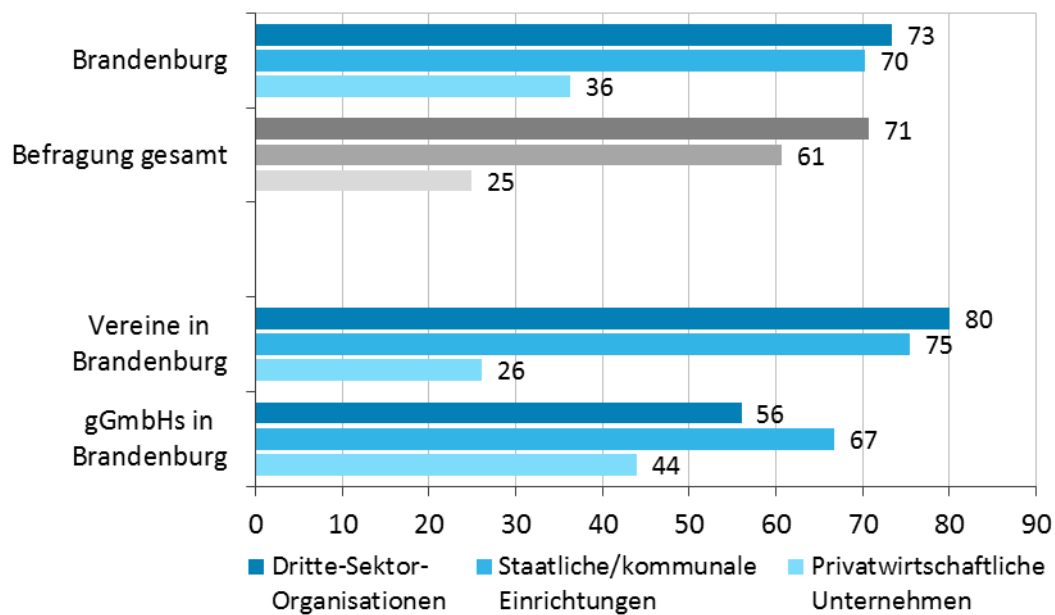
Sektor-Organisationen, kommunale oder weitere staatliche Einrichtungen sowie Unternehmen der Privatwirtschaft.

Hohe Kooperationsbereitschaft – besonders in Vereinen und gGmbHs

Fast neun von zehn befragten Organisationen in Brandenburg (88 %) arbeiten in irgendeiner Form mit Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen zusammen. Dieser Wert entspricht dem der ostdeutschen Organisationen (86 %), liegt aber deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (79 %). Wichtigste Partner in der regelmäßigen Kooperation sind Dritte-Sektor-Organisationen (73 %) sowie staatliche und kommunale Einrichtungen (70 %). Während deutschlandweit lediglich ein Viertel (25 %) Unternehmen der Privatwirtschaft als Partner angibt, ist es in Brandenburg überraschenderweise ein gutes Drittel (36 %) (vgl. Abbildung 3.12).

Abbildung 3.12

Kooperationen mit anderen Organisationen (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Die Brandenburger Vereine sind besonders kooperationsintensiv (94 %), und sie arbeiten vor allem mit Dritte-Sektor-Organisationen sowie staatlichen und kommunalen Einrichtungen zusammen. Die gGmbHs sind mit 88 Prozent landesweit ebenso kooperationsstark. Für die gGmbHs sind staatliche und kommunale Einrichtungen der wichtigste Partner (67 %), gefolgt von Dritte-Sektor-Organisationen (56 %) und privatwirtschaftlichen Unternehmen (44 %). Diese besondere Position der gGmbHs gegenüber staatlichen und kommunalen Einrichtungen erklärt sich mit deren starker

Abhängigkeit von öffentlicher Finanzierung. Brandenburgs Genossenschaften (62 %) liegen wiederum unter dem Durchschnitt, d.h. sowohl Gesamtdeutschlands (67 %) als auch der neuen Bundesländer (76 %).

Lockere Kooperationsformen dominieren

In Bezug auf die verschiedenen Kooperationsformen steht für Brandenburger Organisationen die eher lockere Form des Austauschs von Informationen (89 %) an erster Stelle; sie wird von fast allen gGmbHs genutzt (97 %). Gemeinsame Aktionen und Projekte führen drei von vier Organisationen (76 %) durch. In diesem Bereich der Zusammenarbeit liegen die Brandenburger Vereine mit 77 Prozent leicht unter dem deutschen Vereinsdurchschnitt (83 %).

Ebenso wie in Gesamtdeutschland (57 %) werden in Brandenburg am dritthäufigsten Fragen der Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam gestaltet (68 %). Im Bereich der gemeinsamen Interessenvertretung und Lobbyarbeit liegt Brandenburg (47 %) in etwa auf Bundesniveau (49 %). Gemeinsame Angebote und Dienstleistungen sowie die Erschließung finanzieller Mittel werden von rund 41 Prozent der befragten Organisationen benannt.

Des Weiteren wird in Brandenburg, ebenfalls wie in Deutschland insgesamt, deutlich weniger bei der Gewinnung ehrenamtlich Engagierter (19 %) zusammengearbeitet. Gerade bei der bislang geringen Kooperation beim Engagement offenbart sich hier ein entwicklungsfähiger Bereich.

Hohe Bereitschaft zur Verbesserung der Transparenz, aber noch eher wenig verbindliche Instrumente

Kritik erfahren Dritte-Sektor-Organisationen oft aufgrund der ihnen vorgeworfenen fehlenden Transparenz ihrer Arbeit und vor allem hinsichtlich der Verwendung ihrer finanziellen Mittel. Unberücksichtigt bleibt dabei häufig, dass es bereits verstärkte Bemühungen gibt, die Transparenz zu verbessern.

Befragt nach eingesetzten Instrumenten zur Sicherung einer öffentlichen Transparenz gaben fast alle Brandenburger Organisationen (96 %) an, Instrumente der öffentlichen Transparenz zu nutzen. Damit liegen sie sogar über den bundesweiten Vergleichswerten (vgl. Tabelle 3.10).

Die eher unkonkreten und wenig verbindlichen Formen der Transparenz werden, ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet, besonders häufig genutzt. Führend dabei sind die gezielte Medienarbeit (75 %), die öffentliche Zugänglichkeit von Unterlagen (71 %) sowie die Darstellung von Zielen und Strategien (55 %).

Tabelle 3.10

Transparenzinstrumente (in%)

	Befragung gesamt	Brandenburg			
		Insgesamt	Verein	gGmbH	Genossen- schaft
Anteil der Organisationen mit Transparenzinstrumenten	87	96	95	97	92
Transparenzinstrumente:					
Teilnahme an Transparenzinitiativen	6	7	5	10	9
Unterlagen sind öffentlich zugänglich	68	71	68	71	91
Öffentliche Informationen zu Personal- und Organisationsstrukturen	30	28	30	26	9
Offenlegung von Mitgliedschaften und vertraglichen Bindungen	16	15	13	13	27
Darstellung von Zielen und Strategien	56	55	57	48	45
Gezielte Medienarbeit	78	75	83	77	27
Sonstiges	5	4	5	3	0

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

Von konkreteren und verbindlicheren Formen der Transparenz wie öffentliche Informationen zu Personal- und Organisationsstrukturen (28 %) oder die Offenlegung von Mitgliedschaften und vertraglicher Bindungen der Organisationen (15 %) wird bislang sowohl in Brandenburg als auch im gesamten Bundesgebiet weniger Gebrauch gemacht. Das weitreichende Instrument öffentlicher Transparenz bzw. die Teilnahme an Transparenzinitiativen nutzen auch in Brandenburg nur die wenigsten Organisationen (7 %). In dieser Hinsicht liegen in Brandenburg ebenso wie in ganz Deutschland große Optimierungspotenziale.

3.8 Ökonomisierungstendenzen

Organisationen des Dritten Sektors stehen in Deutschland unter einem erheblichen Rationalisierungsdruck (vgl. Priller et al. 2012). Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit werden als Maßstäbe ihrer Arbeit immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich aktuell auch für die Brandenburger Dritte-Sektor-Organisationen vielfältige Veränderungsprozesse ab. Bei der Interpretation der „Ökonomisierungstrends“ ist gleichwohl zu beachten, dass hiervon – wenn auch nicht ausschließlich – der wirtschaftlich aktive Kern des Dritten Sektors betroffen ist, der wiederum zu weiten Teilen aus Organisationen besteht, die unter dem Dach der großen Wohlfahrts-

verbände aktiv sind. Eine exakte Abgrenzung dieser Organisationen auf Basis der vorliegenden Daten ist allerdings nicht möglich. Merkmalsausprägungen in den Tätigkeitsbereichen Soziale Dienste und Hilfen, Gesundheitswesen bzw. Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung sind jedoch ein Indikator dafür, dass es sich hier vornehmlich um Organisationen handelt, die den Wohlfahrtsverbänden zuzuordnen sind.

Ökonomisierungsprozesse sind dadurch gekennzeichnet, dass Strukturen, Arbeitsweisen oder auch Einstellungen, die man gemeinhin mit der modernen Wirtschaftswelt verbindet, in gesellschaftlichen Bereichen an Bedeutung gewinnen, für die bislang andere, nicht primär ökonomische Spielregeln galten (vgl. Schimank/Volkman 2008). Entsprechende Entwicklungen werden für den Dritten Sektor seit längerem diskutiert. Insbesondere die Frage, inwieweit sich bisherige Strukturen, Arbeitsweisen und das Selbstverständnis der Organisationen verändern, steht dabei im Mittelpunkt (vgl. Liebig 2005; Buestrich/Wohlfahrt 2008; Droß/Priller 2012).

Wettbewerb nimmt zu

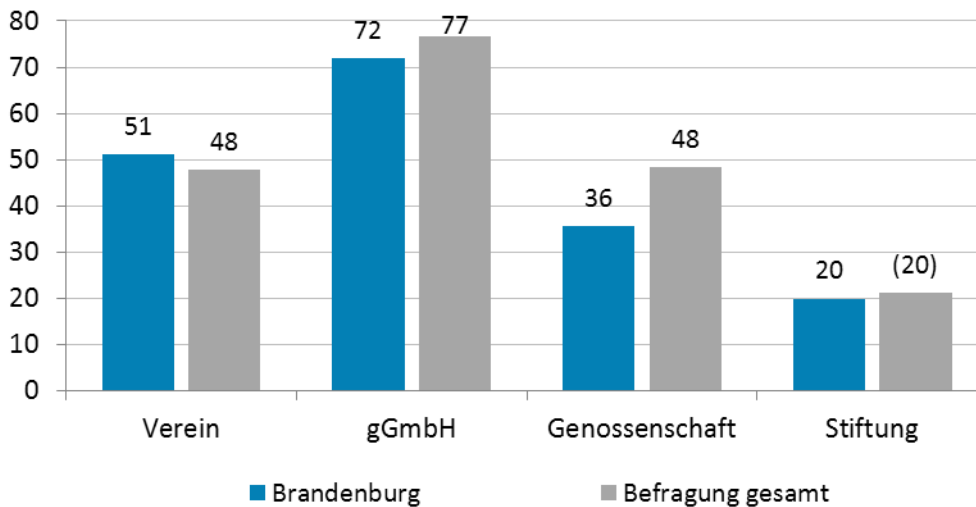
Ein zentraler Indikator für eine ökonomische Ausrichtung der Organisationen ist in einer zunehmenden Verbreitung des Wettbewerbs zu sehen, kann dieser doch als marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismus schlechthin gelten. So sollten die befragten Organisationen angeben, ob sie einen verstärkten Wettbewerb in ihrer Tätigkeit registrieren. Konkret wurde gefragt, ob eine allgemeine „Zunahme des Wettbewerbs“ in der jeweiligen Organisation feststellbar ist. Der Wettbewerbsbegriff wurde somit zunächst bewusst offen gehalten.²⁴ Im Ergebnis verzeichnet insgesamt gut jede zweite Brandenburger Dritte-Sektor-Organisation (54 %) einen Anstieg des Wettbewerbs, was zugleich einen gewissen Rückschluss auf wirtschaftliche Aktivitäten zulässt.

Differenziert nach Rechtsformen betrifft die Wettbewerbszunahme 51 Prozent der Vereine und 72 Prozent der gGmbHs, dies entspricht in etwa dem Bundestrend. Die brandenburgischen Genossenschaften stehen hingegen weniger stark unter Wettbewerbsdruck (36 %) als die Genossenschaften in der Gesamtbefragung (48 %), was unter Umständen auf den hohen Anteil der Wohnungsbaugenossenschaften zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 3.13).

²⁴ In einer zusätzlichen Frage wurde erhoben, um welche Ressourcen bzw. Zielgruppen die Organisationen konkurrieren und wie stark diese Konkurrenz ist. Auf dem ersten Platz stand bei Vereinen und gGmbHs die Konkurrenz um öffentliche Gelder; rund zwei Drittel der Organisationen verzeichneten diesbezüglich einen starken Wettbewerb (vgl. Droß 2013: 21). Für die Brandenburger Organisationen konnte diese Frage aufgrund geringer Fallzahlen nicht ausgewertet werden. Da sich die Finanzierungsstrukturen jedoch nicht wesentlich von denen der Organisationen in der Gesamtbefragung unterscheiden, ist hier für sie von einem ähnlichen Wert auszugehen.

Abbildung 3.13

Zunahme des Wettbewerbs (Antwort: „Ja“, in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Für Stiftungen sind aufgrund geringer Fallzahlen nur begrenzt Aussagen möglich. Sie verzeichnen aber, ähnlich wie im Bundesdurchschnitt, den im Vergleich aller Rechtsformen geringsten Wettbewerbsdruck. Stiftungen mit ihrem festen Kapitalstock, den größtenteils selbsterwirtschafteten Mitteln und der Spezifik ihrer Tätigkeit befinden sich deutlich seltener in Konkurrenz zu anderen Organisationen.

Unterschiede ergeben sich erwartungsgemäß bei der Betrachtung verschiedener Tätigkeitsbereiche. Besonders stark von zunehmendem Wettbewerbsdruck sind die Bereiche Gesundheitswesen (75 %) sowie die Sozialen Dienste und Hilfen (73 %) betroffen. Damit liegt der Brandenburger Sozialbereich sogar 13 Prozentpunkte über dem der Gesamtbefragung (60 %). Allerdings zeigt sich eine ähnliche Tendenz auch in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt (69 %).

Einnahmesituation stabil

Als ein treibender Faktor des zunehmenden Wettbewerbsdrucks werden Veränderungen in den Finanzierungsmodalitäten der Organisationen angesehen (vgl. Bues-trich/Wohlfahrt 2008). Gemeint sind damit vor allem das Abrücken vom sogenannten Selbstkostenprinzip und die verstärkte Umstellung auf eine Finanzierung über Leistungsverträge innerhalb letzten beiden Jahrzehnte (vgl. Grunwald 2001: 21 f.). Um dies abzubilden, wurde in der WZB-Befragung die Veränderung verschiedener Einnahmepositionen seit 2005 retrospektiv erhoben.

Die Brandenburger Organisationen verzeichnen eine überwiegend positive (45 %) oder zumindest gleichbleibende (34 %) Entwicklung der Gesamteinnahmen. Bei gut einem Fünftel (21 %) der Organisationen sind sinkende Einnahmen auszumachen.

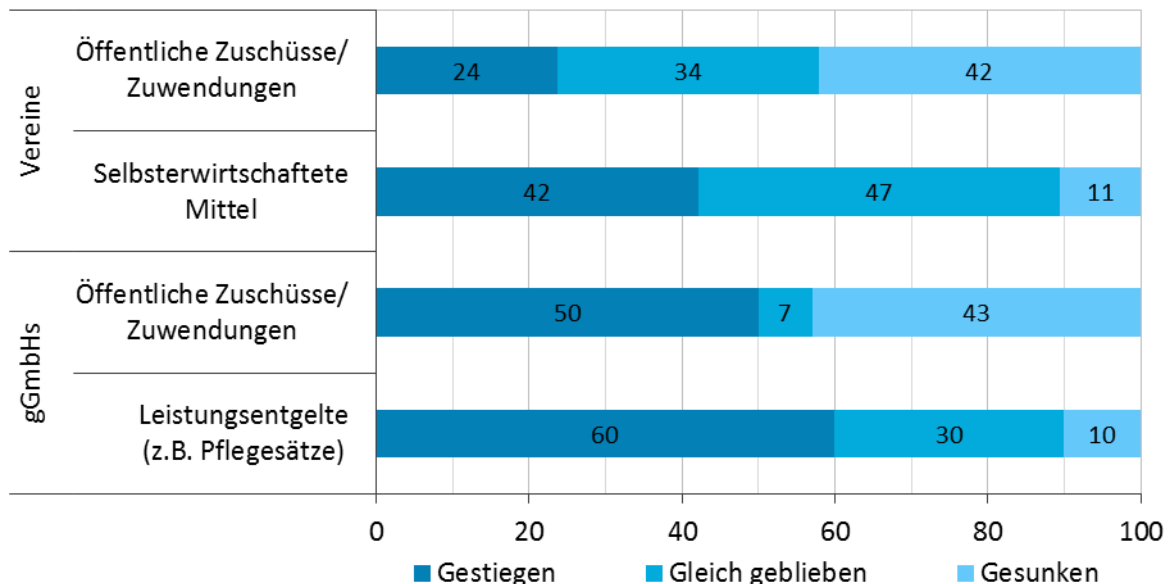
Damit stellt sich die Gesamtentwicklung etwas günstiger dar als der Befund für den Bundestrend.

Bei einer genaueren Betrachtung der Entwicklung einzelner Einnahmepositionen sind Spezifika in den unterschiedlichen Rechtsformen festzustellen. So finanzieren sich Vereine überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen bzw. Zuschüssen und selbsterwirtschafteten Mitteln (z.B. Mitgliedsbeiträge, Verkaufs-/Vermietungserlöse), gGmbHs hingegen mehrheitlich aus einer Kombination von öffentlichen Zuwendungen/Zuschüssen und Leistungsentgelten (z.B. Pflegesätze).

Der Anteil der Brandenburger Vereine, die in den letzten fünf Jahren einen Rückgang öffentlicher Zuwendungen bzw. Zuschüsse hinnehmen mussten (42 %), ist deutlich größer als der Anteil der Vereine, die Zuwächse verzeichneten (24 %) (vgl. Abbildung 3.14). Demgegenüber sind bei einem Großteil der Vereine die Einnahmen im Bereich der selbsterwirtschafteten Mittel gestiegen (42 %), da zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten auch jenseits der Mitgliedsbeiträge erschlossen werden konnten.

Abbildung 3.14

Entwicklung ausgewählter Einnahmepositionen für Brandenburger Vereine und gGmbHs seit 2005 (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Bei den Brandenburger gGmbHs zeigt sich indes sowohl im Gegensatz zum Bundestrend als auch zur Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern eine erhebliche Dynamik bei den öffentlichen Zuwendungen bzw. Zuschüssen: Über 90 Prozent verzeichneten in den letzten fünf Jahren Veränderungen in diesem Einnahmebe-

reich. Dabei überwiegt leicht – in Abweichung vom Bundestrend – der Anteil der gGmbHs, die eine Zunahme verbuchten (50 %); eine Abnahme registrierten 43 Prozent. Was hingegen den Leistungsbereich anbelangt, so entspricht das Bild für die Brandenburger gGmbHs in etwa dem Bundesdurchschnitt: Bei knapp zwei Drittel der gGmbHs sind die Einkünfte aus Leistungsentgelten innerhalb der letzten fünf Jahren gestiegen.

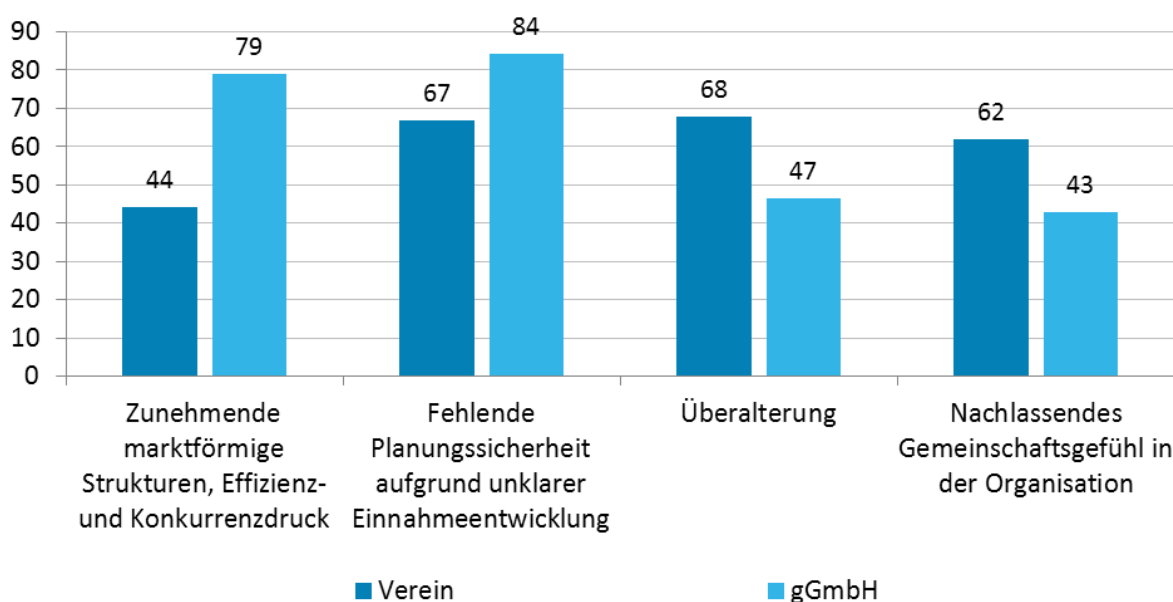
Auf Grundlage der erhobenen Daten kann somit für die Brandenburger Vereine ein Trend zur vermehrten Finanzierung über selbsterwirtschaftete Mittel und für die gGmbHs zur Finanzierung über den Leistungsbereich festgestellt werden. Es gewinnen also Finanzierungsformen an Bedeutung, die mit erhöhten Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit einhergehen.

Marktorientierung bringt Probleme

Bei den von den Brandenburger Organisationen beschriebenen Problemlagen rangieren Wettbewerbsdruck und Finanzierungsthemen auf den ersten Plätzen: 79 Prozent der gGmbHs und 44 Prozent der Vereine berichten von Problemen aufgrund der Zunahme marktförmiger Strukturen sowie steigenden Effizienz- und Konkurrenzdrucks. Gut vier von fünf gGmbHs (84 %) und zwei Drittel der Vereine (67 %) vermelden zudem mangelnde finanzielle Planungssicherheit durch unsichere Einnahmeentwicklungen (vgl. Abbildung 3.15).

Abbildung 3.15

Probleme der befragten Organisationen in Brandenburg (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Erwartungsgemäß werden markt- bzw. unternehmenstypische Schwierigkeiten somit verstärkt durch die gGmbHs benannt. Die Anteile der Vereine mit Problemen in diesen Bereichen sind durchaus beachtlich, handelt es sich bei ihnen doch um eine Organisationsform, die weder von ihrer Struktur noch von ihren traditionellen Werten her auf Aktivitäten unter Wettbewerbsbedingungen ausgerichtet ist. Im Vergleich der Tätigkeitsbereiche werden die finanzielle Planungsunsicherheiten vor allem im Sozial- und Bildungsbereich sowie die Zunahme marktförmiger Strukturen besonders im Gesundheitswesen als derzeitige Problemlagen benannt.

Als weiteres monetäres Problem wird in Brandenburger Organisationen eine „zu starke Abhängigkeit von öffentlicher Finanzierung“ (61 %) beklagt. Diese Einschätzung ist besonders in Ostdeutschland (63 %) ausgeprägt, im ganzen Bundesgebiet ist von diesem Problem noch jede zweite Organisation (50 %) betroffen.

Über alle Rechtsformen hinweg sehen sich 62 Prozent der Brandenburger Organisationen und mehr als zwei Drittel der Vereine (68 %) mit einer allgemeinen „Überalterung“ konfrontiert. Die Problemsicht auf „zunehmende marktförmige Strukturen, Effizienz- und Kostendruck“ bei 55 Prozent aller Brandenburger Organisationen und bei 44 Prozent der Vereine ist dazu im Vergleich noch relativ moderat.

Zu den von den Organisationen benannten Problemen zählen des Weiteren eine „geringe Wahrnehmung der Organisation durch die Öffentlichkeit“ (58 %), ein „nachlassendes Gemeinschaftsgefühl in der Organisation“ (47 %) und ein „abnehmendes Interesse an Mitbestimmung innerhalb der Organisation“ (45 %). Jede vierte Brandenburger Organisation (25 %) sieht sich zudem von „Orientierungslosigkeit für die Zukunft“ bedroht – vor allem die Vereine leiden unter einer gewissen Orientierungslosigkeit (32 %).

Starke Nutzung betriebswirtschaftlicher Instrumente

Im Kontext des steigenden Wettbewerbsdruck und der Zunahme der finanziellen Unsicherheiten ist von Interesse, welche konkreten Veränderungen sich in Bezug auf Arbeitsweise, Struktur und Selbstverständnis der Organisationen vollziehen. So sollten die Organisationen mit hauptamtlichen Beschäftigten Angaben zur Nutzung betriebswirtschaftlicher Instrumente in ihrer alltäglichen Arbeit machen.

Für Brandenburg ergibt sich hier ein dem Bundestrend verwandtes Bild. Mit Rücksicht auf die teilweise geringe Zahl der Antworten werden hier nur Aussagen für Vereine und gGmbHs vorgenommen: Von ihnen nutzen jeweils 68 Prozent bzw. 88 Prozent betriebswirtschaftliche Instrumente. Unter den verschiedenen vorgegebenen Instrumenten wurden am häufigsten das Qualitätsmanagement (63 %), Controllingmaßnahmen (57 %) sowie die Kosten- und Leistungsrechnung (54 %) genannt. Etwas seltener als im Bundesschnitt (44 %) kommen in den Brandenburger Organisa-

tionen hingegen die Möglichkeiten externer Beratungsangebote (34 %) zur Anwendung, was vermutlich dem schwächer ausgeprägten Angebot geschuldet ist.

Die Gründe für die hohe Verbreitung betriebswirtschaftlicher Instrumente liegen zum einen darin, dass eine zunehmende Finanzierung über den Leistungsbereich mit vermehrten rechtlichen Vorschriften einhergeht, z.B. was das Finanz-, aber auch das Qualitätsmanagement betrifft. Zum anderen möchten die Organisationen die Komplexität und die lebensweltliche Ausrichtung ihrer Arbeit durch berechenbare Kennwerte untermauern bzw. mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen effizienter haushalten.

Gesellschaftlich bedingte Veränderung der Tätigkeitsbereiche

Strukturelle Veränderungen konnten unter anderem in Bezug auf die Tätigkeitsbereiche festgestellt werden. Dabei fällt zunächst auf, dass es in Brandenburg einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Organisationen gibt, die sich in ihrer Arbeit auf einen Tätigkeitsbereich konzentrieren (50 % gegenüber 41 % im Bundesdurchschnitt) und sie damit hochgradig spezialisiert sind. Ob sich eine solche sehr schmale Ausrichtung für die Zukunft aufrechterhalten lässt, ist fraglich. Angesichts der allgemeinen demographischen Entwicklung könnte künftig gerade eine breite Aufstellung bei den Tätigkeitsbereichen zu mehr Effizienz und Legitimation führen. Inwiefern die Organisationen dies bereits im Blick haben, zeigen Veränderungen in ihren Tätigkeitsbereichen.

Bei knapp einem Viertel (23 %) der Organisationen fanden in den letzten fünf Jahren Veränderungen der Tätigkeitsbereiche statt; dies betrifft 24 Prozent der Vereine und 26 Prozent der gGmbHs. Dabei haben Brandenburger Organisationen in den Bereichen Bildung (36 % bzw. 25 % gesamt) und Soziales (57 % bzw. 33 % gesamt) weit häufiger als im Bundestrend ihr Tätigkeitsspektrum modifiziert.

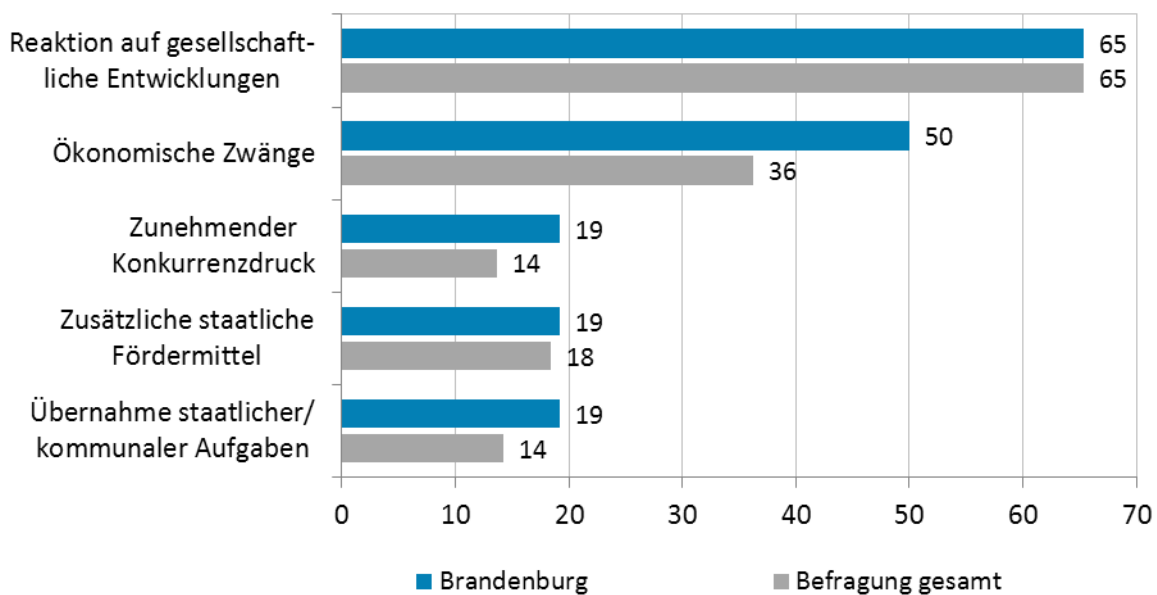
Was die Gründe für die vorgenommenen Veränderungen anbelangt, so reagieren die Organisationen in Brandenburg in erster Linie auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen (vgl. Abbildung 3.16): Rund zwei Drittel der Organisationen (65 %) geben dies als wichtigsten Grund an. Insofern bestätigt sich die starke Einbindung des Dritten Sektors in gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse und seine Reaktion auf neu entstehende gesellschaftliche Problemlagen. Des Weiteren lässt dies eine enge Einbindung der Organisationen in die lokalen gesellschaftlichen Kontexte vermuten.

An zweiter Stelle werden als Ursachen für die Veränderung der Tätigkeitsbereiche „Ökonomische Zwänge“ angeführt, was in Brandenburger Organisationen zudem deutlich häufiger als im gesamten Bundesgebiet der Fall ist (50 % gegenüber 36 % gesamt). Dies bedeutet letztlich, dass das Tätigkeitsprofil entweder gezielt um ökonomisch attraktivere Aktivitäten erweitert wurde oder weniger einträgliche Bereiche

eingestellt werden mussten. Vor allem die Brandenburger Vereine sind hiervon betroffen (53 %). Ein „zunehmender Konkurrenzdruck“ wird von ihnen mit 20 Prozent doppelt so häufig genannt wie von den Organisationen in der gesamten Stichprobe (9 %). Bei den gGmbHs fällt vor allem die häufige Nennung „Übernahme staatlicher/kommunaler Aufgaben“ auf. Mehr als jede dritte gGmbH in Brandenburg (38 %) gibt dies an, im Bundesschnitt der gGmbHs ist es weniger als die Hälfte des Brandenburger Anteils (16 %).

Abbildung 3.16

Gründe für die Veränderung der Tätigkeitsbereiche (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012; Mehrfachnennungen möglich.

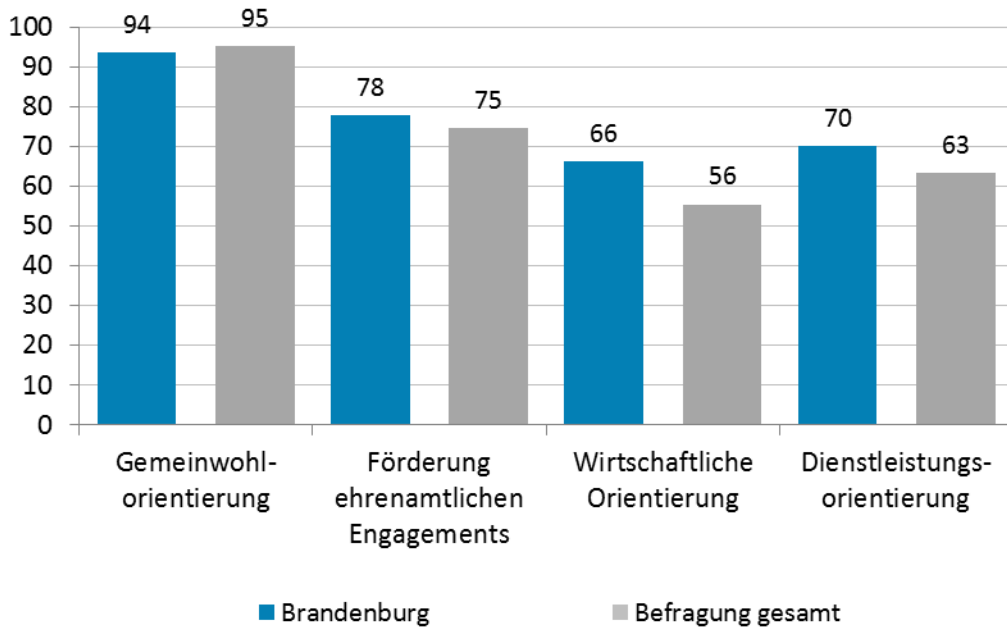
Wirtschaftliche Leitlinien haben Gewicht

Schließlich wurden die Organisationen nach ihrem Selbstverständnis bzw. nach den Leitlinien ihrer Arbeit gefragt. Ein Ziel war es zu prüfen, inwiefern ökonomische Orientierungen inzwischen mit traditionellen Missionszielen in Konkurrenz stehen. Wie auch im Trend der Gesamtbefragung zeigte sich dabei, dass die Orientierung am Gemeinwohl in den Organisationen nach wie vor mit Abstand die wichtigste Rolle spielt.

Auch den weiteren klassischen zivilgesellschaftlichen Zielstellungen wie der Förderung des ehrenamtlichen Engagements kommt immer noch eine hohe Relevanz zu (vgl. Abbildung 3.17). Überraschend häufig geben die Brandenburger gGmbHs an, dass ihnen die Förderung des ehrenamtlichen Engagements wichtig ist (70 %). Bundesweit sehen das nur 52 Prozent und in den ostdeutschen Bundesländern 53 Prozent der gGmbHs als ihre Aufgabe an.

Abbildung 3.17

Leitlinien der Organisationen (Antworten: „wichtig“, „sehr wichtig“; in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Ökonomische Leitlinien spielen insgesamt in den Organisationen Brandenburgs eine überdurchschnittliche Rolle. So messen 66 Prozent der Organisationen der wirtschaftlichen Orientierung einen hohen Stellenwert bei, und für 70 Prozent ist die Dienstleistungsorientierung bedeutend. Vor allem die gGmbHs vertreten diese Leitprinzipien (83 % bzw. 91 %). Doch auch die Vereine orientieren sich in diese Richtung (53 % bzw. 65 %).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass in Brandenburg wirtschaftliche Zielstellungen zwar von Bedeutung sind, diese aber nicht entgegengesetzt zu den klassischen Missionszielen stehen. Da die Gemeinwohlorientierung bisher nicht verlorengegangen ist, werden traditionelle Leitlinien und wirtschaftliche Ausrichtungen parallel verfolgt. Diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Zielstellungen könnte künftig verstärkt zu tiefgreifenden Spannungen führen.

4. Leistungskraft und Wirkungen

4.1 Kapazitäten und Leistungen

Das folgende Kapitel wendet sich der Thematik der Leistungen und Wirkungen von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg zu. Im ersten Abschnitt werden vor allem Angaben aus der amtlichen Statistik ausgewertet; er reflektiert zu einem großen Teil die Tätigkeit der vielschichtig und breit aufgestellten Wohlfahrtsverbände, beschränkt sich aber nicht auf sie. Der zweite Abschnitt konzentriert sich direkt auf die Wohlfahrtsverbände. Wie entsprechende Angaben dieser Organisationen zeigen, bilden sie nach Leistungskraft, Anzahl der Organisationen und Einrichtungen sowie der Beschäftigten den Schwerpunkt des Dritten Sektors des Landes Brandenburg. Die Auswertung von Interviews mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der großen in Brandenburg aktiven Wohlfahrtsverbände²⁵ im zweiten Abschnitt bestätigt wesentliche Aussagen der zuvor auf empirischer Basis getroffenen Aussagen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Wohlfahrtsverbände sich durchaus der gegenwärtigen Probleme und künftigen Anforderungen bewusst sind.

In der Studie stieß der Ansatz zur Untersuchung der Wirkungsmessung an Grenzen. Bisher liegen bei Wohlfahrtsverbänden hierzu keine praktischen Ansätze vor, und es sind kaum entsprechende Überlegungen auszumachen. Auch von wissenschaftlicher Seite ist zwar ein unübersichtliches Feld an Tools und Verfahren bekannt, ihre praktische Anwendbarkeit bleibt aber bislang beschränkt (vgl. Mildemberger et al. 2012). Häufig – und das trifft auch für die Situation in Brandenburg zu – scheitern entsprechende Vorhaben zur Wirkungsmessung an einer nur schwach entwickelten Datenbasis. Insofern sind in Brandenburg weitere Untersuchungen erforderlich, um die Wirkungsmessung voranzutreiben.

Dies ist umso mehr erforderlich, da die Bedeutung des Dritten Sektors wie insgesamt der Sozialwirtschaft für Brandenburg oft unterschätzt wird. Aufwendungen und Ausgaben für diesen Bereich werden in der Regel nur als Kostenfaktor und Kostenlast betrachtet. Der Nutzen und die ökonomische Seite werden kaum berücksichtigt. Der Nutzen beschränkt nicht allein auf die Berücksichtigung der Leistungen für die einzelnen Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe- und Dienstleistungen, sondern die Organisationen des Dritten Sektors schaffen mit ihren Einrichtungen Arbeitsplätze und tragen zur Wertschöpfung bei. Darüber hinaus tragen sie wesentlich zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität im Land bei. Die Organisationen des

25 Lediglich mit einem Vertreter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. kam aus terminlichen Gründen kein Gespräch zustande.
Den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände sei an dieser Stelle für ihre Interviewbereitschaft und für die Bereitstellung von Materialien zu ihrer Arbeit herzlich gedankt.

Dritten Sektors sichern Arbeitsplätze und erweisen sich selbst in Krisenzeiten als ein wichtiger Beschäftigungsmotor. Zudem sind die unterschiedlichen Finanzierungsquellen des Dritten Sektors zu berücksichtigen. Neben den Finanzierungsanteilen der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen haben die Beiträge aus privatem Einkommen und Vermögen sowie über Mitgliedsbeiträge, Spenden, Erbschaften oder Eigenleistungen einen nicht zu vernachlässigen Stellenwert. Hinzu kommen die unentgeltlichen Leistungen der ehrenamtlich und sonstigen freiwillig Engagierten, die für die Erbringung der Leistungen von Dritte-Sektor-Organisationen unverzichtbar sind.

Beschäftigungsanteil in Brandenburg überdurchschnittlich

Zur Messung der Leistungskraft und Wirkungen des Dritten Sektors ist das Spektrum vorhandener empirischer Angaben bislang recht schmal. Hinzu kommt, dass vorliegende statistische Angaben zumeist auf traditionelle Kennziffern ausgerichtet sind, die „harte“ Fakten beinhalten, d.h. die Anzahl von bestimmten Plätzen in Einrichtungen oder betreute Personen. Für den Bereich der Sozialberatung liegen beispielsweise für Brandenburg umfangreiche aktuelle Daten vor (vgl. Staats et al. 2012). „Weichere“ Daten fehlen hingegen. Sie betreffen z.B. die Effekte der durchgeführten Beratungen in Not- und Hilfssituationen oder die durch die Betreuung eingetretenen Verbesserungen des sozialen oder gesundheitlichen Zustandes. Auch auf Angaben zu Veränderungen im gemeinschaftlichen Zusammenleben, die durch das Wirken der Organisationen entstehen, kann gegenwärtig nicht zurückgegriffen werden. Es fehlt nicht nur an geeigneten Maßzahlen, sondern auch entsprechende Daten liegen nicht vor, weil es schwierig ist, die oft komplexen Effekte zu erfassen.

Ein Indikator, der anstelle dieser fehlenden Angaben verwendet wird, ist die Anzahl der Personen, die entweder haupt- oder ehrenamtlich in den Dritte-Sektor-Organisationen tätig ist. Von ihrer Tätigkeit erwartet man entsprechende Wirkungen, die mit den ideellen Orientierungen der Organisationen korrespondieren.

An dieser Stelle erfolgt eine Konzentration auf die verfügbaren Beschäftigungszahlen für den Dritten Sektor in Brandenburg.²⁶ Auf Grundlage von Auswertungen des Unternehmensregisters von 2007 durch das Statistische Bundesamt (vgl. Rosenski 2012) liegen Angaben zu den Beschäftigten in jenen Dritte-Sektor-Organisationen vor, die zumindest einen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten haben oder einen der Umsatzsteuer unterliegenden Jahresumsatz von 17.500 Euro verbuchen (vgl. Tabelle 4.1).

²⁶ Eine umfassende Betrachtung zum Engagement aus der individuellen Perspektive findet sich in der Sonderauswertung des Freiwilligensurvey (vgl. Gensicke/Geiss 2011).

Tabelle 4.1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dritten Sektor

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dritten Sektor		Organisationen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dritten Sektor
	Anzahl	Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	
Brandenburg	65.099	12,4 %	2.844
Deutschland	2.284.000	9,2 %	104.855

Datenbasis: Rosenski (2012: 214).

Von den rund 19.000 Dritte-Sektor-Organisationen in Brandenburg (Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen) (vgl. Kapitel 2) hat demnach nur ein kleiner Teil von rund 15 Prozent Beschäftigte oder einen entsprechend zu versteuernden Umsatz.²⁷ In Brandenburg traf dies im Jahr 2007 für 2.844 Organisationen des Dritten Sektors zu. Sie beschäftigten 65.099 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig, hinzukommen weitere in geringfügiger Beschäftigung, in Zeitarbeit, 1-Euro-Jobs oder Honorarkräfte, für die keine Angaben vorliegen. Im Dritten Sektor Brandenburgs ist damit jede/r achte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des Landes angestellt (12,4 %); deutschlandweit ist es nur jede/r elfte (9,2 %). Dieser überdurchschnittliche Wert, zu dem noch die freiwillig, unentgeltlich tätigen Engagierten hinzukommen, macht zum einen die Leistungskraft des Sektors deutlich und hebt zum anderen dessen besondere arbeitsmarktpolitische Bedeutung in Brandenburg hervor.

Einrichtungen und Kapazitäten unverzichtbar für Infrastruktur

Der Stellenwert des Dritten Sektors wird ebenfalls sichtbar, wenn man einen Blick auf die Anzahl seiner Einrichtungen wirft. Sie haben in der sozialen Infrastruktur Brandenburgs einen festen und unverzichtbaren Platz.

Wie jüngste Analysen zeigen, hat die demographische Entwicklung in den letzten zehn Jahren im Land Brandenburg zu einem stetigen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen geführt (vgl. sozial spezial 2013: 6). Dies stellt für Dritte-Sektor-Organisationen eine beträchtliche Herausforderung dar. Gerade Pflegeheime, deren Betrieb aufwendig und komplex ist, werden zu zwei Dritteln von diesen Organisationen betrieben (vgl. Tabelle 4.2).

²⁷ Dieser Wert unterscheidet sich beträchtlich von dem in der Organisationsbefragung. Die Ursachen liegen in deren Stichprobenziehung. Aus methodischen Gründen wurde dabei der Anteil von Organisationen aus bestimmten Bereichen gering gehalten; es sind dies Bereiche mit einem hohen Anteil kleiner Organisationen (z.B. Sport). Die gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen erhielten hingegen ein stärkeres Gewicht.

Tabelle 4.2

Anteil des Dritten Sektors an Einrichtungen im Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- sowie im Bildungsbereich

Einrichtungen	Anzahl gesamt	Anzahl Dritter Sektor	Anteil Dritter Sektor
Krankenhäuser (Stand: 2011)	53	16	30,2 %
Pflegedienste (Stand: 2011)	598	216	36,1 %
Pflegeheime (Stand: 2011)	400	267	66,8 %
Kitas (Stand: 2010)	1.749	786	44,9 %
Allgemeinbildende Schulen (Stand: Schuljahr 2012/13)	862	131	15,2 %

Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012a: 182 f.); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012b: 22); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012c: 10); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011: 206 und 226).

Die Einrichtungen der Dritte-Sektor-Organisationen bilden damit einen wichtigen Gegenpol zu den privatwirtschaftlichen Unternehmen. Öffentliche Einrichtungen sind im Bereich der Pflege inzwischen nur zu einer geringen Anzahl vorzufinden.²⁸

Bei den Krankenhäusern hat über die letzten zwanzig Jahre hinweg bei einer sinkenden Anzahl öffentlicher Krankenhäuser jene in freigemeinnütziger Trägerschaft zugenommen. Während 1992 noch 72,7 Prozent der Krankenhäuser in öffentlicher Hand waren, sind es heute nur noch 35,8 Prozent. Je ein weiteres Drittel wird von freigemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Trägern betrieben.

Im Bereich von Bildung und Kinderbetreuung bestehen 131 freigemeinnützige Schulen und 786 freigemeinnützige Kindertagesstätten in Brandenburg. Somit werden inzwischen 15,2 Prozent aller Brandenburger Schulen und fast jeder zweite Kindergarten (44,9 %) von Dritte-Sektor-Organisationen geführt.

Auch in Bezug auf die Kapazitäten stellt der Dritte Sektor insgesamt einen Großteil der Infrastruktur im Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung (vgl. Tabelle 4.3). Zwei Drittel (65,0 %) der Plätze in Pflegeheimen, die Betreuung fast jeder zweiten (46,6 %) pflegebedürftigen Person, mehr als vier von zehn (42,1 %) Kindertagesplätzen und fast jedes fünfte Krankenhausbett (18,4 %) befinden sich in Einrichtungen von Dritte-Sektor-Organisationen. Doch sie verdienen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Anzahl angebotener Plätze Aufmerksamkeit: Einen wichtigen Aspekt zur

²⁸ Im Jahr 2011 gab es in Brandenburg vier öffentliche Pflegedienste und zwölf öffentliche Pflegeheime (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012a: 182 f.).

qualitativen Bewertung liefern die Größe und die Personalausstattung der Einrichtungen.

Tabelle 4.3

Anteil des Dritten Sektors an den Kapazitäten der Einrichtungen im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsbereich

Kapazitäten	Anzahl gesamt	Anzahl Dritter Sektor	Anteil Dritter Sektor
Krankenhausbetten (Stand: 2011)	15.242	2.811	18,4 %
Pflegebedürftige in Pflegediensten (Stand: 2011)	27.892	12.991	46,6 %
Plätze in Pflegeheimen <i>darunter: Dauerplätze</i> (Stand: 2011)	26.147 11.376	16.986 6.330	65,0 % 55,6 %
Kita-Plätze (Stand: 2010)	165.527	69.720	42,1 %

Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012a: 182 f.); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012b: 191); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011: 206 und 226).

Kleinere Einrichtungen mit meist höherer Personalausstattung

Dritte-Sektor-Einrichtungen in Brandenburg sind in der Regel kleiner als öffentliche oder privatwirtschaftliche: Bei den Krankenhäusern, Pflegeheimen und Kitas sind dort durchschnittlich weniger Plätze pro Einrichtung vorhanden. In den Kindergärten mit freigemeinnütziger Trägerschaft ist durchschnittlich mehr pädagogisches Personal angestellt als in den öffentlichen Kindergärten – insgesamt ist dort die Betreuung nach der Personalausstattung also besser. Ähnliches gilt für die Pflegeheime: Während es bei freigemeinnützigen Trägern deutlich weniger Plätze als bei öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Trägern je Einrichtung gibt, haben sie – auf die Anzahl der Plätze bezogen – den besten Personalschlüssel.

Auch bei den Pflegediensten deckt der Dritte Sektor größere Kapazitäten ab als die privatwirtschaftlichen Einrichtungen. Zwar gehören nur 36,1 Prozent der Pflegedienste zum Dritten Sektor (und 63,2 % zur Privatwirtschaft), gleichzeitig werden hier aber 46,6 Prozent der Pflegebedürftigen (vgl. Tabelle 4.3) betreut und 42,4 Prozent des Pflegepersonals beschäftigt (vgl. Tabelle 4.4).

Tabelle 4.4

Anteil des Dritten Sektors an den Leistungen in Einrichtungen im Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- sowie im Bildungsbereich

Leistungen	Anzahl gesamt	Anzahl Dritter Sektor	Anteil Dritter Sektor
Personal in:			
Kankenhäusern (Stand: 2011)	21.297	3.902	18,3 %
Pflegediensten (Stand: 2011)	12.456	5.283	42,4 %
Pflegeheimen (Stand: 2011)	16.429	11.086	67,5 %
Kitas (Stand: 2010)	17.226	8.305	48,2 %
Maßnahmen der Jugendarbeit (Stand: 2008)	2.186	1.771	81,0 %
Hilfe/Beratung für junge Menschen/ Familien (Stand: 2010)	13.988	11.895	85,0 %
Betreute Kinder in Kitas (Stand: 2010)	147.978	64.108	43,3 %
Schüler in Schulen (Stand: Schuljahr 2012/13)	222.714	19.336	8,7 %

Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012a: 182 f.); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012c: 10); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011: 200, 204, 206 und 226).

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass von allen Stellen in den Pflegediensten und in den Pflegeheimen nur je ein Viertel Vollzeitstellen sind – während in der Privatwirtschaft immerhin die Hälfte des Personals in Pflegediensten und -heimen Vollzeitstellen hat. Ob diese Teilzeitstellen auf Wunsch der Beschäftigten entstanden sind und auch unter den teilweise hohen Belastungen in diesen Tätigkeitsbereichen eine positive Bewertung erfahren können, muss vertiefenden Analysen vorbehalten bleiben. Untersuchungen bei Beschäftigten im Dritten Sektor weisen jedenfalls eine recht hohe Arbeitszufriedenheit nach (vgl. Priller/Schmeißer 2013).

Die Situation sieht bei der Personalausstattung der Krankenhäuser etwas anders aus. Zwar sind die von Dritte-Sektor-Organisationen betriebenen Krankenhäuser durchschnittlich kleiner bzw. verfügen im Durchschnitt über eine geringere Anzahl an Betten pro Krankenhaus, aber sie sind auch mit Personal etwas geringer ausgestattet: 100 Betten werden im Durchschnitt von 139 Angestellten betreut, in öffentlichen Krankenhäusern sind es 140, in privaten 145 Angestellte.

Von Dritte-Sektor-Organisationen getragene Schulen sind in der Regel ebenfalls kleiner als öffentliche Schulen: Es gibt im Durchschnitt sowohl weniger Klassen pro Schule als auch weniger Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Immerhin besuchen inzwischen 19.336 Kinder und Jugendliche freigemeinnützige Schulen. Während dieser Bereich erst in den letzten Jahren zunehmend vom Dritten Sektor erschlossen

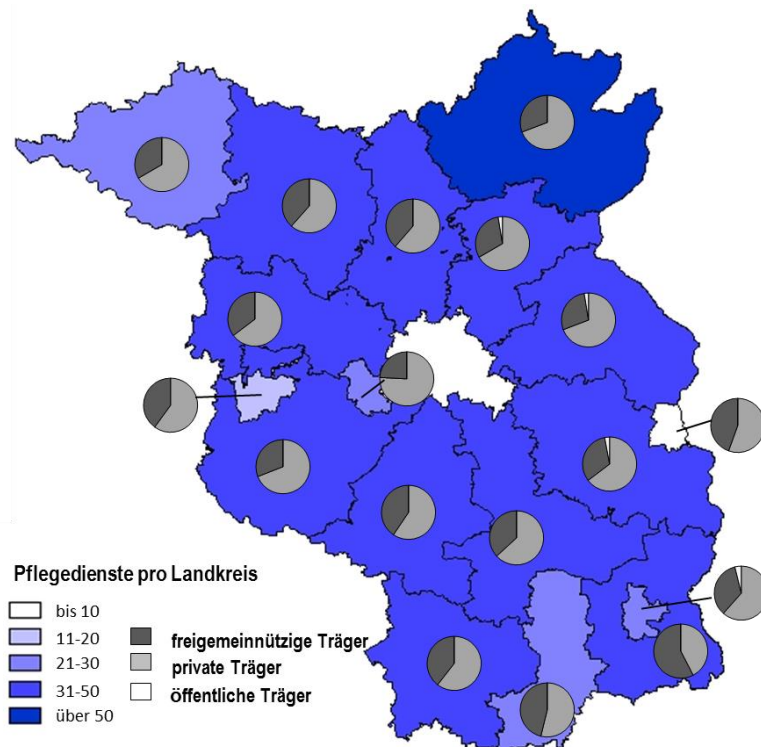
wird, besteht bei den Sozialen Diensten und Hilfen eine langjährige Tradition und ein breites Angebot. So werden Maßnahmen der Jugendarbeit sowie Hilfen und Beratung für junge Menschen zu über 80 Prozent von freigemeinnützigen Organisationen getragen.

Unterschiede in der regionalen Verteilung der Einrichtungen und Dienste

Hinsichtlich der Verteilung von Einrichtungen und Diensten des Dritten Sektors zeigen sich im Land Brandenburg zum Teil erhebliche Unterschiede: Pflegedienste sind weitestgehend gleichmäßig über die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs verteilt (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1

Pflegedienste nach Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Anteile der freigemeinnützigen, privaten und öffentlichen Träger



Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012b: 13).

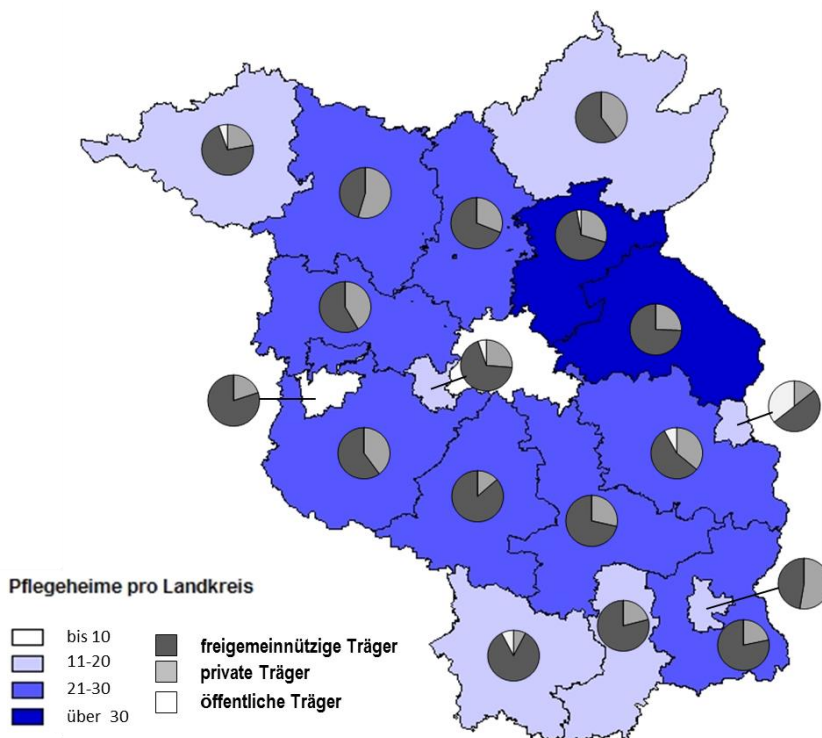
Ausschlaggebend für die Anzahl der Pflegedienste pro Landkreis ist eher die Fläche als die Bevölkerungszahl. Offenbar steht die flächendeckende Versorgung hier im Mittelpunkt. So weist der flächenmäßig große, aber eher dünn besiedelte Landkreis Uckermark eine eher hohe Dichte an Pflegeeinrichtungen auf, während es in allen kreisfreien Städten eher weniger Einrichtungen gibt.

Das bereits aufgezeigte, für ganz Brandenburg geltende Verhältnis von einem Drittel gemeinnütziger und zwei Dritteln privatwirtschaftlicher Pflegediensten spiegelt sich in großen Teilen auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wider. Dieses Verhältnis kehrt sich nur im Landkreis Spree-Neiße um, der der einzige Landkreis ist, in dem mehr Dritte-Sektor- als privatwirtschaftliche Pflegedienste vorhanden sind. Demgegenüber ist in der Landeshauptstadt Potsdam von den 29 Pflegediensten nur ein Viertel freigemeinnützig. Die vier öffentlichen Pflegedienste befinden sich alle im Osten Brandenburgs, nämlich in den Landkreisen Barnim, Märkisch-Oderland, Oder-Spree und in der Stadt Cottbus.

In der regionalen Verteilung zwischen Pflegediensten und Pflegeheimen ergeben sich jedoch größere Unterschiede. Pflegeheime sind weniger gleichmäßig über das Land verteilt als Pflegedienste. Besonders in den zentralen, an Berlin angrenzenden Landkreisen sind sie zu finden. Periphere und strukturschwächere Landkreise wie Prignitz, Uckermark, Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz verfügen dagegen über deutlich weniger Heime (vgl. Abbildung 4.2). In den kreisfreien Städten gibt es ebenfalls weniger Einrichtungen. Mit 37 Pflegeheimen in Barnim und 35 in Märkisch-Oderland stehen diese beiden Landkreise mit der höchsten Anzahl hervor.

Abbildung 4.2

Pflegeheime nach Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Anteile der freigemeinnützigen, privaten und öffentlichen Träger



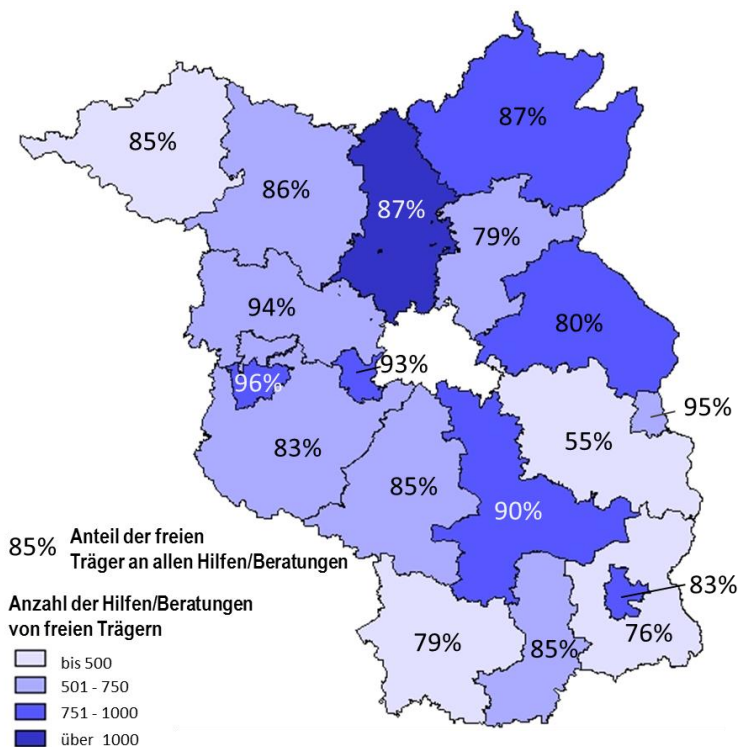
Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012b: 23).

Die einzelne Zusammensetzung nach Trägerschaft ist bei den Pflegeheimen deutlich heterogener als bei den Pflegediensten. Insgesamt dominieren zwar Dritte-Sektor-Einrichtungen, in Ostprignitz-Ruppin und Cottbus überwiegen aber die privatwirtschaftlichen Pflegeheime. Ein hoher Anteil von freigemeinnützigen Heimen ist im Südwesten in Teltow-Fläming, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie in der Stadt Brandenburg zu finden. Die zwölf öffentlichen Einrichtungen verteilen sich auf sechs Landkreise und kreisfreie Städte. Es fällt auf, dass in Frankfurt (Oder) sich fünf der 14 Pflegeheime in öffentlicher Trägerschaft befinden.

Für den sozialen Bereich konnten Daten zu Maßnahmen von Hilfe und Beratung für junge Menschen und Familien ausgewertet werden. Für die Landkreise und kreisfreien Städte ergibt sich kein klares Bild (vgl. Abbildung 4.3).

Abbildung 4.3

Anzahl der Maßnahmen der freigemeinnützigen Träger für Hilfen und Beratung für junge Menschen/Familien und deren Anteil an den Maßnahmen insgesamt nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Datenbasis: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011: 200).

Die Verteilung der Hilfs- und Beratungsmaßnahmen entspricht größtenteils jener der Vereine auf die Landkreise: Vor allem in den westlichen Gebieten Brandenburgs sind sie weniger präsent (vgl. Abschnitt 2.2.2). Hier erfolgten weniger Maßnahmen der Jugend- und Familienhilfe. Diese Relation lässt sich aber nicht vollständig aufrechterhalten: So gibt es in Oder-Spree und Spree-Neiße verhältnismäßig wenig Ange-

bote, auch wenn hier relativ viele Vereine ihren Sitz haben. Zahlreiche Hilfen und Beratungsmaßnahmen für junge Menschen und Familien wurden in Oberhavel und den flächenmäßig größeren Landkreisen Uckermark und Märkisch-Oderland erbracht.

Insgesamt ist der Dritte Sektor in diesem Bereich sehr aktiv. Die überwiegende Mehrheit der Hilfs- und Beratungsmaßnahmen für junge Menschen und Familien wurde von freigemeinnützigen Trägern übernommen. Gerade in den Städten Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Potsdam sowie in den Landkreisen Havelland und Dahme-Spreewald werden über 90 Prozent der Maßnahmen von Dritte-Sektor-Organisationen durchgeführt. Lediglich im Landkreis Oder-Spree spielen andere Akteure eine größere Rolle, allerdings werden auch hier anteilmäßig die meisten Maßnahmen (55 %) von freigemeinnützigen Trägern umgesetzt.

4.2 Schwerpunkte der Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände und ihre künftige Ausrichtung

Die folgenden Betrachtungen konzentrieren sich auf die gegenwärtigen und auf die künftigen Wirkungsschwerpunkte der Wohlfahrtsverbände. Grundlage sind ausführliche leitfadengestützte Interviews, die mit sechs Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern bzw. leitenden Personen der im Land Brandenburg tätigen Wohlfahrtsverbände geführt wurden.²⁹

Die Wohlfahrtsverbände stehen nach ihrer Leistungskraft, der Anzahl der Organisationen und Einrichtungen sowie der Anzahl der Beschäftigten im Mittelpunkt des Dritten Sektors im Land Brandenburg. In ihnen ist zudem eine größere Zahl an freiwillig Engagierten tätig, deren Anzahl aber zumeist nicht genau erfasst wird. Als Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich die eigenständigen Verbände auf Landesebene zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen (LIGA) (vgl. Tabelle 4.5, S. 96). Neben den in dieser Tabelle ausgewiesenen Verbänden zählt der Caritasverband der Diözese Görlitz e.V., der seine Leistungen und Aktivitäten überwiegend in Teilen des Freistaates Sachsen anbietet, zur LIGA.

Die Verbände stimmen sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft ab und sind um die Koordination ihrer Tätigkeit bemüht. Dies ist, wie die Interviews belegen, mit einer Reihe von Problemen verbunden. So bestehen die einzelnen Wohlfahrtsverbände aus zahlreichen eigenständig agierenden Organisationen und Einrichtungen unterschiedlicher Größe. Zu den Mitgliedsverbänden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gehört beispielsweise die Volkssolidarität, die allein im Land Brandenburg im

²⁹ Interviews wurden mit dem Landesverband der AWO, dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg, dem Caritasverband Berlin, dem Caritasverband Görlitz, dem Landesverband des DRK und dem Landesverband Brandenburg des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes geführt.

Tabelle 4.5

LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg

Deutsches Rotes Kreuz	Mitglieder/ Ehrenamtliche	Beschäftigte	Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen und Dienste
Insgesamt	214.039 Natürliche Mitglieder	47.600, ca. 60.000 ^a	– 32.048 Plätze Kitas – 12.170 Plätze Altenhilfe – 3.746 Plätze Jugendhilfe – 15.416 Plätze Behindertenhilfe – 1.095 Selbsthilfegruppen
	14.418 Ehrenamtliche		
<i>Zu den einzelnen Wohlfahrtverbänden liegen folgende Informationen vor:</i>			
Arbeiterwohlfahrt (AWO), Landesverband Brandenburg e.V.	ca. 13.000 Mitglieder	k. A.	20 Mitglieds(kreis)verbände
			319 Einrichtungen und Dienste, u.a. rund 80 Kitas, 30 Altenpflegeeinrichtungen, 4 Werkstätten für behinderte Menschen, 2 Selbsthilfegruppen, 4 Mehrgenerationenhäuser, Jugendclubs, Seniorenclubs, Eltern-Kind-Zentren
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. und Caritasverband Diözese Görlitz e.V.	k. A.	k. A.	13 Mitglieds(kreis)verbände
			173 Einrichtungen und Dienste, u.a. 16 Pflegeheime und Seniorenzentren, 2 Krankenhäuser, Beratungsstellen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Kitas, Sozialstationen, Freiwilligenzentren, CARIsatt-Läden, Förderschulen/Werkstätten für behinderte Menschen
Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Landesverband Brandenburg e.V.	80.000 Mitglieder	3.500	19 Mitglieds(kreis)verbände
			u.a. 49 Kitas, Alten-, Behinderten- und Suchtkrankenhilfe, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.	k. A.	52.000 (Berlin/Brandenburg); ca. 20.000 in Brandenburg ^b	21 Mitglieds(kreis)verbände (15 in Brandenburg)
			1.472 Einrichtungen und Dienste u.a. 43 Kitas, 27 Krankenhäuser, 156 Einrichtungen der Altenhilfe, Eingliederungshilfen, Kinder-/Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Sozialdienste
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Der Paritätische Brandenburg), Landesverband Brandenburg e.V.	k. A.	ca. 18.700 ^c	18 Mitglieds(kreis)verbände
			u.a. 36 Pflegeheime, 88 Pflegedienste, 127 Kitas, 100 Wohnstätten und 50 ambulante Dienste für Menschen mit Behinderung, 151 Wohnprojekte und 71 Dienste für Kinder/Jugendliche, 25 Einrichtungen für Familien und Frauen, 250 Selbsthilfegruppen
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST)	k. A.	ca. 100 in Deutschland insgesamt	3 Ortsvereine in Berlin-Brandenburg
			1 Beratungsstelle, 1 Kultur-, Integrations- und Begegnungszentrum, Seminare und Veranstaltungen, Kreativkurse, Seniorentreff, Migrationsberatung

a Nach Angaben der LIGA auf Grundlage einer Auskunft der Berufsgenossenschaft.

b Nach Schätzung der Diakonie auf Grundlage einer Auskunft der Berufsgenossenschaft.

c Nach Schätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf Grundlage einer Auskunft der Berufsgenossenschaft.

Datenbasis: LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg (2011), Internetseiten und Jahresberichte der Verbände.

Jahr 2008 neben 16 Kreis-, Stadt- und Regionalverbänden 821 Ortsgruppen umfasste (vgl. Schroeder et al. 2010: 245) und im Jahr 2007 1.750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigte (vgl. ebd.: 251).

Die einzelnen Mitgliedsorganisationen der Verbände sind in Brandenburg nicht immer ganz einfach unter ein Dach zu bringen: Abspaltungen, Sonderpositionen oder das Beschreiten eigenständiger Wege von einzelnen Organisationen oder Teilen der Landesverbände sind durchaus anzutreffen.

Insgesamt bestätigten die Interviews die Aussagen der Analysen, die auf Grundlage des vorhandenen empirischen Materials getroffen wurden; hierdurch wird die derzeitige Situation der Organisationen des Dritten Sektors noch plastischer nachvollziehbar. Außerdem werden Faktoren angeführt, die bestimmte Zustände näher erklären. Besonders wichtig sind zudem die Einschätzungen zu künftigen Entwicklungen, Problemen und Lösungsansätzen.

Zunehmender Bedarf an Leistungen

Die Vertreter der Wohlfahrtsverbände registrieren in den letzten Jahren eine Zunahme des Leistungsbedarfs. Für die Zukunft wird erwartet, dass dieser Bedarf noch weiter steigen wird. Zugleich ist ein Wachstum des Leistungsumfangs in fast allen Bereichen erfolgt, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind Bildung, Arbeit, Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, Pflege und Alter, Teilhabechancen und Integration sowie Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. In der ambulanten Pflege, bei den Eingliederungshilfen und in den Kitas sind die stärksten Zuwächse zu verzeichnen. Obwohl es einen Trend von der stationären zur ambulanten Pflege gibt, werden nach Einschätzungen der Wohlfahrtsverbände die Einrichtungen der stationären Pflege weiter zunehmen. Die Ursachen werden vor allem in der demographischen Entwicklung und dem Anstieg der Lebenserwartung gesehen. Bei den Kindertagesstätten wird künftig kein weiteres Wachstum erwartet, da der Bedarf weitgehend gedeckt ist.

Mit zunehmender Nachfrage an Leistungen war in den vergangenen Jahren in den meisten Wohlfahrtsverbänden ein spürbares Wachstum der Beschäftigtenzahl verbunden; nur zwei der Verbände gingen eher von einer konstanten Beschäftigung aus. Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der Einrichtungen, die Leistungen anbieten. Hingegen wurden die Mitgliederzahlen als stagnierend bis rückläufig eingeschätzt. Vor allem die Diakonie und Caritas beklagen zudem eine nur schwache Verankerung ihrer Verbände in der Brandenburger Bevölkerung, da lediglich ein geringer Teil kirchlich gebunden ist.

Unterschiedliche Organisationsentwicklung: Kontinuität und Verluste

Die Vertreter der Wohlfahrtsverbände bescheinigen ihren Organisationen insgesamt ein hohes Maß an Kontinuität in den Verbandsstrukturen. Berichtet wird aber zugleich über Verluste von Mitgliedsorganisationen. Besonders kleine Vereine „sterben“, weil die Vereinsmitgliedschaft überaltert und kein Nachwuchs vorhanden ist. Hervorgehoben wurde, dass es zu Konzentrationsprozessen und Zusammenschlüssen aus wirtschaftlichen Überlegungen kommt. Die Herausbildung der Grundstrukturen ist bei den Wohlfahrtsverbänden abgeschlossen – die neu entstehenden Einrichtungen werden in der Regel an bereits vorhandene Träger gebunden, um größere Einheiten herzustellen. Für die Zukunft wird die Schaffung größerer Einheiten als wichtig angesehen, um wirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Außerdem wird unter diesem Gesichtspunkt auch eine weitere Zunahme der Kooperationen der Verbände und Einrichtungen untereinander und mit staatlichen Einrichtungen als erforderlich erachtet. Für kleine Träger sieht man eine Möglichkeit zur Existenzsicherung in der Besetzung von Nischen, in denen ein Bedarf vorhanden, der aber für Marktunternehmen und staatliche Einrichtungen unattraktiv ist.

Die große Welle der Ausgründungen aus den Organisationen wird bei einigen Verbänden als beendet angesehen. Demnach bestehen gegenwärtig sogar Tendenzen, die vor einigen Jahren als gGmbH oder GmbH ausgegründeten Einheiten wieder in die Organisationen zurückzuholen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass sich die wirtschaftlichen Erwartungen der Ausgründungen nicht immer erfüllt haben. Durch das Agieren unter einem Dach möchte man stärkere Synergieeffekte und mehr Flexibilität erreichen. Verbände berichten aber auch von Ausgründungen bei größeren Trägern, nicht zuletzt deshalb, weil die Rechtsform des Vereins für den Umfang der wirtschaftlichen Aktivitäten nicht mehr geeignet ist.

Innerorganisatorische Veränderungen sind spürbar

Die Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände betonen die demokratische Struktur und den demokratischen Grundcharakter ihrer Organisationen. Innerorganisatorisch besteht ihren Einschätzungen zufolge ein starker Solidaritätsgedanke. Zugleich macht sich eine gewisse Dienstleistungsmentalität breit, d.h. eine Orientierung, bei der die ideelle Ausrichtung der Organisation an Gewicht verliert und wirtschaftliche Gesichtspunkte mehr Aufmerksamkeit erfahren. Dies steht offenbar auch mit dem spürbaren Generationswechsel des hauptamtlich beschäftigten Leitungspersonals und der ehrenamtlichen Funktionsträger in Zusammenhang: Während die Gründergeneration und die Aufbauhelfer der Organisationen verstärkt altersbedingt ausscheiden, haben die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Ehrenamtlichen oft andere Vorstellungen und eine nicht so stark ausgeprägte Verbundenheit mit den

Organisationen. Insofern wird die Gefahr eines gewissen „kulturellen Bruchs“ gesehen.

Die Übergänge zwischen den Generationen in den Leitungen gestaltet sich zudem schwierig, da es gerade in den ländlichen Regionen schwer ist, entsprechendes Personal zu finden. Die geringen Gehälter tun hier ein Übriges und stimulieren die Verantwortungsübernahme kaum. Um die ideelle Ausrichtung der Organisationen zu stärken, arbeiten einige Verbände mit zeitgemäßen Richtlinien für ihre Tätigkeit. Diese dienen zugleich als Instrument der Transparenz und Rechtfertigung für die Verwendung öffentlicher Mittel. Darüber hinaus wurden verbandsübergreifend Grundsätze zur Transparenz erarbeitet und deren Einhaltung in die Arbeit einbezogen.

Überalterung und fehlende Fachkräfte

Alle interviewten Verbände konstatieren eine Überalterung des Personals sowie die Schwierigkeit, Fachkräfte zu finden. Es wird befürchtet, dass sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen wird. Das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten kann zurzeit nur langsam durch eine Verjüngung reduziert werden. Zwar erfolgt in den Einrichtungen in einem beachtlichen Umfang die Ausbildung junger Menschen, aber aufgrund der Abwanderung des Personals nach der Ausbildung bzw. der jungen Fachkräfte ist die Situation problematisch.

Um den Fachkräftemangel abzubauen und künftig zu vermeiden, muss nach Ansicht der Wohlfahrtsverbände im Land Brandenburg eine gute Infrastruktur für junge Familien geschaffen und erhalten werden. Zugleich wird es als notwendig angesehen, die Bindung von hier Ausgebildeten an das Land zu stärken. Außerdem sollte eine Ausweitung der Rückholkampagne ehemals abgewanderter Brandenburgerinnen und Brandenburger erfolgen. Die Bereitschaft vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich bewusst für Teilzeit entschieden haben, auf Vollzeitstellen zu wechseln, könnte helfen, den Mangel an Fachpersonal zu reduzieren.

Eine Möglichkeit, vorhandene Personaldefizite abzubauen, wird in der Zusammenlegung von Tätigkeiten verschiedener Bereichen gesehen. Eine Person könnte dann unterschiedliche Tätigkeiten zu verschiedenen Zeiten realisieren. Bei bisherigen Versuchen, Tätigkeitsfelder zu kombinieren, gab es Grenzen in arbeitsrechtlicher Hinsicht. Gleichzeitig entstanden Schwierigkeiten bei der Herstellung einer passfähigen Kombination der Tätigkeitsbereiche.

Anforderungen an die Landespolitik steigen

Nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände führt für sie die gegenwärtige Verlagerung von bestimmten Entscheidungsbefugnissen auf die Kommunen zu beträchtlichen Unterschieden bei den Kostenerstattungen. Für Personen, die Leistungen empfangen, werden uneinheitliche Leistungsstandards und aufgrund der Mittelknappheit eine schleichende Abwertung von Leistungsstandards befürchtet. Durch den Rückgang der Bereitschaft der Kommunen zur Bereitstellung freiwilliger Leistungen wird die Finanzierung bei den Wohlfahrtsverbänden schwieriger. Zudem fallen in der Vergangenheit durch ABM-Kräfte und 1-Euro-Jobs erbrachte zusätzliche Leistungen weg oder werden auf die Beschäftigten verlagert und belasten diese.

Obwohl die Verbände die Situation in Brandenburg dahingehend kritisieren, dass hier noch immer ein gewisser „Etatismus in den Köpfen stecke“, werden gleichzeitig hohe Anforderungen an die Steuerungs- und Koordinierungsfunktionen der Landespolitik gestellt. So wird es von den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern als notwendig angesehen, das sozialpolitische Profil, das nach einigen ihrer Aussagen in Vergessenheit gerät, zu schärfen.

Von der Landespolitik wird darüber hinaus gefordert, die gesellschaftliche Diskussion um grundlegende Werte anzuregen. Demnach ist ein sozialpolitisches Gesamtkonzept für das Land zu entwickeln, das auch als Richtschnur und Planungsgrundlage für die Wohlfahrtsverbände dienen kann. Dabei geht es den Verbänden um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Für die Beantwortung dieser Frage ist nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände ein Klima zu schaffen, in dem die Menschen stärker im Mittelpunkt stehen und nicht die Frage der Kostensätze. Für die Herstellung eines breiten gesellschaftlichen Konsens für sozialplanerische Konzepte ist außerdem eine umfassende Diskussion erforderlich. Bevor Beschlüsse gefasst und durchgesetzt werden, muss ein umfassender Dialog in der Bevölkerung geführt werden. Bislang erfolgt dies nach Einsäzung der Wohlfahrtsverbände in einem noch nicht ausreichenden Maße und zeitlichen Umfang, wie dies beispielsweise der Beschluss zur Eingliederung behinderter Kinder in Schulen belegte.

Die Wohlfahrtsverbände fordern von der Landespolitik die Sicherung der Trägervielfalt. Die fachlichen Standards seien dabei nicht zu reduzieren, sondern vielmehr fest zu verankern; zudem müsse nach Möglichkeiten der Finanzierung zu ihrer Aufrechterhaltung gesucht werden. Auch bei der Schaffung einer landesweit einheitlichen Tarifstruktur und der Durchsetzung eines einheitlichen Branchentarifvertrages sehen die Wohlfahrtsverbände die Politik in der Verantwortung. Ihren eigenen Beitrag und ihre Verantwortung, zu entsprechenden Regelungen beizutragen, schätzen sie eher als gering ein.

Wohlfahrtsverbände sehen sich selbst in der Pflicht

Doch nicht nur an die Politik stellen die Wohlfahrtsverbände anspruchsvolle Forderungen, sie sehen auch in der eigenen Tätigkeit dringenden Veränderungsbedarf. Die Zusammenlegung von Einrichtungen wird als erforderlich angesehen, um angesichts geringerer Ressourcen durch größere Einheiten die wirtschaftlichen Grundlagen zu verbessern. Da man bei der Sicherung der Angebotsvielfalt in dünn besiedelten Regionen an Grenzen stößt, sind neue und andere Formen der Leistungserbringung zu entwickeln. Eine noch bessere Vernetzung der Einrichtungen und professionellen Dienste sieht man als einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Die vorhandene gute Zusammenarbeit auf der Ebene der Landesverbände setzt sich bislang auf Ebene der Landkreise und Kommunen nicht immer fort, da hier Konkurrenz und Wettbewerb einen hohen Stellenwert für die Einrichtungen und Dienste haben.

Überdacht werden von den Verbänden auch die Beratungsangebote, da sich der Zugang in städtischen und ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich gestaltet (vgl. Staats et al. 2012). Während man früher die Devise verfolgte, „wenn Personen Beratungsbedarf haben, kommen sie zu den Beratungsstellen“, sind heute die Möglichkeiten u.a. durch die Einschränkungen beim öffentlichen Personennahverkehr nur noch begrenzt gegeben. Um Beratungsangebote aufrechtzuerhalten, wird es als notwendig erachtet, dass diese zu den Personen mit Beratungsbedarf kommen. Das wiederum erfordert eine entsprechende veränderte Gestaltung der Angebote und Lösungen zu deren Finanzierung.

Überlegungen zu neuen Formen der Zusammenarbeit richten sich auf die Schaffung von Strukturen für niederschwellige Angebote. Früher waren in den ländlichen Regionen Lehrer, Pfarrer, der Arzt oder die Gemeindeschwester auch Ansprechpartner, wenn Hilfe und Unterstützung in sozialer Hinsicht benötigt wurden. Kirchen, Gemeindeverwaltungen oder der Konsum waren wichtige Orte der Kommunikation, der Absprache und gemeinschaftlichen Koordination. Heute fehlt es sowohl an Ansprechpartnern als auch an entsprechenden Orten. Es werden also Plätze und Vertrauenspersonen vor Ort gebraucht. Ihnen kommt eine wichtige Funktion zu, um auf soziale Probleme aufmerksam zu machen sowie kurzfristig und unkompliziert erforderliche Hilfe und Unterstützung zu organisieren oder zu leisten. In den Interviews wurden die Wohlfahrtsverbände als eine mögliche Plattform gesehen, um im Rahmen ihrer Tätigkeiten entsprechende funktionierende Strukturen zu entwickeln.

5. Fazit

Der Dritte Sektor hat in Brandenburg eine beachtliche Größe hinsichtlich der Anzahl seiner Organisationen: rund 18.000 eingetragene Vereine, 350 gGmbHs, 160 Genossenschaften und 180 Stiftungen. Er verfügt über einen hohen beschäftigungspolitischen Stellenwert, denn in diesen Organisationen sind über 65.000 Personen sozialversicherungspflichtig tätig. Hinzu kommt eine nicht exakt zu bemessene Zahl weiterer Arbeitsplätze, die z.B. mit geringfügig Beschäftigten besetzt sind. In den Dritte-Sektor-Organisationen engagieren sich darüber hinaus mit 33 Prozent rund 740.000 der Brandenburgerinnen und Brandenburger ab 14 Jahren freiwillig und unentgeltlich. Gleichzeitig ist mit rund 670.000 ein großer Teil der Brandenburger Bevölkerung zumindest Mitglied in einer der Organisationen, die insbesondere auf lokaler Ebene in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Foren der Selbstorganisation und der demokratischen Mitbestimmung sind und Raum für Integration und Gemeinschaftsbildung bieten. Die Organisationen sind durch die von ihnen erbrachten Leistungen unverzichtbar für das gesellschaftliche Leben im Land Brandenburg. Vor allem die Wohlfahrtsverbände sind die wichtigsten Träger der Sozialen Dienste und des Gesundheitswesens. Sie sind dabei, sich für die Zukunft gut aufzustellen, um den an sie gestellten Leistungsanforderungen gerecht zu werden.

Die vorliegende Studie nimmt eine umfassende Bestandsaufnahme des Dritten Sektors im Land Brandenburg vor. Neben der aktuellen Zustandsbeschreibung werden – sofern möglich – Entwicklungen über einen begrenzten Zeitraum und regional differenziert dargestellt. In die Betrachtung sind alle gemeinnützigen Organisationen in den Rechtsformen der eingetragenen Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen mit Sitz im Land Brandenburg einbezogen.

Die Studie konnte auf verfügbare Angaben aus amtlichen Quellen zurückgreifen und Registerangaben auswerten. Sie bezog organisationsbezogene Statistiken ein, wertete mit der Befragung „Organisationen heute“ die Angaben ausgewählter Dritte-Sektor-Organisationen auf Landesebene aus und führte Interviews mit Leitungspersonen der im Land Brandenburg tätigen Wohlfahrtsverbände.

Die Organisationslandschaft des Dritten Sektors präsentiert sich in Brandenburg sehr vielfältig und heterogen. Für die unterschiedlichen Rechtsformen ergeben sich jeweils spezifische Ergebnisse:

- In den brandenburgischen Vereinen ist die Mitgliedersituation gut: Sie verzeichnen sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Menschen Zuwächse. Gleichwohl erfordert die leicht rückläufige Zahl der Vereine Aufmerksamkeit in Bezug auf die künftige Entwicklung. Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Bindekräfte, die ge-

rade auf lokaler Ebene durch Vereine erzeugt werden, darf man sich nicht mit einer zunehmenden Ausdünnung der Vereinslandschaft zufrieden geben. Damit sind zudem Anforderungen an die Politik verbunden, dieser Seite der Gemeinwesenentwicklung Aufmerksamkeit zu schenken.

- Die Situation bei den gGmbHs ist durch ein kontinuierliches Gründungsgeschehen gekennzeichnet, und die Vertreter dieser Rechtsform weisen auf eine gewisse Größe und wirtschaftliche Prosperität hin.
- Der Stiftungsbereich im Land Brandenburg hingegen ist sowohl von der Anzahl her als auch bezüglich der Stiftungsvermögen und der daraus resultierenden Leistungskraft eingeschränkt.
- Ähnlich ist die Situation bei den Genossenschaften einzuschätzen. Die Potenziale dieser Rechtsform können für das Land Brandenburg mit seiner flächenmäßig weit auseinandergezogenen Siedlungsstruktur mehr bieten, wenn deren Vorzüge stärker außerhalb der traditionellen Betätigungsfelder von Genossenschaften genutzt werden.
- Das freiwillige Engagement ist eine feste Größe in den Brandenburger Organisationen. Neue Engagierte zu finden wird schwerer und stellt für die Organisationen eine Herausforderung dar, der sie sich aktuell mit neuen Ideen und Wegen nur eingeschränkt annehmen. Besonders kritisch erweist sich die Nachwuchssituation bei der Besetzung ehrenamtlicher Leitungsfunktionen. Zwar gelingt es insgesamt, Jugendliche als Mitglieder und als junge Engagierte zu gewinnen, es fehlt jedoch bei der Besetzung von Ehrenamtsfunktionen an jungen Menschen. Die bestehenden Formen der Engagiertenwerbung müssen deshalb überprüft und die Instrumente der Nachwuchsarbeit weiter ausgebaut werden.
- Bei 15 Prozent der Dritte-Sektor-Organisationen in Brandenburg gibt es statistischen Angaben zufolge Beschäftigte; bei den befragten Organisationen ist es sogar mehr als die Hälfte. Die Organisationen rechnen mit einem weiteren Beschäftigungszuwachs – allerdings zu einem hohen Anteil bei den flexiblen Beschäftigungsformen. Gleichzeitig wird von Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung berichtet. Der Fachkräftemangel wird sich weiter verschärfen. Seitens der Organisationen sind deshalb Schritte erforderlich, um vorhandene Ressourcen noch besser zu nutzen und die Attraktivität ihrer Beschäftigungsverhältnisse zu erhöhen.
- Von den Wohlfahrtsverbänden werden einheitliche Tarifstrukturen gefordert. Dies wird als eine Voraussetzung zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen – auch im Verhältnis zu privaten Anbietern – gesehen. Neben einer koordinieren-

den und vermittelnden Rolle der Politik sind hier Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft der einzelnen LIGA-Verbände als notwendig anzusehen.

- Die Ergebnisse der Organisationsbefragung und der Interviews mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände zeigen, dass die gegenwärtigen Formen der Finanzierung bei den Organisationen im Land Brandenburg in einem bestimmten Maße zu Planungs- und Handlungsunsicherheiten führen. Dies beeinträchtigt offensichtlich die langfristige Leistungsangebots-, Personal- und Organisationsentwicklung.
- In den Dritte-Sektor-Organisationen ist ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft vorhanden. Die bestehenden Kooperationen und Abstimmungen im Land Brandenburg lassen sich verstärken und weiter ausbauen. Die bisherigen Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände können hier genutzt werden und als Orientierung dienen. Gleichwohl sind auch in diesem Bereich weitere Impulse notwendig.
- Die Beschränkung der Finanzierung auf erbrachte (Dienst-)Leistungen (Output) nach fest definierten Sätzen und Kriterien stimuliert die Wirkungsorientierung (Outcome) der Organisationen unzureichend. Es ist stärker zu berücksichtigen, dass der Dritte Sektor durch seine wirtschaftlichen Aktivitäten einen bedeutenden gesellschaftlichen Nutzen erzeugt. Mit der Einbeziehung von Wirkungsnachweisen ließen sich gesellschaftliche Effekte und der Nutzen der Tätigkeit von Dritte-Sektor-Organisationen umfassender bestimmen. Sie könnten nicht nur eine verbesserte Grundlage für die Bemessung der Finanzierungsleistungen der öffentlichen Hand darstellen, sondern auch ein neues Steuerungsinstrument für die Tätigkeit in den Organisationen bieten. Hierzu ist Entwicklungsbedarf aus wissenschaftlicher Sicht und Organisationspraxis erforderlich.
- Bei weiteren analytischen Betrachtungen ist in Zukunft der Ansatz der Sozialwirtschaft zu berücksichtigen, um alle Akteure, die entsprechende Leistungen anbieten, einzubeziehen. Dabei ist die besondere Spezifik der Dritte-Sektor-Organisationen im Auge zu behalten. Sie nur unter wirtschaftlichen Aspekten mit privatwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen gleichzusetzen kann zu einer Entwertung und zum Bedeutungsverlust ihrer zivilgesellschaftlichen Potenziale führen.

Die Ergebnisse der Studie liefern eine Bestandsaufnahme und eine Situationsbeschreibung. Für noch umfassendere Analysen und Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Dritten Sektors in Brandenburg ist eine Dauerbeobachtung auf der Grundlage statistisch belastbarer Daten erforderlich. Möglichkeiten hierzu bestehen in der Schaffung von Voraussetzungen für eine kontinuierliche Nutzung von Registerdaten

und in der Zusammenführung von bei Dritte-Sektor-Organisationen erstellten Angaben. Um wirtschaftliche Leistungen und Wirkungen besser messen zu können, ist zudem die kontinuierliche und differenzierte Bereitstellung von Daten seitens der größeren Organisationen zu verbessern.

Literaturverzeichnis

- Aktive Bürgerschaft e.V. (Hrsg.) (2013): *Diskurs Bürgerstiftungen. Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen*. Berlin.
- Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (2009): *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. Berlin: BMFSFJ.
- Alscher, Mareike/Droß, Patrick J./Priller, Eckhard/Schmeißer, Claudia (2013): *Vereine an den Grenzen der Belastbarkeit*. WZBrief Zivilengagement 07. Berlin.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2011): *Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2011*. Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2012a): *Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2011*. Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2012b): *Statistischer Bericht K VIII 1 – 2j/11. Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Empfänger von Pflegegeldleistungen im Land Brandenburg 2011*. Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2012c): *Statistischer Bericht B I 1 – j/11. Allgemeinbildende Schulen im Land Brandenburg Schuljahr 2011/2012*. Potsdam.
- BMAS [Bundesministerium für Arbeit und Soziales] (2011): Was bewirkt das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“? Anlage Förderphilosophie, 27. Dezember 2011. Online:
www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/foerderphilosophie-ampi.pdf?__blob=publicationFile
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2013): *Standorte der Mehrgenerationenhäuser im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II*. Online:
www.mehrgenerationenhaeuser.de/documents/10180/203540/130227_Liste%20aller%20H%C3%A4user [Zugriff am 26.04.2013]
- Brehmer, Wolfram/Seifert, Helmut (2008): „Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken.“ In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 31 (4), S. 501–531.
- Buestrich, Michael/Wohlfahrt, Norbert (2008): „Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit.“ In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft 12/13, S. 17–24.
- Bundesagentur für Arbeit (2012): *Änderungen durch die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente*. Presse-Info 012 vom 30.03.2012. Online:
www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Pressemeldungen/2012/Presse-12-012.html
- Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) (2013): *Seniorenbüro-Liste*. Online:
www.seniorenbueros.org/fileadmin/user_upload/seniorenbueros/SB-Liste__Kopiervorlage__04_2013.pdf [Zugriff am 26.04.2013]
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2010): *Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung*. Berlin.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2011): *Verzeichnis Deutscher Stiftungen*. 7. Aufl. Berlin.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2012a): *Bürger stiften in Deutschland: eine kleine Geschichte der Anfänge*. Dokumentation der Feierstunde „15 Jahre Bürgerstiftungen“ und der Auszeichnung vorbildlicher Bürgerstifter der Anfangszeit. Berlin.

- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2012b): *Bürgerstiftungen in der Verantwortung. Analysen – Daten – Trends 2012/13*. Berlin.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2013): *StiftungsReport 2013/14. Auftrag Nachhaltigkeit: Wie Stiftungen Wirtschaft und Gemeinwohl verbinden*. Berlin.
- Dathe, Dietmar/Hohendanner, Christian/Priller, Eckhard (2009): *Wenig Licht, viel Schatten – der Dritte Sektor als arbeitsmarktpolitisches Experimentierfeld*. WZBrief Arbeit 03. Berlin: WZB.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012): *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Reformbedarf für Genossenschaften*. BT-Drucksache 17/10534 vom 11.09.2012.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2013): *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zukunft der Mehrgenerationenhäuser*. BT-Drucksache 17/12621 vom 19.03.2013.
- Droß, Patrick J. (2013): *Ökonomisierungstrends im Dritten Sektor. Verbreitung und Auswirkungen von Wettbewerb und finanziellen Planungsunsicherheit in gemeinnützigen Organisationen*. Discussion Paper SP V 2013-301. Berlin: WZB.
- Droß, Patrick J./Priller, Eckhard (2012): „Ökonomisierung und organisationaler Wandel im Dritten Sektor in Deutschland: Ergebnisse einer Organisationsbefragung.“ In: Gmür, Markus et al. (Hrsg.): *Performance Management in Nonprofit-Organisationen*. Bern: Haupt Verlag, S. 366–376.
- Ehrlich, Martin/Hänel, Anja, unter Mitarbeit von Klaus Schellberg und Peter (2012): *Sozialwirtschaftsbericht Thüringen*. Herausgegeben vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie und dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erfurt.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2011): *Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Brandenburg 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligen surveys, der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg; München: TNS Infratest Sozialforschung. Online: www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/FWS_Brandenburg_108393.pdf
- Grunwald, Klaus (2001): *Neugestaltung der freien Wohlfahrtspflege. Management organisationalen Wandels und die Ziele der Sozialen Arbeit*. Weinheim: Juventa Verlag.
- Jakob, Gisela (2010): „Infrastruktureinrichtungen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen.“ In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birgit (Hrsg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 233–259.
- Jakob, Gisela/Röpke, Thomas (2010): *Engagementförderung als Infrastrukturförderung*. Gutachten für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Darmstadt.
- Kirschner, Wolfgang et al. (2011): *Evaluation der Netzwerke Gesunde Kinder im Land Brandenburg im Jahr 2011. Zusammenfassung der Ergebnisse*. Berlin. Online: www.masf.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Bericht2011_Zusammenfassung_End.pdf [Zugriff am 30.04.2013]
- Kirschner, Wolfgang et al. (2012): *Evaluation der Projekte Netzwerke Gesunde Kinder im Land Brandenburg. Kurzbericht 2012*. Berlin. Online: www.masf.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Kurzbericht%20NGK-Eva%202012_Finalversion.pdf [Zugriff am 30.04.2013]

- Liebig, Reinhard (2005): *Wohlfahrtsverbände im Ökonomisierungsdilemma. Analysen zu Strukturveränderungen am Beispiel des Produktionsfaktors Arbeit im Lichte der Korporatismus- und der Dritte-Sektor-Theorie*. Freiburg: Lambertus-Verlag.
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg (Hrsg.) (2011a): *Volle Kraft für Brandenburg. Die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände*. Potsdam.
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg (2011b): *Mangelware? Die Situation der Fachkräfte in Sozialarbeit und Pflege im Land Brandenburg*. Potsdam.
- MASF [Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie im Land Brandenburg] (2012): *„Lokale Bündnisse für Familie“ – Land Brandenburg* (Übersicht der Impuls-Arbeitsgruppe des MASF). Potsdam.
- Mildenberger, Georg/Münscher, Robert/Schmitz, Björn (2012): „Dimensionen der Bewertung gemeinnütziger Organisationen und Aktivitäten.“ In: Anheier, Helmut K./Schröer, Andreas/Then, Volker (Hrsg.): *Soziale Investitionen. Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 279–312.
- Ministerium des Innern Brandenburg (Hrsg.) (2012): *Sieben neue Stiftungen in Brandenburg*. Pressemitteilung Nr. 125/2012. Online: www.mi.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.317641.de [Zugriff am 10.05.2013]
- Ministerium des Innern Brandenburg (Hrsg.) (2013): *Stiftungsverzeichnis der rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts mit Sitz im Land Brandenburg*. Potsdam. Online: www.mi.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/STIFTUNGSVERZEICHNIS%20gem%C3%A4%C3%9F%20%C2%A7%2014%20StiftGBbg.15943672.pdf [Zugriff am 10.05.2013]
- NAKOS [Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen] (2009): *Selbsthilfe im Überblick 2. Zahlen und Fakten 2008*. Berlin.
- Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Droß, Patrick J./Paul, Franziska/Poldrack, Clemens J./Schmeißer, Claudia/Waitkus, Nora (2012): *Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen. Ergebnisse einer Organisationsbefragung*. Discussion Paper SP IV 2012-402. Berlin: WZB.
- Priller, Eckhard/Schmeißer, Claudia (2013): „Die Beschäftigungssituation in Dritte-Sektor-Organisationen.“ In: *Sozialer Fortschritt*, 62 (8–9), S. 227–234.
- Rosenski, Natali (2012): „Die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors.“ In: *Wirtschaft und Statistik*, 3, S. 209–217.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2008): „Ökonomisierung der Gesellschaft.“ In: Maurer, Andrea (Hrsg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 382–393.
- Schmeißer, Claudia (2013): *Die Arbeitswelt des Dritten Sektors. Atypische Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in gemeinnützigen Organisationen*. Discussion Paper SP V 2013-302. Berlin: WZB.
- Schroeder, Wolfgang/Munimus, Bettina/Rüdt, Diana (2010): *Seniorenpolitik im Wandel. Verbände und Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Sprengel, Rainer/Ebermann, Thomas (2007): *Statistiken zum deutschen Stiftungswesen 2007*. Maecenata Schriften Bd. 1. Stuttgart.
- SRLB [Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.] (Hrsg.) (2013): *Seniorenbeiräte im Land Brandenburg*. Schulungsklausur 2012. Potsdam. Online: www.srlb.de/wp-content/uploads/Handreichung_OK_02_2013.pdf [Zugriff am 19.06.2013]

- Simsa, Ruth (2005): „Beschäftigung im Dritten Sektor. Besonderheiten und zivilgesellschaftliche Funktionen.“ In: Kotlenga, Sandra/Nägele, Barbara/Pagels, Nils/Roß, Bettina (Hrsg.): *Arbeit(en) im Dritten Sektor. Europäische Perspektiven*. Mössingen: Talheimer Verlag, S. 167–187.
- sozial spezial (2013, Ausgabe 3): *Daten und Fakten zur Pflege im Land Brandenburg. Bestandsaufnahme und Ausblick*. Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Online:
www.masf.brandenburg.de/media_fast/4055/sozialspezial_03.pdf
- Staats, Melanie/Niedlich, Sebastian/Muschalik, Eva/Niehues, Wenke/Jablonski, Nina (2012): *Untersuchung der Beratungsinfrastruktur im sozialen Bereich im Land Brandenburg*. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Potsdam. Online:
http://www.masf.brandenburg.de/media_fast/4055/BISB_Gutachten_final.pdf
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): *Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung*. Online:
www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Zugriff 21.05.2013]
- Stiftungsaufsichtsbehörde des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2013): *Stiftungsverzeichnis der rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts mit Sitz im Land Brandenburg*, Stand: 13. März 2013. Potsdam.
- Technologie-Netzwerk Berlin e.V. (Hrsg.) (2012): *Stärkung der sozialen Infrastruktur durch soziale Unternehmen im Land Brandenburg. Eine Exploration von drei Brandenburger Landkreisen*. Berlin.
- V&M Service GmbH (Hrsg.) (2011): *Vereinsstatistik 2011*. Erstellt von Wolfgang Happes. Konstanz.
- Wolf, André Christian/Zimmer, Annette (2012): *Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2007): *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard/Anheier, Helmut K. (2013): „Der Nonprofit-Sektor in Deutschland.“ In: Simsa, Ruth/Meyer, Michael/Badelt, Christoph (Hrsg.): *Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management*, 5. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, S. 15–36.
- ZiviZ [Zivilgesellschaft in Zahlen] (2011): *Modul 1 – Endbericht*. Berlin.

Discussion Papers des Forschungsschwerpunkts

Projektgruppe: Zivilengagement

Britta Baumgarten and Peter Ullrich SP IV 2012-401

Discourse, Power and Governmentality.
Social Movement Research with and beyond Foucault

Eckhard Priller, Mareike Alscher, Patrick J. Droß, Franziska Paul, Clemens J. Poldrack, Claudia Schmeißer, Nora Waitkus SP IV 2012-402

Dritte-Sektor-Organisationen heute:
Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen
Ergebnisse einer Organisationsbefragung

Patrick J. Droß SP V 2013-301

Ökonomisierungstrends im Dritten Sektor.
Verbreitung und Auswirkungen von Wettbewerb und
finanzieller Planungsunsicherheit in gemeinnützigen
Organisationen

Claudia Schmeißer SP V 2013-302

Die Arbeitswelt des Dritten Sektors.
Atypische Beschäftigung und Arbeitsbedingungen
in gemeinnützigen Organisationen

**Eckhard Priller, Mareike Alscher, Patrick J. Droß,
Franziska Paul, Clemens J. Poldrack, Claudia Schmeißer** SP V 2013-303

Zur Situation, zu den Leistungen und sozialen Effekten
von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg

**Claudia Schmeißer, Eckhard Priller
Franziska Paul, Clemens J. Poldrack** SP V 2013-304

Entwicklungspolitisches Engagement
Perspektiven gemeinnütziger Organisationen